Donnerstag, 11. Juli 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 158 - 28. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 8,50 F, Griechenland 105 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bremen: Der Kandidat für das Amt des Bürgermeisters, der bisherige SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Wedemeier, hat seinen unterlegenen Gegner im Rennen um die Nachfolge von Hans Koschnick, Senator Henning Scherf, als seinen künftigen Stellvertreter vorgeschlagen. (S. 4)

Spionage? Ein 45jähriger Mitarbeiter des Bayerischen Rundfunks ist bereits am Freitag vergangener Woche unter dem Verdacht der Spionage für einen östlichen Geheimdienst festgenommen worden, bestätigte jetzt ein Sprecher der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe.

Landtagspräsident: Als Nachfolger des mittlerweile verstorbenen Bruno Brandes ist der 50jährige CDU-Angeordnete Edzard Blanke zum neuen Präsidenten des Niedersächsischen Landtages gewählt worden.

Extremisten: Der bayerische Innenminister Hillermeier hat sich besorgt über die Entwicklung der rechtsextremistischen Deutschen Volksunion (DVU) geäußert. Mit 12 000 Mitgliedern habe sie doppelt so viele wie die NPD.

Kanzlerkandidat: Der SPD-Spitzenkandidat für die niedersächsische Landtagswahl 1986, Gerhard Schröder, hat sich für den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau als Kanzlerkandidat der SPD bei der Bundestagswahl 1987 ausgesprochen.

Polen: Die Absage von Regierungssprecher Urban an ein von Bundeskanzler Kohl vorgeschlagenes deutsch-polnisches Jugendwerk wird von der Bundesregierung bedauert. Bonn hält an seinen Plänen fest.

Israel: 15 israelische Siedler im Westjordanland, wegen zahlreicher Terrorakte gegen Palästinenser angeklagt, sind von einem Gericht in Jerusalem schuldig gesprochen worden. Drei Angeklagte sind für Morde verantwortlich. Die Urteile werden am Sonntag verkündet.

Frankreich: Raymond Barre, früherer französischer Premierminister, ist nach Ansicht von 48 Prozent der Franzosen der beste Präsidentschaftskandidat der liberal-konservativen Opposition bei den Wahlen im nächsten Jahr, ergab eine Meinungsumfrage.

ZITAT DES TAGES



» Ein Abstieg in die Zweitklassigkeit, betrachtet man die politische Ahnenfolge der SPD von Kaisen über Koschnick «

Bernd Neumann (CDU), Oppositionsführer in der Bürgerschaft, zur Benennung Klaus Wedemeiers als Bürgermeisterkandidat der Bremer SPD

FOTO: WOLF P. PRANGE

WIRTSCHAFT

Erdöl: Wegen des anhaltenden Überangebots an Rohöl dürften die Preise je Barrel bis 1990 auf 20 bis 25 Dollar fallen. Auch in den 90er Jahren seien bei der absehbaren gedämpften Nachfrageentwicklung relativ niedrige Ölpreise zu erwarten, prognostiziert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem neuesten Bericht.

Gatt: Zahlreiche Mitgliedstaaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) sind grundsätzlich bereit, möglichst bald Vorbesprechungen über eine neue Gatt-Verhandlungsrunde aufzunehmen. Dies wurde anläßlich einer Sitzung der Beratungsgruppe der 18 des Gatt in Genf deutlich. (S. 11)

Chemie: Nach Jahren der Stagnation ist der Handel der chemischen Industrie mit Osteuropa wieder in eine expansive Phase getreten. 1984 erzielte die Bundesrepublik Deutschland dabei einen Exportzuwachs von 13 Prozent auf 6,4 Milliarden DM. (S. 13)

Börse: Am deutschen Aktienmarkt kam es nach den starken Verlusten am Dienstag auch gestern wieder zu einem regelrechten Kurseinbruch. WELT-Aktienindex 196,20 (205,27). Dagegen konnte sich der Rentenmarkt behaupten. BHF-Rentenindex 103,795 (103,810). Performance-Index 104,858 (104,844). Dollar-Mittelkurs 2,9345 (2,9720) Mark. Goldpreis je Feinunze 314,70 (314,85) Dollar.

KULTUR

Theater: Vor allem durch den 80jährigen Bernhard Minetti, der unter der Regie von Klaus Michael Grüber in Shakespeares „König Lear" die Hauptrolle spielt, wurde die Premiere in der Berliner Schaubühne zu einem Erfolg. Nach der Aufführung schwoll der Beifall auch erst an, als Minetti erschien. (S. 17)

Film: Ganz im Zeichen des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges steht das 14. Internationale Filmfestival in Moskau. Unter dem Motto „Für Humanismus in der Filmkunst, für Frieden und Freundschaft unter den Völkern" zeigen Regisseure aus 107 Ländern bis zum 12. Juli ihre Werke. (S. 17)

SPORT

Fußball: Die Vereine der Bundesliga sparen. Insgesamt kürzten sie ihre Etat-Ansätze für die Saison 1985/86 (120,7 Millionen Mark) um zwei Prozent im Vergleich zur letzten Spielzeit. (S. 8)

Leichtathletik: Der Finne Martti Vainio, dem in Los Angeles die Silbermedaille über 10 000 m aberkannt wurde, hat zugegeben, seit einigen Jahren Dopingmittel einzunehmen. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Jumbo-Absturz: Einer der beiden Flugschreiber des Air-India-Jumbos, der am 23. Juni vor der Südwestküste Irlands wahrscheinlich nach einer Explosion abgestürzt war, ist jetzt von einem unbemannten U-Boot aus 2230 Meter Tiefe geborgen worden. Von dem Fund erhofft man sich Aufschlüsse über die Ursache des Absturzes, bei dem 329 Menschen ums Leben kamen. (S. 18)

Weinskandal: Durch strengste Kontrollen will Österreich sein durch den Weinskandal angeschlagenes Image als Exporteur von Prädikatsweinen wieder aufpolieren. Derzeit arbeiten rund um die Uhr Kellermeister, um weitere gepanschte Weinvorräte zu entdecken. (S. 18)

Wetter: Wolkig, zeitweise Regen. 18 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl verspricht Özal, für die Türkei in der EG zu werben

Einvernehmliche Lösung des Problems der Freizügigkeit noch in diesem Jahr?

BERNT CONRAD, **Ankara**

Bundeskanzler Helmut Kohl hofft, daß noch in diesem Jahr abschließende und beiderseits befriedigende Lösungen in der umstrittenen Frage der Freizügigkeit für Türken in der Europäischen Gemeinschaft und für die künftige Militärhilfe an den südöstlichen NATO-Partner gefunden werden. Seine freundschaftlichen Gespräche mit Ministerpräsident Turgut Özal haben nach Kohls Ansicht die Voraussetzungen dafür geschaffen.

Als der Kanzler am Dienstag nachmittag in Ankara eingetroffen war, hatte er in der türkischen Presse noch sehr kritische Stimmen über Bonns Haltung in der Frage der Freizügigkeit lesen können. Der Tenor fast aller Kommentare lautete: „Wir können nicht auf das den Türken im Assoziierungsvertrag mit der EG zugestandene Recht auf Freizügigkeit mit Wirkung vom 1.12.1986 verzichten, auch wenn sich die Bundesrepublik ungerechtfertigterweise dagegen wehrt."

Diese Kritik kam in Kohls Begegnungen mit Regierungschef Özal nicht zum Ausdruck, vielmehr überwog der beiderseitige Wille zu einvernehmlichen pragmatischen Regelungen. Das hatte vor allem zwei Gründe:

● Der Kanzler führte Özal wie schon bei vorherigen Treffen die wirtschaftlichen Vorteile vor Augen, die mit einer pragmatischen Regelung verbunden sein können, welche Deutschland nicht dem Druck einer neuen Einwanderungswelle aus der Türkei nach Einführung der Freizügigkeit aussetzt. Dabei denkt Kohl daran, den türkischen Gastarbeitern durch deutsche industrielle Investitionen in der Türkei selbst Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen.

● Die türkische Regierung legt großen Wert darauf, daß Bonn weiterhin im Westen als Fürsprecher für eine Reintegration der Türkei in die demokratische Bürgergemeinschaft eintritt. Kohl hat das auch verbindlich zugesagt. Vor der Presse versicherte er gestern: „Ich will mit dieser Reie auch der Weltöffentlichkeit die deutsch-türkische Freundschaft demonstrieren." Er fügte hinzu: „Ich will bei meinen Kollegen in der EG dafür werben, daß die Türkei ein wichtiger Partner ist. Wir müssen den Türken eine Chance geben mit ihrer Demokratisierung."

Kohl hatte schon bei seiner Ankunft das deutsche Interesse an einer „nach innen und außen starken Türkei" unterstrichen. Özal hatte bei dem Empfangsessen zu Ehren Kohls erklärt, Deutschland und die Türkei hätten sich während des vergangenen Jahrhunderts ständig in einer Interessengemeinschaft befunden.

In diesem Sinne konnte der Kanzler gestern eine Zwischenbilanz ziehen: „Ich bin sehr zufrieden und optimistisch, daß wir die anstehenden Probleme gemeinsam und freundschaftlich lösen können." Nach den Vorstellungen Kohls soll das noch im Laufe dieses Jahres bei einem Treffen in Bonn geschehen. Bis dahin sollen Experten Arbeitsaufträge in die Tat umsetzen, die ihnen gestern von Kohl und Özal erteilt worden sind. Der Kanzler betonte, dies alles werde in enger Abstimmung mit der EG geschehen, die juristisch für die Realisierung des Assoziierungsabkommens mit der Türkei zuständig sei.

Nach vorliegenden Informationen neigen auch die anderen EG-Partner ebenso wie das hauptsächlich betroffene Bonn dazu, die volle Realisierung der Freizügigkeit für Türken noch hinauszuschieben und der Türkei dafür andere ökonomische Vorteile zu bieten, die allerdings in erster Linie von der Bundesrepublik Deutschland zu tragen sein werden.

Die harmonische Stimmung zwischen Kohl und Özal war schon am Dienstagabend bei einem Festbankett deutlich zutage getreten. Der türkische Ministerpräsident übte dabei harte Kritik an NATO-Verbündeten, „die sich zum Instrument von Gesetzesflüchtigen und Handlangern machen, die durch eine gezielte Anti-Propaganda die Türkei vom Westen zu lösen trachten". Demgegenüber lobte Özal seinen Bonner Gast, „der uns immer Verständnis und Unterstützung bewiesen hat". Der türkische Ministerpräsident hob den Willen seines Landes hervor, „unverbrüchlich an seiner Stellung in der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einheit des Westens festzuhalten". Kohl wird heute in Istanbul von Staatspräsident Kenan Evren empfangen. Bevor er in der Nacht zum Freitag nach Bonn zurückkehrt, trifft er noch einmal mit Özal zusammen.

US-Kongreß unterstützt Sihanouk

DW. **Washington**

Das Repräsentantenhaus hat sich für die Zahlung einer Hilfe in Höhe von zehn Millionen Dollar für die beiden nichtkommunistischen Widerstandsgruppen, die gegen die vietnamesische Besetzung ihres Landes kämpfen, ausgesprochen. Der Senat hatte bereits im Mai eine ähnliche Vorlage angenommen. Das Geld soll für Militärhilfe und humanitäre Zwecke den Anhängern des früheren kampodschanischen Staatsoberhaupt Prinz Sihanouk und des Ex-Präsidenten Son Sann zu Gute kommen, nicht aber den von China unterstützten Roten Khmer, deren Schreckensherrschaft von 1975 bis 1979 nahezu zwei Millionen Kambodschanern das Leben gekostet hat.

Experten aus acht Staaten prüfen SDI-Beteiligung

DW. **Washington**

Acht Staaten haben Expertenteams in die USA geschickt, um zu prüfen, ob sie bei der Entwicklung eines Raketenabwehrsystems im Weltall (SDI) mitwirken können. Das erklärte der für die Koordinierung der SDI-Forschungen zuständige amerikanische General James Abrahamson in Washington. Er bekräftigte, im Rahmen von SDI könnte es auch Anwendungsgebiete für nukleare Waffen geben. „Es gibt einige atomare Anwendungen, die der Untersuchung wert sind", sagte der General. Die Verbündeten der USA haben sich noch nicht endgültig darauf festgelegt, ob und in welcher Form sie sich an SDI beteiligen wollen.

Bonn: Es geht auch um die Teilzeitarbeit

hey, **Bonn**

Die zuständigen Fachministerien sollen bis zu einem Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und der DGB-Spitze am 23. Juli Möglichkeiten einer Umgestaltung des Dienstrechts im öffentlichen Dienst prüfen. Regierungssprecher Norbert Schäfer erklärte zu der von Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble (WELT v. 10.7.) ins Gespräch gebrachten Einführung des Vorruhestands für Beamte, es gehe dabei auch um Teilzeitarbeit, Überstundenabbau und Zeitverträgen. Es sei die „gemeinsame Überzeugung" der Bonner Koalition, daß „angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt alle Möglichkeiten einer Entlastung ohne Tabus in allen Bereichen überprüft werden müssen."

Polens Kirche zeigt sich nachgiebig

Keine „Solidarität"-Abzeichen mehr bei Wallfahrten / „Warschau kann zufrieden sein"

DW. **Warschau**

Der nach dem Warschau-Besuch des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow im April verschärfte Kurs der polnischen Führung gegen die katholische Kirche zeigt Wirkungen: Die Bischöfe des Landes haben den Gläubigen untersagt, bei Wallfahrten nichtreligiöse Embleme mitzuführen und politische Parolen zu verbreiten. Das Regime ist bestrebt, Sympathiekundgebungen für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" zu verhindern, und erhält dabei jetzt Unterstützung durch die Kirche.

Die „Vorschriften für Wallfahrten", die bereits Ende Juni von der Bischofskonferenz in Stettin verabschiedet worden sind, zielen vor allem auf die im August bevorstehende Pilgerfahrt zum Heiligtum der Schwarzen Madonna in Tschenstochau, an der jährlich Hunderttausende von Gläubigen teilnehmen. Im vergangenen Jahr hatten viele Pilger Abzeichen der „Solidarität" getragen.

Künftig müssen die Wallfahrer eine „schriftliche Bescheinigung" des Pfarrers ihrer Gemeinde vorweisen. Denjenigen, die nicht den „strengen religiösen Charakter der Wallfahrten anerkennen", droht der Ausschluß. In polnischen Kirchenkreisen wird der Vorschriftenkatalog als eine Art „Selbstkontrolle" bezeichnet, die Behinderungen der Wallfahrten durch den Staat vermeiden soll. In der Tat hatten örtliche Behörden im vergangenen Jahr damit gedroht, daß Pilger in Zukunft besondere Passierscheine beantragen müssen, um die jeweiligen Verwaltungsbezirke durchqueren zu dürfen, was von den Bischöfen abgewehrt werden konnte. Im Sekretariat der Bischofskonferenz wird aber auch eingeräumt, daß die Regierung „allen Grund hat", mit dem Entgegenkommen der Kirche „zufrieden zu sein". Möglicherweise ist die Veröffentlichung von Vorschriften für Wallfahrten ein Ergebnis der jüngsten Kontakte zwischen Primas Kardinal Glemp und Parteichef General Jaruzelski.

In den vergangenen Jahren waren derartige Versuche, religiöse Feiern mit kirchlich-administrativen Mitteln zu „entpolitisieren" am Widerstand der Mehrheit in der polnischen Bischofskonferenz gescheitert. Allerdings hatte der Primas, von Warschau bedrängt, mehrere Geistliche aufgefordert, in Predigten Formulierungen zu vermeiden, die vom kommunistischen Staat als politisch verstanden werden könnten, und einen Priester sogar versetzt. Im Falle des später ermordeten Paters Popieluszko war sogar ein „Studienaufenthalt" in Rom erwogen worden, um einen mißliebigen Seelsorger für eine bestimmte Zeit außer Landes zu schicken.

Rebmann spricht von vier RAF-Ebenen

WERNER KAHL, **Karlsruhe**

Die Gefahr neuer Attentate durch linksterroristische Gruppen ist nach Angaben von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann unverändert akut. In seinem Bericht zur inneren Sicherheit nannte er in Karlsruhe die „Rote Armee Fraktion" die nach wie vor „gefährlichste linksterroristische Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland". Ihr erklärtes Ziel sei, „in den Metropolen eine westeuropäische Guerrilla" zu schaffen.

Bei den Ermittlungen nach den Tätern des Anschlages auf dem Frankfurter Flughafen am 19. Juni ergaben sich keine Spuren in Richtung RAF. Es spreche „mehr dafür", daß die Tat von einem ausländischen Kommando, möglicherweise mit Sitz im Nahen Osten, begangen wurde. Rebmann bedauerte das Fehlen einer zentralen Verfolgungszuständigkeit mit internationalen Befugnissen.

In der Struktur der „Rote Armee Fraktion" bestehen jetzt nach Angaben Rebmanns vier Ebenen. Dabei handelt es sich um das illegale militärische Kommando, dessen Mitglieder Erschießungen von „Gegnern" nach militärischen Regeln vornehmen. Die zweite Ebene umfaßt die „illegalen Militanten", die überwiegend nicht im Untergrund leben. Sie verüben in Abstimmung mit den Kommandos vornehmlich Anschläge gegen Fabriken, Banken und NATO-Einrichtungen. Zur dritten Ebene zählen inhaftierte RAF-Angehörige, die sich zur RAF bekennen. Die vierte Ebene umfaßt das „legale Umfeld". Ihm fällt die Betreuung der Häftlinge, politische Agitation und Materialbeschaffung zu. Neben der RAF gibt es weitere zahlreiche autonome Gruppen, die selbständig Anschläge mit dem gleichen Aktionsziel ausführen.

Die Zahl der Brand- und Sprengstoffanschläge linksterroristischer Gruppierungen hat nach starkem Rückgang 1984 im ersten Halbjahr 1985 erheblich zugenommen. Auf das Konto der Mobilisierung während des RAF-Hungerstreiks im vergangenen Winter gingen bis zum 30. Juni dieses Jahres 106 Brand- und 50 Sprengstoffanschläge. Auch der bayerische Innenminister Karl Hillermeier befürchtet weitere Terroranschläge der RAF. Bei der Vorlage des bayerischen Verfassungsschutzberichtes von 1984 sagte er: „Es kann keine Entwarnung gegeben werden". Hillermeier bezog sich auf die erst kürzliche Entdeckung einer konspirativen Wohnung in Offenbach.

Die Festnahmen zweier Frauen dabei, die bereits eine Strafe wegen terroristischer Aktionen verbüßt hatten, zeige, so Rebmann, daß „relativ kurzzeitige Freiheitsstrafen" gegen Terroristen nicht abschrecken. Er wandte sich aber gegen Überlegungen, eine Sicherungsverwahrung für zu Zeit-Strafen Verurteilte einzuführen.

DER KOMMENTAR

Gewundenes Nein

GÜNTHER BADING

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat, wie könnte es anders sein, zu Präsident Reagans Strategischer Verteidigungsinitiative (SDI) Stellung bezogen. Es sei dahingestellt, ob Gewerkschafter wirklich nichts besseres zu tun haben, als sich um globale Sicherheitsstrategien zu kümmern. Die DGB-Spitze hat beraten, beschlossen und erwartungsgemäß das SDI-Projekt abgelehnt. Erwartungsgemäß, weil der Einfluß der gemäßigten, weniger an Polit-Händeln mit der Regierung als an konkreten gewerkschaftlichen Problemen interessierten Funktionäre langsam aber sicher schwindet.

Der Text ist großenteils gleichlautend mit den aus der SPD sattsam bekannten Ablehnungsgründen wie „besondere Interessen" der Bundesrepublik Deutschland, angebliche Geldverschwendung und die unsinnige Forderung nach Sicherheits-„Partnerschaft" mit Moskau. Hier muß der DGB sich fragen lassen, ob er noch Arbeitnehmervertretung ist, oder – wie ein führender CDU-Politiker kürzlich formulierte – „die Fortsetzung der SPD mit schlechteren Mitteln."

Beschlüsse des DGB-Vorstands müssen allerdings genau gelesen werden. Oft kann der gemäßigte Flügel die eigenen Vorstellungen nur insoweit einbringen, als die abgelehnte Gegenposition beschrieben wird. Das ist auch beim SDI-Beschluß des DGB der Fall. Bei aller Ablehnung verweist das DGB-Papier doch auf einige wesentliche Punkte der SDI-Diskussion: Während die USA ihre Forschung zur weltraumgestützten Verteidigung erst planten, betreibe die Sowjetunion dies schon, und zwar „seit langer Zeit". Man erinnert den vom früheren Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter geprägten Satz „Wer Pershing sagt, der muß auch SS-20 sagen". Diese Haltung hatte damals verhindert, daß der DGB zur Filiale der „Friedensbewegung" wurde, die nur den Westen kritisierte.

Und auch die Feststellung, daß SDI moralisch aufgewertet werde, weil es ausschließlich defensiv sei, überrascht in dem ansonsten so negativ gehaltenen Vorstandsbeschluß. Ein dritter Punkt ist die Sorge des DGB, SDI könne zu verstärktem Wettrüsten führen. Das wird so beschrieben: „Die Gegenseite" werde dann wohl ihr Potential an Atomraketen gigantisch auszuweiten versuchen. Die Sowjets also sind es, denen der DGB weitere offensive Aufrüstung unterstellt.

DGB zu SDI: Die Sowjets forschen seit langem

Gewerkschaftspapier weist auf amerikanische Begründung hin

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund will sich in der Diskussion um die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) der USA offenbar ähnlich verhalten, wie in der Debatte um den NATO-Doppelbeschluß. In einer „Erklärung" des DGB-Bundesvorstands wird zwar ein negatives Fazit gezogen und der Bundesregierung von der Unterstützung der amerikanischen Pläne abgeraten. Das Vorstandspapier macht aber das Bemühen deutlich, keinen Grund für den Vorwurf der Einseitigkeit oder der Blindheit gegenüber den sowjetischen Anstrengungen auf diesem Gebiet zu liefern.

Ähnlich wie der damalige DGB-Vorsitzende Vetter auf dem Düsseldorfer Sonderkongreß im März 1981 den Satz geprägt hatte „Wer Pershing sagt, der muß auch SS-20 sagen", verweist die Erklärung darauf, daß den zunächst auf die Forschung beschränkten amerikanischen Plänen schon rege Tätigkeit der Sowjets entgegensteht: „Auch die Sowjetunion betreibt seit langer Zeit Forschungen über die verstärkte militärische Nutzung des Weltraums." Indirekt machen die DGB-Vorstandsmitglieder auch ihrem Unmut darüber Luft, daß Moskau diese Forschung nicht nur, wie betont wird, „seit langem" sondern auch heimlich betrieben hat. Die Sowjetunion habe „dieses Thema allerdings erst zu einem Gegenstand der rüstungskontrollpolitischen Diskussion gemacht, als sich mit dem SDI-Programm ein möglicher Vorsprung der USA abzeichnete."

Der DGB ist zwar in seiner Stellungnahme weit davon entfernt, die Formulierung von Bundeskanzler Kohl zu übernehmen, der das SDI-Projekt als moralisch gerechtfertigt bezeichnet hat. Aber er weist doch darauf hin, daß Washington zur Begründung die Überwindung der Abschreckung durch gegenseitige Vernichtungsdrohung anführe, um dann fortzufahren: „Das SDI-Programm wird zudem dadurch moralisch aufgewertet, daß es als ausschließlich defensiv eingestuft wird." Entscheidend sei allerdings, so sieht es der DGB-Vorstand, nicht die Klassifizierung einzelner Waffensysteme als defensiv oder offensiv, sondern die Gesamtstruktur von Bewaffnung und Militärdoktrin. Und hier machen die Gewerkschafter geltend, durch SDI werde das strategische Gleichgewicht verletzt. Die mutmaßliche Folge wäre eine „Aufrüstungsrunde nie dagewesenen Ausmaßes."

Nach den in ähnlichem Wortlaut in SPD-Verlautbarungen zu SDI zu hörenden Sätzen über die angebliche Negativwirkung auf die besonderen deutschen Interessen wird die alte Forderung nach einer „Sicherheitspartnerschaft" mit dem Warschauer Pakt erhoben: „SDI ist eine Absage an das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit, das angesichts vorhandener Nuklearpotentiale gefördert und vorangetrieben werden sollte." Auffallend ist, daß DGB und SPD die Formulierung Sicherheitspartnerschaft offenbar durch den immer häufiger verwendeten Begriff der „gemeinsamen Sicherheit" zu ersetzen beginnen.

Staatsrechtler warnt vor ‚falschen Anwälten' der Armen

Professor Martin Kriele über die „Befreiungstheologie"

DW. **Münster**

In der Bundesrepublik Deutschland werden häufig die „falschen Anwälte der Armen verehrt". Mit dieser Kritik an zahlreichen „Nicaragua-Solidaritätsgruppen" verband jetzt in Münster der Kölner Staatsrechtslehrer Professor Martin Kriele grundsätzliche Überlegungen zur „Theologie der Befreiung", wie sie vor allem in katholischen Kirchen Südamerikas vertreten wird. Wie die Katholische Nachrichtenagentur (KNA) berichtet, betonte Kriele dazu: „Ein Priester, der nicht in erster Linie priesterlich, sondern politisch engagiert ist, kann sein Priesteramt so wenig wahrnehmen wie ein Richter, der nicht in erster Linie Richter, sondern Parteigänger einer Seite ist."

Mit Blick auf Nicaragua verwies Kriele auf Massenmord, Diskriminierung und Deportation mißliebiger Indianerstämme sowie andere fundamentale Menschenrechtsverletzungen durch das Regime. Vor diesem Hintergrund sei unverständlich, wie christliche Gruppen Nicaragua als Modellfall der „Befreiung" einschätzen und den amtsenthobenen Priester und nicaraguanischen Kulturminister Ernesto Cardenal verehren könnten.

Großen Wert legte der Staatsrechtler auf die Feststellung, daß die Stellungnahme der römischen Glaubenskongregation zur Befreiungstheologie diese nicht insgesamt, sondern in „einigen Gesichtspunkten" kritisiert habe; allerdings lasse das Dokument selbst diesen Unterschied nicht immer hinreichend deutlich erkennen. Es bleibe Allgemeingut der Kirchen, daß Einsatz für eine gerechte und soziale Gesellschaftsordnung jedem Christen und Priester geboten sei.

Dies zeige sich deutlich in der Amtsführung von Papst Johannes Paul II. Die Kirche müsse aber daran festhalten, erläuterte Kriele, daß ein Christ die sittlichen Maßstäbe seines Handelns nicht zugunsten eines „Sieges der Sache" aufgeben dürfe und insofern „Distanz zu Partei und Politik" üben solle. Diese Schwelle sei überschritten, wenn Gewalt und Klassenkampf als vereinbar mit dem Evangelium angesehen würden.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Da läuft nichts

Von Heinz Heck

Zwischen den Koalitionspartnern gibt es nicht nur Berührungspunkte, sondern auch Reibungsflächen. Oft sind die Partner allerdings näher beieinander, als sie selbst wissen oder als es die Nachrichtenlage erkennen läßt. So ist der Vorruhestand für den öffentlichen Dienst zu einem vermeintlichen Dissens zwischen Kanzleramtschef Schäuble und dem streitbaren wirtschaftspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Graf Lambsdorff, hochstilisiert worden.

Schäuble hat sich in einem Rundfunkinterview (WELT vom 10. Juli) nicht auf die abschüssige Straße locken lassen, Angehörige des öffentlichen Dienstes in den – kostspieligen – Vorruhestand zu schicken. Er hat vielmehr von den „großen Problemen" angesichts des unverändert bestehenden Konsolidierungszwangs und „sehr genauen" Prüfungen gesprochen. Für Lambsdorff wurde dies tags darauf – in demselben Sender – bereits „zum Vorschlag von Minister Schäuble", den er als „abwegig" bezeichnet.

Zu Recht erinnert Lambsdorff an eine Vereinbarung der damals zuständigen Minister (neben ihm Blüm und Stoltenberg) vom Frühjahr 1983, als die teure Vorruhestandsregelung für die Wirtschaft geboren wurde: Stoltenberg habe zur Bedingung gemacht, so Lambsdorff, „unter keinen Umständen dürfe das auf den öffentlichen Dienst übertragen werden". Noch spricht nichts dafür, daß die Koalition – oder einzelne prominente Vertreter – von dieser Vereinbarung abweichen wollen.

Die vom Bund teilfinanzierte Vorruhestandsregelung in der privaten Wirtschaft war nicht nur unter Haushaltsgesichtspunkten ein Schritt in die falsche Richtung, auch wenn man ihr gewisse positive Wirkungen nicht absprechen kann. Zum Glück wurde sie zeitlich befristet, und es ist zu hoffen, daß sie nicht unbegrenzt verlängert wird.

Für den öffentlichen Dienst kann dies aber nicht zum Modell werden. Regelungen sind nur akzeptabel, wo vorzeitiges Ausscheiden nicht den Staat belastet. Das begrenzte Bundeswehrmodell darf nicht Schule machen. Sonst würde die bisher insgesamt erfolgreiche Haushaltskonsolidierung stranden.

Daß die Sonne lacht

Von Hans-Rüdiger Karutz

Am 2. September – vierundzwanzig Stunden nach dem „Weltfriedenstag" des Ostblocks, der dem Kriegsbeginn 1939 gewidmet ist – treten neue unfriedliche Freund-Feind-Schablonen im verbindlichen „DDR"-Lehrplan aus dem Hause der Frau des SED-Chefs, Volksbildungsministerin Margot Honecker, in Kraft. Für Vorschulkinder.

„Überall in unserem Land halten Menschen Wacht, schützen uns mit starker Hand, daß die Sonne lacht", lernen die Junioren aus dem einzigen Lesebuch für die 2. Klasse. Von einer neuen Wehrerziehungs-Anweisung der SED-Führung hatte auf der jüngsten SED-Zentralkomiteesitzung der Polit-Chef der NVA, Heinz Keßler, berichtet.

Einige Beispiele: Zum Physikstoff zählt die Berechnung des exakten Zeitpunktes, die Bombe auszuklinken, um „Punkt A zu treffen". In Mathematik müssen Ellipsenbahnen von Geschossen festgestellt werden. Und was ein ordentlicher sozialistischer Hort ist, der sucht sich einen NVA-Sturmtrupp zum Paten. Auf der Synode der sächsischen Kirche Ende März kam zur Sprache, daß schon Zwölfjährige in gezielten Gesprächen mit Direktor, mehreren Lehrern und dem Parteisekretär unter enormen seelischen Druck gesetzt und ihnen NVA-Verpflichtungserklärungen abgepreßt werden.

Vielleicht ahnte Karl Liebknecht etwas von seinen kommunistischen Enkeln: „Der Militarismus ist nichts spezifisch Kapitalistisches" (Reden und Schriften, Band 1). Noch am 12. März 1985 bekräftigte Honecker in Moskau, ein „normales gutnachbarliches Verhältnis" zur Bundesrepublik anzustreben. Haßerfüllte Kriegslyrik à la „Hinter der Grenze der Feind wartet und wärmt sich mit Tee" (Arsenal, Bd. 5, Militärverlag Ost-Berlin) bricht eine solche Verpflichtung.

Wie fern liegt da Helsinki. Das SED-Kürzel SWE für Sozialistische Wehr-Erziehungs siegt über die KSZE. „Sozialistische Lebensweise"? Was für eine Art, was für eine Weise. Wenn sich Honecker und die evangelischen Bischöfe für den Herbst zum zweiten Gipfel nach März 1978 verabredet haben – an Themen und Bedrängnissen ist kein Mangel. Auch schadete es nicht, wenn auch Bonn die SED immer wieder beim Wort nähme.

Huch – Kommerz!

Von Leonid Hoerschelmann

Die Tugendwächter der Jahrhundertwende, wie sie der „Simplicissimus" verspottete, reagierten auf Damenbein. Wo eines unbekleidet zu sehen war, erregte es dero promptes Mißfallen. Unsere Tugendwächter von heute, speziell im Medienbereich, scheinen ähnlich automatisch zu reagieren – auf „Kommerz". Ihre Dauer-Entrüstung verdunkelt gelegentlich den Wirklichkeitssinn, wie man am Beispiel des sogenannten Offenen Kanals beim Kabelfernsehen in Ludwigshafen beobachten kann.

Der Offene Kanal erlaubt bekanntlich jedermann, mit leihweise überlassenem Gerät Fernsehsendungen zu produzieren und auszustrahlen. Allein 1984 machten mehr als hundert Einzelne oder Gruppen mit 343 Sendungen davon Gebrauch. Es gibt weder Zensur noch Kontrolle, niemand hat überhaupt alle Sendungen gesehen. Es ist ein Versuch, ein Wechsel, bezogen auf unseren Begriff von Freiheit und ihren in der Regel vernünftigen Gebrauch, Mißbrauch im Einzelfall einkalkuliert. Ein endgültiges Urteil wird noch zu fällen sein.

Nun aber haben unsere Tugendwächter entdeckt, daß der Offene Kanal auch von jugendlichen Rockmusikgruppen genutzt wird. Denen geht es nicht so sehr um die Sendung als um die Aufzeichnung, die sie als sogenannten „Videoclip", als Werbespot in eigener Sache, verwenden.

Und nun ist plötzlich die Rede von „eklatantem Mißbrauch" und „dringend nötiger Kontrolle". Falls Politiker verunglimpft, zum Sturze des Staates aufgerufen, religiöse Handlungen verspottet oder Obszönitäten gezeigt worden sein sollten, dann war das, bitteschön, Freiheit. Videoclips dagegen – auch wenn sie, wie in diesem Fall, in der Qualität zu schlecht für den wirklichen Musikmarkt sind, das Herkunftszeichen der Kabelanstalt tragen und von jungen Leuten benutzt werden, die noch gar kein Geld damit verdienen – sind Kommerz. Und da muß eingeschritten werden.

Glücklicherweise scheint die Anstalt selbst es anders zu beurteilen. Es bleibt das Kopfschütteln über die Tugendwächter, die offenbar nichts so sehr erregt wie ein bißchen Geld in anderer Leute Taschen.



„Also, General El-Dahab – die Neukonstruktion ist einsatzbereit!" KLAUS BÖHLE

Richter Jahrs Eideshelfer

Von Enno v. Loewenstern

Ein Verfahren wegen Rechtsbeugung wird es gegen den Amtsrichter Christoph Jahr nicht geben, wie die Staatsanwaltschaft Frankfurt mitteilt. Geißler, Stoiber und andere hatten Jahr scharf kritisiert, nachdem dieser sechs Demonstranten vom Vorwurf der Nötigung (sie hatten das US-Depot Frankfurt-Hausen „blockiert" zum „Protest" gegen die Nachrüstung) freigesprochen hatte mit der Begründung, sie hätten rechtmäßig gehandelt, weil die Bundesregierung mit der Nachrüstung die Verfassung „in zweifacher Hinsicht gebrochen" habe. Einmal vereitele sie damit „objektiv die Wiedervereinigung", zum anderen verstoße sie gegen das Angriffskriegsverbot (Artikel 26 des Grundgesetzes); der Schluß sei berechtigt, „daß diesem Verhalten eine böswillige, friedensfeindliche Tendenz eigen ist." Stoiber hatte dazu gesagt, die Urteilsbegründung komme „in die Nähe von Rechtsbeugung und Strafvereitelung im Amt".

Jahrs Amtsgerichtspräsident Wick nannte Stoibers Deutung „absurd" und mokierte sich über „Politiker, ... die zum Teil ein Jura-Studium hinter sich gebracht haben" (Stoiber hatte neue Disziplinarbestimmungen gegen Richter gefordert, die „bewußt falsche Urteile" fällen). Der Deutsche Richterbund stellte sich ebenfalls uneingeschränkt vor Jahr: Solange ein Urteil der Überzeugung des Richters von Recht und Gesetz entspreche, sei es von der richterlichen Unabhängigkeit gedeckt und könne allenfalls von den höheren Instanzen aufgehoben werden. Das stimmt. Nur: selbst wenn ein Obergericht das Urteil aufhebt, ändert das nichts daran, daß unzähligen Gesetzesbrechern und dem Osten die Möglichkeit zugespielt wurde, zu sagen, daß der Bundesrepublik von einem ihrer Richter „böswillige" Angriffskriegsplanung „nachgewiesen" worden sei.

Hier liegt das Problem. Ein Richter kann wegen richterlicher Tätigkeit praktisch nur belangt werden, wenn ihm Rechtsbeugung nachgewiesen wird. Der Paragraph 336 des Strafgesetzbuches aber fordert dafür drei Voraussetzungen: daß der Richter Rechtsnormen falsch anwendet, daß er dies vorsätzlich macht und daß er „zugunsten oder zum Nachteil einer Partei" handelt; womit keine politische Partei gemeint ist, sondern ein Kläger, Beklagter oder Angeklagter.

Nun hat das Bundesverfassungsgericht die Nachrüstung behandelt und dabei natürlich – auch wenn es vordergründig nur um die Frage ging, ob ein eigenes Gesetz dafür erforderlich sei oder nicht – ex officio die Verfassungswidrigkeit allgemein untersucht und verneint. Diese Erkenntnis hat Gesetzeskraft und der Richter Jahr ist an sie gebunden; man kann also sehr wohl fragen, ob er die Frage nach der Rechtmäßigkeit nicht entgegen dem Gesetz beantwortet hat. Aber dann stellt sich schon die Frage, ob er „zugunsten" der Angeklagten gehandelt habe. Wenn es ihm nur darum gegangen wäre, sie freizubekommen, hätte er andere, beispielsweise subjektive Gründe finden können, wie es Kollegen schon vor ihm getan haben; Gründe, die zwar auch aus rechtsstaatlicher Sicht unhaltbar sind, aber den Staat nicht so grob beleidigen.

Die Staatsanwaltschaft beteuert, daß Jahr nicht voreingenommen gewesen sei. Er habe ja zunächst Strafbefehle ausgefertigt und sei zu seinen Einsichten erst gekommen, als die Verurteilten Einspruch einlegten und ihre „Sachverständigen" auffuhren. So kann man es sehen; falls aber der Richter beabsichtigt haben sollte, den Staat zu beleidigen, so hätte er naturgemäß erst Strafbefehle ausstellen müssen, um eine Hauptverhandlung zu provozieren.

Aber das ist die subjektive Tatseite des Richters, und daran scheitern ohnehin alle Verfahren wegen Rechtsbeugung. Die Justiz, die nie zimperlich ist mit der Deutung innerer Zusammenhänge bei anderen Angeklagten, vermutet grundsätzlich „Überzeugung" hinter selbst den bizarrsten Handlungen der Kollegen. Es ist ja auch unter abertausenden wegen NS-Verbrechen Verurteilten nicht ein einziger Richter zu finden. Stoibers Überlegung, ob man nicht das Disziplinarrecht gegen amoklaufende Richter ausweiten sollte, ist also keineswegs als Hinweis auf seinerzeit fehlende Aufmerksamkeit beim Jura-Studium abzutun.



Den Rechtsstaat als „friedensfeindlich" beschimpft: Jahr FOTO: DPA

In den USA zum Beispiel gibt es wirksame Mittel gegen Richter, die sich unerträglich verhalten. Dort werden nämlich die meisten Richter auf Zeit gewählt; andere werden zwar auf Lebenszeit ernannt, aber es gibt die Möglichkeit der Amtsanklage („Impeachment") durch die Legislative. Das wird hier als „Gefahr der Politisierung" und damit „Gefahr für die Unabhängigkeit der Richter" verworfen. Aber gerade was Politisierung betrifft, bietet Richter Jahr ein bedrückendes Beispiel – und eben leider nicht nur er. Serienweise geben Richter politische Erklärungen ab, wobei sie, in- oder außerhalb des Gerichts, ihre Autorität für abwegige Rechtsdeutungen etwa zur Nachrüstung in Anspruch nehmen, Gewalttäter milde behandeln und ähnliches mehr.

Damit hat der Gesetzgeber nicht gerechnet, als er die Unabhängigkeit der Richter einführte: sie sollten ungefährdet Recht sprechen, nicht ihr Amt mißbrauchen dürfen. Es ist erschütternd, daß der Deutsche Richterbund diese Überlegungen nicht einmal en passant angestellt hat. Anscheinend glaubt man da, mit Lärm nach Art irgendeiner Lobby jeden Zweifel an Unfehlbarkeit und Privilegien der Richter niederschreien zu können. Das ist keine ehrenhafte Politik, und es ist auch keine kluge Politik. Der Jahr-Skandal ruft uns auf, über die Rolle der dritten Gewalt im Rechtsstaat nachzudenken. Im Rechtsstaat, der Verleumdungen auch dann nicht verdient, wenn sie von schwarzen Roben garniert sind.

IM GESPRÄCH David Stockman

Ein Kämpfer geht

Von Horst-Alexander Siebert

David Stockman, seit Januar 1981 Direktor des Büros für Management und Budget im Weißen Haus, hat das Handtuch geworfen. Er verläßt die Administration Ende dieses Monats; am 1. August übernimmt er als Vizepräsident die Abteilung Unternehmensfinanzierung bei Salomon Brothers in New York, dem größten Investmenthaus der Welt. Stockman (38), früher republikanischer Abgeordneter des Bundesstaates Michigan, ist der jüngste Amerikaner, der den Posten des Budgetdirektors seit mehr als 150 Jahren bekleidet hat.

Präsident Reagan hat Stockmans Kündigung bedauert und dessen „unermüdliche Anstrengungen, den Haushalt auszugleichen", gelobt. Führende Kongreßmitglieder hoben sein fiskalpolitisches Verständnis und seine ungewöhnlich umfassende Budgetkenntnis hervor. In der Tat, Ronald Reagan verliert einen Spezialisten ersten Ranges. Als Nachfolger sind US-Handelsminister Malcolm Baldrige und der stellvertretende Finanzminister Richard Darman im Gespräch.

Schon seit mehreren Monaten gingen Gerüchte in der US-Hauptstadt um, wonach Stockman, gerade Vater geworden, sich verändern wolle. Das war abzusehen, da er sich mit dem ersten Chef des Stabes im Weißen Haus, James Baker, ausgezeichnet und mit dessen Nachfolger Donald Regan überhaupt nicht verstand. Stockman und Baker, der heutige US-Finanzminister, waren Verbündete im Kampf gegen die riesigen Haushaltsdefizite, die sich in den Finanzjahren 1981 bis 1985 auf 820 Milliarden Dollar oder umgerechnet 2435 Milliarden Mark addieren.

Dennoch war die Überraschung perfekt; durch ganz Washington ging eine Schockwelle. Immerhin gelten die Bemühungen, das Budgetdefizit im kommenden Fiskaljahr um 56 auf vielleicht 165 Milliarden Dollar zurückzuführen, als festgefahren. Aber Stockman mußte sein Geheimnis preisgeben, weil seine Verhandlungen mit Salomon Brothers, wo der



Für Reagan, gegen Regan: Stockman FOTO: CAMERA PRESS

„Zins-Guru" Henry Kaufman die volkswirtschaftliche Abteilung leitet, durchzusickern begannen. Reagan und Regan sollen erst am vergangenen Wochenende von Stockman unterrichtet worden sein.

Für das Weiße Haus kann das Timing unglücklicher nicht sein. Stockman wäre geblieben, wenn Aussichten für echte und durchgreifende Haushaltskorrekturen bestehen würden. Er befürchtet jedoch, daß im Kongreß auch diesmal nur Pflästerchen verabreicht werden. Schnelle Lösungen gibt es einfach nicht mehr. Auch die neue Strategie des Präsidenten, die Steuerreform der Konsolidierung des Budgets unterzuordnen, überzeugte Stockman nicht.

Der ehemalige Theologiestudent, der Etatdetails ohne zu stocken vorträgt, geht – frustriert, desillusioniert und als Verlierer. Im Kongreß hat er keine der großen Schlachten gewonnen. Für die Administration stritt er für ein scharf gebremstes Ausgabenwachstum, ihm angelastet wurde das kleinere soziale Netz. Im Dezember 1981 kritisierte Stockman im Magazin „Atlantic" Reagans Angebotspolitik und die zu hohen Steuergeschenke. Vorletzte Woche schoß er eine weitere Salve ab. Aber Stockman verlor nie das Vertrauen des Präsidenten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Die Bielefelder Zeitung meint zur Verfassungsklage der Grünen:

Unabhängig von der in Karlsruhe zu klärenden Frage, ob den Grünen von vornherein ein Sitz in dem Geheimdienst-Kontrollgremium zusteht, seien einige Anmerkungen gemacht, die klarstellen, worum es eigentlich geht ... Grüne Ausschußmitglieder verstehen sich eher als vorgeschobene „Horchposten" denn als Sacharbeiter. Folglich verweigern sie auch die Pflicht der Geheimhaltung. Und das verräterische Wort von der Demokratie, die „indiskreter" werden müsse – krankt sie nicht gerade daran? – stammt schließlich von der Grünen Petra Kelly. Die Grünen haben sich somit selbst zum Sicherheitsrisiko erklärt.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung befürchtet eine Franc-Abwertung:

Längerfristig könnte der Rückgang des Dollarkurses zu einer Neufestsetzung der Paritäten im Europäischen Währungssystem zwingen. Dies würde eine Abwertung des Franc bedeuten. Warum? Weil bei einem starken Dollar die Mark schwach ist und umgekehrt. Ein Wertverlust des grünen Scheines wird deshalb eine höhere Einschätzung der Mark zum Nachteil des Franc nach sich ziehen.

Lübecker Nachrichten

Sie schreiben zu Kohls Türkei-Besuch:

In der Bundesrepublik leben bereits 1,5 Millionen Türken, die zu wirtschaftlich besseren Zeiten gerufen wurden. Es werden noch mehr werden, wenn die zwischen der EG und der Türkei von Ende 1986 an vereinbarte Freizügigkeit wirksam wird. *Bonn muß daran gelegen sein, daß* es dazu nicht kommt. Die Türkei beharrt aber auf der Erfüllung der Freizügigkeit. Dabei hat sie die besseren Karten in der Hand: einen ratifizierten Vertrag ... Die Regierung Özal wird alles daran setzen, einen hohen Preis für ein Einlenken in Sachen Freizügigkeit auszuhandeln. Schließlich sind die in Deutschland lebenden und noch nach hier drängenden Türken auch ein soziales Ventil für die Türkei.

Nordwest Zeitung

Das Oldenburger Blatt geht auf die Abtreibungs-Kontroverse ein:

Kennzeichnend für die bayerische CSU ist, daß sie keine klare Antwort auf die Frage weiß, warum Bayern nicht selber klagt. Dabei ist es einfach, den Bayern auf die Schliche zu kommen. Dort stehen Landtagswahlen ins Haus. Theo Waigel selbst, CSU-Landesgruppenchef in Bonn, hat die Katze aus dem Sack gelassen, und dann erscheint das Spiel mit der Karlsruher Klage fein eingefädelt: Franz Josef Strauß kann seine katholische Wähler-Klientel beruhigen, daß er sich für die Klage stark gemacht hat, selbst wenn sie abgelehnt wird. Den nicht geringen evangelischen Wähleranteil kann er darauf verweisen, daß nicht Bayern, sondern Rheinland-Pfalz sich zu dem Verfahren entschlossen hat. Und wenn sich die Mainzer Landesregierung nach sorgfältiger Abwägung nicht zum Gang nach Karlsruhe entschließen kann, dann hat Bayerns Ministerpräsident den Prügelknaben, den er noch allemal im Wahlkampf braucht.

Wenn der blaue Himmel der Karibik grau wird

Ein Gewirr von strahlenden Inseln und düsteren Banken / Von Günter Friedländer

Tausende Journalisten haben sich in den USA in einem neuen Beruf niedergelassen: Sie schreiben und verkaufen Veröffentlichungen, die Anleger beraten. Man liest dort oft den Rat, sich durch Steuerflucht gegen „Verluste" zu schützen und sein Vermögen in Länder zu bringen, wo großzügige Gesetze zum Schutz des Bankgeheimnisses es unauffindbar machen.

Ist es ethisch, Ratschläge zu verkaufen, deren Befolger zu Gesetzesbrechern werden? Das ist nur einer der vielen zweifelhaften Aspekte dieser Berater. Die Autoren sind oft angesehene Journalisten, die hauptberuflich ihre Dienste bereits anderen Medien verkauft haben und dennoch ihren Privatkunden „exklusiv" Nachrichten verkaufen, die sie folglich diesen Medien vorenthalten. Eine andere Frage ist die der Korrektheit der Informationen. Wenn sie wirklich aus nur dem Autor zugänglichen Quellen kommen, kann dieser sich mit dem Gesetz in Konflikt sehen. Ein Redakteur des „Wall Street Journal" verlor soeben seinen Arbeitsplatz und einen Prozeß, weil er Insider-Informationen wissentlich an Leute verkaufte, die sie zum eigenen Vorteil an der Börse benutzen konnten. Das Gesetz verbietet dergleichen.

In diesen Veröffentlichungen finden kleine karibische Inselreiche zunehmend eine gute Presse, aber nicht wegen ihres blauen Himmels und ihrer märchenhaften Strände, sondern als Paradies derer, die ihr Kapital ganz legal erworben haben, es nun aber durch Steuerflucht schützen wollen und es dabei in die grauen Zonen der Wirtschaft transferieren. Die Abwanderung dieses Kapitals beunruhigt die US-Regierung nicht nur, weil sie die Verluste des Steuereinkommens erhöht, die ohnehin viele Milliarden Dollar erreichen, sondern weil es sich dann mit dem Kapital illegaler Geschäfte vermischt, vor allem des Rauschgifthandels, das die grauen Zonen beim Weißwaschen durchläuft.

An der Spitze der Länder, die Steuerflüchtige willkommen heißen, stehen die Bahamas, deren 700 Inseln ein Territorium von etwa neun Zehnteln, aber eine Bevölkerung von weniger als einem Zehntel Schleswig-Holsteins haben. Sie wurden zur Zuflucht international gesuchter Verbrecher, darunter ein bekannter Börsenschwindler und einer der berüchtigtsten Rauschgifthändler der Erde. Solche Menschen zahlen gut für das Privileg, Schutz vor den Gerichten der Heimat zu finden. Die Korruption soll bis in die Regierung des Ministerpräsidenten Lynden Pindling gehen, dem die Annahme vieler Millionen Dollar von „ausländischen Geschäftsleuten" nachgewiesen wurde. Die Opposition will den Fall Pindling vor den 49 Führern des britischen Commonwealth zur Sprache bringen, die im Oktober auf den Bahamas ihre Tagung halten wollen.

Ein anderer Hafen, der Steuerflüchtigen wärmstens empfohlen wird, ist das Off-shore-Geschäft der britischen Kronkolonie Grand Caimans (264 Quadratkilometer, weniger als zwanzigtausend Einwohner), wo Kapital anonym den Weg zum Eurodollarmarkt findet. Auf dem Festland der Karibik bereitet Panama ähnliche Sorgen. Den Umfang des Problems zeigt eine Zahl: Fachleute schätzen, daß jedes Jahr zwanzig Milliarden Dollar aus den USA den Weg in die Off-shore-Geschäfte finden.

Die USA sind in der Karibik Geiseln des Ost-West-Konfliktes geworden. Lebenswichtige Handelswege des Westens führen durch diesen Raum. Aus diplomatischen Gründen können die USA keinen starken Druck auf die Länder ausüben, die zu grauen Zonen des internationalen Wirtschaftslebens wurden. Da ist nur auf freiwillige Mitarbeit zu hoffen, die Washington im wesentlichen nur in Costa Rica und neuerdings in Kolumbien findet.

Die grauen Zonen erreichten längst das nordamerikanische Festland, wo großen Banken die Beteiligung am Weißwaschen des Rauschgiftgeldes nachgewiesen wurde. Das zeigt erneut, wie schwer die Grenzen zwischen dem legitimen Geldmarkt, den grauen Zonen und der Welt der Verbrecher zu ziehen sind.

Aber das ist eine lebenswichtige Aufgabe geworden. Der Rauschgifthandel scheint manchen Ländern mehr als Auslandsanleihen geholfen zu haben, was manche Regierungen darüber hinwegsehen läßt, daß er die Bevölkerung korrumpiert und zu Partnern des internationalen Verbrechens macht. Dies wiederum geht vom Rauschgifthandel nicht nur in andere illegale Aktivitäten, wie Glücksspiel und Prostitution. Ein Teil geht in legitime Unternehmen, die es demoralisiert und in den Bannkreis der Verbrechen zieht. Es greift mit Bestechungen in das politische Leben ein und trug in letzter Zeit auch wesentlich zur Finanzierung der lateinamerikanischen Guerrilla bei. Es schreckt auch vor direkten Aktionen nicht zurück, wie die Ermordung eines kolumbianischen Justizministers und ein vereitelter Mordanschlag gegen den Präsidenten von Honduras zeigten. *Die Sonne der Karibik bringt es an den Tag.*

Ungerührt erzählt Scholl vom großen Unbekannten

Ein „simpler" Raub wird seit einer Woche vor dem Landgericht in Baden-Baden verhandelt. Als Täter kommt nicht irgendeiner der „üblichen" Ganoven in Frage, sondern ein Mann, dessen Bilderbuchkarriere als Manager und Politiker in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit eher als beispielhaft denn fragwürdig galt: Hans-Otto Scholl (52).

Von KNUT TESKE

Wenn er sich erhebt, das Wort ergreift und beiläufig die Jacke seines makellos sitzenden Anzugs zuknöpft, dann heischt er die Aufmerksamkeit eines Vorstandsvorsitzenden, der Ruhe in der Runde erwartet. Daß er sich nicht an den Sachverstand seiner Herren Direktoren wendet, sondern an „Meine Damen und Herren Richter", denen er Rede und Antwort zu stehen hat, bleibt für viele Gerichtsreporter ein nur schwer verdauliches Faktum.

Selten erschien die Diskrepanz zwischen Anklage und Angeklagtem größer, ja grotesker zu sein. Ein Mann, ein Rechtsanwalt, der doch „alles hatte", der in seiner Glanzzeit als Hauptgeschäftsführer des Deutschen Pharma-Verbandes (BPI) mindestens 300 000 Mark im Jahr bekam plus Spesen, Dienstmercedes und Erste-Klasse-Reisen rund um die Welt, der selbst in seiner schlechtesten Zeit nie „unter 16 000 Mark verdiente", der als Kunstmäzen und -kenner auftrat, dessen Eintritt in die Politik (bis zum FDP-Chef von Rheinland-Pfalz) von gleichem dynamischem Zuschnitt war – dieser Mann soll am 28. 12. 1984 einen Juwelier in Baden-Baden ausgeraubt, soll dabei zwei Menschen blutig geschlagen haben, die heute als Nebenkläger vernommen werden; er soll sie gefesselt, mit dem Tode bedroht und über beiden einen Schuß abgefeuert haben. Wie ein Ganove.

Ein Widerspruch, aus dem sich Legenden speisen.

Und so tut Scholl auch alles, das Abstruse dieses Vorwurfs herauszuarbeiten. Er ist immer dann am stärksten, wenn er seine „Vorbemerkungen" macht. Dann klingt er kraftvoll und selbstsicher. Wenn er sich aber akribisch ins Detail verbeißt, sein Alibi zu erhärten versucht, wirkt er verkrampft, wenig überzeugend, hohl. Dann spricht er gespreizt.

Vorbemerkung eins: „Ich bin nicht gewalttätig", sagt er; Gewalt sei ihm wesensfremd. Man möchte ihm das, so wie er dasteht – hoch aufgerichtet, eine energische, nicht unsympathische Erscheinung – spontan abnehmen. Dann zweifelt man wieder, wenn er sich später verheddert, seine Geschäfte schildert, Geschäfte, die den Hautgout von Machenschaften haben und kaum seriöser anwaltlicher Beratertätigkeit entsprechen. Zwar beweist das in keiner Weise Scholls Gewalttätigkeit, doch wächst in den Zuhörern das Gefühl, einen Mann vor sich zu haben, dem das Wasser schon lange bis zum Halse stand.

Vorbemerkung zwei: Er – Scholl – würde niemals Juwelen rauben, wenn er Geld brauche. Er wisse aus eigener, leidvoller Erfahrung, wie schwer es sei, sie an den Mann zu bringen. Das leuchtet ein. Juwelen hatten einen unerhörten Kurssturz. Andererseits ist sein Leben gekennzeichnet von der Jagd auf diese Dinger. Letztlich war es offenbar diese Leidenschaft, die seinen Abstieg eingeleitet hat und zum Ende seines Traum-Jobs beim BPI führte.

Für den Verband hatte er im großen Stil Juwelen, Gold, Teppiche und Bilder eingekauft, als Anlagevermögen sozusagen, auf das der Arbeitgeber freilich keinen Wert legte. Man trennte sich 1980 von ihm. Scholl durfte (oder mußte) zwar das „Anlagevermögen" behalten, mußte aber (und durfte nicht etwa) dem Verband dafür mehr als 1,6 Millionen Mark zurückzahlen. Irgendwie bewerkstelligte er das auch; seine Bemühungen müssen aber, so die Staatsanwaltschaft, zu einer unübersehbaren Abfolge von Kreditaufnahmen und Umschuldungsversuchen geführt haben.

Vorbemerkung drei: Die Überschuldung als Tatmotiv stimme nicht. Soll und Haben deckten sich nach Scholls Überzeugung. Schulden in Höhe von 1,9 Millionen Mark stünden Vermögenswerte in gleicher Höhe gegenüber. Behauptungen.

Doch so logisch diese Angriffe auf den Kern der Anklage klingen – sie rufen nicht mehr als Achselzucken im Saal hervor. Es ist die Tragik des Hans-Otto Scholl, daß ihm niemand mehr zu glauben scheint. Die Stimmung im Saal ist so überwiegend ablehnend, daß sich selbst die Verteidigung nicht mehr geschlossen dieser Woge zu entziehen vermag.



Hans-Otto Scholl: Angeklagt des schweren Raubes mit Körperverletzung FOTO: SVEN SIMON

Oder ist es nur Zufall gewesen, wenn einer der Anwälte bereits vom „Drehen an der Strafzumessung" sprach? Strafzumessung, wohlgemerkt, und nicht etwa Freispruch, und sich von den prozessualen Attacken mehr verspricht als von der Verhandlung zur Sache.

Um keine Spekulationen aufkommen zu lassen: Weder ist die Taktik der Verteidigung unzulässig, noch hat sich das Gericht in irgendeiner Weise zu einer ernsthaft vorlauten Äußerung hinreißen lassen. Scholl ist noch nicht verurteilt. Die Indizien allerdings sprechen gegen den Angeklagten, und dieser selbst hat viele der Zweifel hervorgerufen.

Seine Version gleicht einer Rechnung mit immer neuen Unbekannten. Dieser Mann mit dem soignierten Gebaren wird offenbar immer wieder von seiner Vergangenheit eingeholt. War sie doch nicht so glänzend? Immer wieder muß sich Scholl mit dubiosen Typen einlassen, will ihnen Brillanten verkaufen, läßt sich im Preis drücken – alles, um zu Geld zu kommen. Das scheint ihn indes nicht weiter zu nerven, solange der Schein gewahrt bleibt. Die Treffen sind heimlich. Reisen suggerieren Aktivitäten, und Aktivitäten den Erfolg. Scholl empört sich immer nur, wird seine Bonität in Zweifel gezogen. Er habe noch kein Mittagessen zu erschnorren nötig gehabt, braust er auf.

Den Tatvorwurf als solchen, wiewohl er ihn als absurd einstuft, nimmt er gelassen hin.

Ungerührt führt Scholl nicht nur den großen Unbekannten auf, sondern zum Erstaunen der Kammer gleich eine ganze Serie von Dunkelmännern. War es zunächst nur der Anonymus aus Brüssel, mit dem Scholl sich am Tattage in Baden-Baden traf – im Auftrag der Lufthansa, mit der Scholl durch einen Beratervertrag (120 000 Mark im Jahr) verbunden ist –, so tauchen jetzt gleich zwei Dei ex machina auf, offenkundig zwei „schräge Vögel", die immerhin einen Namen haben, auch wenn sie inzwischen davongeflogen sind: ein Keßler II. und ein Charles Robert Weber-Perez. Beide hätten zusammengearbeitet, um ihn zu erpressen. Das große Komplott?

Bekämen sie nicht seine „Aufzeichnungen" aus seiner Zeit als Bonner Pharma-Lobbyist, so die Version des Angeklagten, gäbe es Schlagzeilen, habe Weber-Perez Scholl am 5. 1. 85 telefonisch in Zürich angedroht. Aber neue Schlagzeilen habe er nicht gebrauchen können, habe doch am 22. 12. 1984 die Mainzer Staatsanwaltschaft ihn öffentlich mit dem Vorwurf der Untreue konfrontiert. Er solle Festgelder der FDP-Landtagsfraktion zur Sicherung eines Privatdarlehens verwandt haben. Andererseits hätte ihm nun Keßler II. zwei Brillantringe untergejubelt, heiße Ware, wie ihm Weber-Perez nunmehr bescheinigte.

Bislang habe er geglaubt, die Juwelen stammten aus dem Familienbesitz der Keßlers und sollten verkauft werden, um den in Schwierigkeiten geratenenen Keßler I. aus der Untersuchungshaft auszulösen.

Tatsächlich stammten die beiden an die 150 000 Mark teuren Schmuckstücke, die in Scholls Schweizer Safe gefunden wurden, aus der „Beute" des Baden-Badener Überfalls ...

Eine herbe Enttäuschung sei das für ihn gewesen. Scholl: Weber-Perez hatte sich bei mir als Kaufinteressent der Zweitvilla in Bad Soden und vier wertvoller moderner Bilder vorgestellt. 900 000 Mark plus diverse Brillanten (wieder einmal) hatte der smarte Finanzberater aus Straßburg auf den Tisch des Hauses legen wollen. Das geschah am 5. 1. 85. In Panik verließ Scholl Zürich, kehrte in seine Erstvilla nach Oggersheim zurück, wo er sich bei einem Parteifreund Rat holen wollte, und wurde verhaftet.

Im Züricher Safe die heiße Ware. Keine Ringparabel à la Lessing. Eher ein Kreis, der sich schließt.



Dirk Greiling und Corinna Monnecke hatten Scholl bei einer polizeilichen Gegenüberstellung als Täter wiedererkannt FOTO: DPA

Don Juan bleibt, was er war – ein Frauenheld

In Mozarts Oper landet Don Juan in der Hölle. Der Vatikan will ihn seligsprechen. Des Rätsels Lösung ist einfach: Der spanische Caballero Don Miguel, der die Vorstufe zur Heiligkeit erlangen soll, ist nicht Don Juan.

Von F. MEICHSNER

Der Lüstling Don Juan ein Seliger oder gar ein Heiliger? Die Vorstellung erweckt weit mehr als jene „Heiterkeit", mit der ein Vatikansprecher dieser Tage die Ankündigung quittierte, daß sich der Papst künftig als Kolumnenschreiber für die Blätter des australischen Pressezars Murdoch betätigen werde. Daß sich die Kirche in dieser Weise des weltberühmten Schürzenjägers aus Sevilla annehmen könnte, erscheint schlechterdings unmöglich.

Immerhin hat eine Meldung aus dem Vatikan den Anstoß dazu gegeben, daß die literarische Kontrastfigur zum nordischen „Faust", jener vielgeschmähte, aber auch vielbeneidete „Latinlover", der die dem Menschen von der Natur gesetzte Grenze durch maßlose Befriedigung sinnlicher Lust zu überschreiten sucht, in den Massenmedien spöttisch Schlagzeilen macht. „Don Juan auf die Altäre!" Mit Süffisanz dargeboten, geht die „Sensation" rund um den Erdball.

Was sich wie ein verspäteter Aprilscherz ausnimmt, wird bei näherem Hinschauen zu einem komplizierten Fall von kirchlichem Lokalpatriotismus, dessen Problematik den zuständigen Stellen in ihrem Eifer, die himmlische Heerschar der Seligen und Heiligen immer mehr aufzufüllen, vielleicht nicht bewußt wurde.

Was ist geschehen? Die Kongregation für die Selig- und Heiligsprechungsprozesse hat am Wochenende in Anwesenheit des Papstes ein Dekret bekanntgegeben, das dem spanischen Edelmann Miguel Manara Vicentelo de Leca y Colona, einem im Jahre 1679 verstorbenen Caballero de Calatrava, attestiert, die Kardinaltugenden „in heroischem Maß" geübt zu haben. Eine solche Anerkennung bildet eine der wichtigsten kanonisch vorgeschriebenen Etappen in einem Seligsprechungsverfahren.

Normalerweise finden derartige Dekrete – außer im lokalen Kirchenbereich, in dem die entsprechende Seligsprechung betrieben wird – kaum Beachtung. Bei Don Miguel machte die Tugendattestierung Schlagzeilen, und das war eigentlich vorauszusehen. Galt und gilt doch dieser Edle aus Sevilla noch heute weithin – ob zu Recht oder zu Unrecht, sei dahingestellt – als die Personifizierung des weltberühmten literarischen Schürzenjägers, dem in Mozarts Oper „Don Giovanni" ein bleibendes Denkmal gesetzt wurde.

Nicht nur von der Kirche, auch von wissenschaftlichen Experten wird die Identifizierung Don Miguels mit „dem" sagenumwobenen Don Juan ganz entschieden zurückgewiesen. Dies vor allem mit dem Argument, daß Don Miguel Manara erst drei Jahre alt gewesen sei, als der spanische Mönch Tirso de Molina im Jahre 1630 in seiner „Comedia del Burlardo de Sevilla" („Komödie vom Spötter von Sevilla") die Lokalsage von Don Juan Tenorio zum ersten Mal literarisch verarbeitete und damit eine über Jahrhunderte fortführende Don-Juan-Literatur einleitete.

Der – historisch bisher nicht nachweisbare – Ur-Don Juan kann der 1627 geborene Seligenaspirant Don Miguel also nicht gewesen sein. War er doch, als Tirso de Molina die galanten Abenteuer des „Spötters von Sevilla" schilderte, gerade dem Wiegenalter entwachsen.

Auch dem Mozart-Librettisten Laponte dürfte im ausgehenden 18. Jahrhundert wohl eher die Spötterkomödie als der Caballero von Calatrava zum Vorbild für seinen „Don Giovanni" gedient haben, den er mit geradezu herkulischer Potenz ausstattete und nicht weniger als 640 Italienerinnen, 231 deutsche Maiden, 101 Französinnen, 91 Türkinnen und 1003 Spanierinnen verführen ließ.

Spätestens mit dem Erfolg dieser Oper wurde Don Juan vom Namen zum Beinamen, der einem Mann von hemmungsloser Sinnesfreude und Fleischeslust gegeben wurde.

Aber hatte sich der jugendliche Don Miguel, der laut Überlieferung zunächst durchaus nicht wie ein Heiliger lebte, nicht vielleicht schon vorher in seiner engeren Heimat, in der die Don-Juan-Sage zu Hause ist, als erster diesen Ruf erworben? Alexander Dumas d. Ä. muß einiges zu Ohren gekommen sein, denn er gab seinem 1836 erschienenen Don Juan den Nachnamen de Manara.

Der spanische Pater Teodoro Zamalao freilich, der jetzige Promotor des sich seit Jahrhunderten hinschleppenden Seligsprechungsverfahrens, hält solche Identifizierung für eine glatte Verleumdung. „Zweifellos", so räumte er in einem Gespräch mit dem „Corriere della Sera" ein, „hatte Don Miguel vor seiner Eheschließung das eine oder andere Abenteuer. Er war feurig, voller Temperament. Aber welcher Edelmann war das damals nicht?" Er sei wohl „ganz normal galant" gewesen, ebenso wie dann 13 Jahre lang ganz normal ein treuer Ehegatte seiner Frau.

Fest steht immerhin, daß der Fast-Selige so lange ein ziemlich liederliches Leben führte, bis er sich durch das, was er für eine Warnung des Himmels hielt, zur Umkehr veranlaßt sah. Er ging erst dann den Bund der Ehe ein, als seine letzte Geliebte plötzlich starb.

In der Folgezeit war Don Miguels Lebenswandel sicherlich ohne Fehl und Tadel. Nach dem Tod seiner Frau Geronima widmete er sich in einem Kloster der unbeschuhten Karmeliter ganz der Wohltätigkeit. Er gründete das Hospiz der Santa Caridad. Die Bruderschaft sevillanischer Edelleute, die dieses Krankenhaus heute noch unterhält, finanziert auch Don Miguels Seligsprechungsverfahren.

Dieser Prozeß stand bisher unter einem nicht eben glücklichen Stern. Sei es wegen der tatsächlichen Jugendsünden des Aspiranten, sei es wegen der Dumas zuzuschreibenden Identifizierung mit dem sagenhaften Don Juan – Tatsache ist, daß die Anwälte dieses „Dieners Gottes" immer wieder zurückgeworfen wurden. 200 Jahre ruhte das Verfahren ganz. Aber die Edlen von Sevilla, die ihren Lokal- und Standesheiligen haben wollen, scheuten weder Mühe noch Kosten, um es wieder in Gang zu bringen, was ihnen erst 1955 gelang.

Jetzt endlich scheint die Tugendfrage definitiv aus dem Weg geräumt. Es bleibt freilich immer noch eine weitere kirchenrechtlich vorgeschriebene Voraussetzung für die Seligsprechung zu erfüllen, die nach dem Wunsch der Sevillaner die Vorstufe zur Heiligsprechung sein soll. Pater Teodoro: „Es fehlt noch ein Wunder." Alle Don Miguel zugeschriebenen Fürbitten, die ein Wunder bewirkten, bezögen sich auf Ereignisse, die zwei Jahrhunderte zurücklägen. Der Pater zweifelt, daß sie die Kontrolle durch die vatikanische Meditiner-Kommission unbeanstandet passieren.

Aber vielleicht erweist sich gerade die von den Prozeßpromotoren als üble Nachrede empfundene Identifizierung von Don Miguel mit Don Juan in diesem Punkt als gar nicht negativ. Sie schafft immerhin Publizität, die, wie sich Pater Teodoro ausdrückte, „den einen oder anderen Andächtigen ermutigen könnte, mit Don Miguels Vermittlung einen dokumentierbaren himmlischen Gnadenerweis zu erlangen".



Kupferstich von 1825: Mozarts Don Juan („Don Giovanni") auf dem Weg zur Hölle FOTO. SÜDDEUTSCHER VERLAG

741 000 neue Lehrstellen in Aussicht

HH. **Bonn**

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt zeigt nach ersten Vorausschätzungen des unternehmernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) 1985 eine „Tendenz zur weiteren Besserung". Das Institut erwartet für den 30. September ein Gesamtangebot von 741 000 neuen Ausbildungsplätzen und damit gegenüber dem Vorjahresrekord eine weitere Zunahme um 14 400 Plätze (2 Prozent). Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge liege mit 716 000 bereits um gut 10 000 höher als im Vorjahr. Die deutschen Unternehmen haben nach IW-Schätzungen 1984 über 28 Milliarden Mark in die Berufsausbildung investiert und nahezu 10 Milliarden Mark für die Weiterbildung der Mitarbeiter aufgewandt.

Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird auf rund 766 000 veranschlagt. Sie liege damit an der Obergrenze der Schätzung des Bonner Bildungsministeriums (745 000 bis 765 000). Zugleich steige die Nachfrage damit gegenüber dem Vorjahr (knapp 764 000) noch einmal geringfügig an.

Auch die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge werde in diesem Jahr mit 715 800 das Vorjahresergebnis von knapp 706 000 deutlich übertreffen. Der IW-Prognose zufolge dürfte die Zahl der Bewerber ohne Ausbildungsvertrag „spürbar sinken": Für den 30. September



wird sie auf rund 50 000 Jugendliche geschätzt, also 7600 weniger als ein Jahr zuvor. Nach aller Erfahrung werde allerdings auch im vierten Quartal ein großer Teil der Jugendlichen nachträglich in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt (1984 rund 22 000).

In Südwest-CDU wächst der Unmut über Bonn

Von XING-HU KUO

Am Montag morgen ging Lothar Späth, diesmal als Landesvorsitzender der baden-württembergischen CDU, siegesgewiß in eine Sitzung des Landesvorstandes: „Sind Sie auch alle der Meinung der Jungen Union, daß das Kabinett reif für eine Umstrukturierung ist?" Die rund 30 Anwesenden lachten, berichtete ein Teilnehmer, darunter auch der JU-Landeschef Günther Oettinger. Dieses Lachen wurde als „Sieg" Späths gewertet, denn zumindest im Landesvorstand hat er immer noch die Zügel fest im Griff.

Schon die Fragestellung machte jedoch deutlich, daß die Spürnase des Ministerpräsidenten die „Lunte" gerochen hat, die eben jener Oettinger und die Junge Union am vergangenen Wochenende im romantischen Bühlertal im Kreis Rastatt gelegt und gezündet hatten. Oettinger



Landesbericht Baden-Württemberg

machte, anders als sonst bei der eher „braven" Jungen Union im Südwesten üblich, erstmalig bundesweit Schlagzeilen. Denn auf jenem Landestag hatte die Nachwuchsorganisation der baden-württembergischen CDU, also immerhin eine der stabilsten Gliederungen in der bundesweiten Union, seit zwölf Jahren mit einer satten absoluten Mehrheit Regierungspartei im wirtschaftsstärksten Bundesland, den Aufstand geprobt. Und zwar sowohl gegen Bonn als auch den an sich durchaus populären Landesvater Späth.

Oettinger und zahlreiche andere Redner zweifelten nämlich die Führungsqualitäten von Bundeskanzler Kohl offen an. Oettinger, junger Landtagsabgeordneter mit parteipolitischen Ambitionen (so würde er gerne neuer Generalsekretär der Südwest-CDU werden, wenn der Parteitag am 19./20. Juli in Offenburg einem solchen Antrag, dieses erst 1982 abgeschaffte Amt wiedereinzuführen, zustimmt), erklärte unter Zustimmung der Delegierten, daß „man die Hälfte der Bundesminister vor Ort einsetzen" könne, weil sie „verbraucht" seien. Namentlich genannt wurden Postminister Schwarz-Schilling, der „Ankündigungsminister" Zimmermann – so ein Redner – und Verteidigungsminister Wörner.

Die Junge Union übte aber auch massive Kritik an Regierungschef Späth. Oettinger und andere bemängelten, daß Späth sich in erster Linie mit SDI, High-Tech und Berichten über seine immer zahlreicher werdenden Auslandsreisen befasse. Er solle, so die allgemeine Forderung der Jungen Union, sich endlich mal wieder mit den Niederungen der Landespolitik befassen.

Eine WELT-Umfrage unter Funktionsträgern und auch einfachen Mitgliedern an der Parteibasis der Südwest-CDU läßt in der Tat erkennen, daß ein wachsender Unmut unverkennbar ist. Insofern hat der Landestag der Jungen Union nur die Stimmung zum Ausdruck gebracht, die weit über die Grenzen der CDU-Nachwuchsorganisation hinausgeht.

Späth selber, der diese Stimmung nur allzu genau kennt, hat in einem Zeitungsinterview seinerseits die Bundesregierung offen kritisiert: Man müsse sehen, daß „in den letzten Monaten zu wenig Dinge schnell durchgezogen worden sind. Es gab zu viele widerspruchsvolle Diskussionsphasen." Er forderte Bonn auf, auch „offen einzuräumen, wo wir noch keinen Erfolg hatten, daß es zum Beispiel sehr viel komplizierter ist, die Arbeitslosenzahlen zurückzubringen, als wir alle vermutet haben".

Der Stuttgarter Regierungschef ist in den letzten Wochen und Tagen allen Spekulationen entgegengetreten, er sei möglicherweise der neue Bundeskanzler. Die vor allem in Hamburger Magazinen und Wochenblättern immer wieder erfolgte Namensnennung Späths – neben Stoltenberg – als Kohl-Nachfolger dementiert der Schwabe mit der Bemerkung, ihm gefalle es sehr gut in Stuttgart, hier werde er deshalb auch bleiben. Diese Aussage wird in Parteikreisen schlicht mit dem Realitätssinn ihres Regierungschefs erklärt, weil derzeit eine solche Veränderung in Bonn kaum zu erwarten sei.

Allerdings hat Späth schon vor einiger Zeit geäußert, er habe nicht den Ehrgeiz, als Ministerpräsident von Baden-Württemberg in Pension zu gehen. Dabei denkt er, so ist aus seiner nächsten Umgebung zu hören, an Führungsaufgaben im Bereich internationaler Wirtschaftsorganisationen. Seine weltweiten Vortrags- und Informationsreisen erscheinen unter diesem Gesichtspunkt in einem neuen Licht.



Der designierte Koschnick-Nachfolger Klaus Wedemeier (rechts) will den unterlegenen Henning Scherf zu seinem Stellvertreter machen FOTO: DPA/SCHILLING

Mit einem „unpopulären Paket" will Wedemeier für Aufschwung sorgen

W. WESSENDORF, **Bremen**

Die wohl dramatischste Wahl eines Bremer Senatspräsidenten war nur wenige Minuten vorbei, da sorgte der designierte Nachfolger von Bürgermeister Hans Koschnick, der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Wedemeier, für die erste große Überraschung: Er schlug seinen unterlegenen Gegenkandidaten Henning Scherf, Senator für Jugend und Soziales, als Stellvertreter vor. Vor dem außerordentlichen Landesparteitag heimste Wedemeier als Wunschkandidat Koschnicks 116 Stimmen gegen 93 für Scherf ein. „Das ist ein Abstieg in die Zweitklassigkeit, betrachtet man die politische Ahnenfolge der SPD von Kaisen über Koschnick", meinte der CDU-Oppositionsführer Bernd Neumann.

Der designierte Regierungschef des kleinsten Bundeslandes („Ich sehe einen ganz schweren Weg vor mir") bewies mit seinem Vorschlag, Scherf solle sein Stellvertreter werden, daß er das Wohl seiner Partei im Auge hat. Das Abstimmungsergebnis spiegelt nämlich deutlich die Spaltung der Bremer SPD wider, die nach dem Rücktritt Koschnicks im Juni offenbar wurde. Nun soll Scherf mit seiner starken Anhängerschar in Landesorganisation und Senat eingebunden werden. Scherf machte denn auch klar, was der mehrwöchige Wahlmarathon durch die unteren Gremien der SPD ihm gebracht hat. „Ich fühle mich wieder so stark wie damals als Landesvorsitzender", sagte der 2,04 Meter lange Senator und lieferte gleich die Einschätzung dazu: „Ich habe eine zentrale Stelle in der Partei eingenommen." Das verband er mit der Ankündigung: „Und ich werde nicht wieder ins Mäuseloch zurückkriechen."

Zum Auftakt des Landesparteitages hatte Koschnick noch einmal seine Entscheidung für Wedemeier als Nachfolger erläutert. Der Bürgermeister: „Wedemeier hat bei vielen unpopulären Entscheidungen tatkräftig mitgeholfen." Das prädestiniere den Fraktionsvorsitzenden für seinen künftigen Posten. Trotzdem müsse jeder Delegierte für sich selbst entscheiden. Koschnick: „Hier geht kein König, der einen Kronprinzen hinterläßt." Er warnte aber davor, die Partei zu entzweien: „Es dürfen keine Sprengsätze gelegt werden."

Der künftige Präsident des Senats will die Probleme des Zweistädtestaates – hohe Verschuldung und große Arbeitslosenquote in erster Linie – unverzüglich in Angriff nehmen. Allerdings scheut sich der 41jährige Politiker, seine Vorstellungen jetzt schon zu äußern. Aber im Herbst soll ein „unpopuläres Paket" geschnürt werden. Natürlich „unter Wahrung sozialdemokratischer Werte". Darin sind sich Wedemeier und Scherf einig.

An eine Verkleinerung der Landesregierung, die sich aus zwölf Senatoren – darunter eine Frau – zusammensetzt, will sich der künftige Bürgermeister vorsichtig herantasten. Indes kündigte er noch für dieses Jahr ein Revirement an. In Gesprächen mit den verschiedenen Ressorts müsse bis dahin geklärt werden, welche Aufgaben gebündelt werden könnten. Scherf denkt in diesem Punkt anders. Er hatte sich stets für eine sofortige Verkleinerung und Umbesetzung des Landeskabinetts eingesetzt.

Wedemeier will als erstes auf die Gewerkschaften zugehen, meinte er nach der Wahl. Aber Koschnicks Nachfolger betonte auch, daß die Gespräche mit der Wirtschaft wichtig seien. Es gelte, die Firmen zu stärken und neue Betriebe ins Land zu holen. Der gelernte Kaufmann, der als Angestellter in leitenden Positionen saß, legte aber auch an diesem Punkt noch nicht die Karten auf den Tisch, wie er die Beziehungen pflegen will. Scherf hatte dafür plädiert, dem „Kapital mehr Rückgrat zu zeigen". Koschnick dagegen hatte seine exzellenten Verbindungen stets zum Wohle Bremens oft gegen den Willen der Genossen ausgeschöpft.

„Wir sehen, wenn die beiden noch von ihrer Fraktion und dem Senat bestätigt werden, die Chance zum Durchbrechen der absoluten Mehrheit in zwei Jahren bei den Bürgerschaftswahlen", kommentierte Oppositionsführer Neumann den Parteitag. Die große Mühe, die die SPD gehabt habe, den Kandidaten Koschnicks und des Landesvorstandes durchzubringen, zeige die Kluft zwischen SPD-Spitze und Basis im kleinsten Bundesland. Der „Januskopf" an der Senatsspitze werde nicht in der Lage sein, das angeschlagene Staatsschiff Bremen in ruhige Gewässer zu führen, meinte der CDU-Oppositionschef weiter. Wedemeier sei außerhalb Bremens ein „Nobody". Wedemeier und Scherf würden nicht die guten Beziehungen fortsetzen, die Koschnick zu den Chefetagen von Wirtschaft und Industrie sowie zu anderen Bundesländern bis hin zum Bundeskanzler habe.

Radio Bremen sorgte übrigens für einen Skandal, denn der Sender übertrug zeitweise den Parteitag live aus dem Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Vegesack. Das hat es noch nicht gegeben. Der SPD-Landesvorsitzende Konrad Kunick kündigte die Übertragung bei der Eröffnung der Veranstaltung an und meinte fast entschuldigend, Radio Bremen habe diesen Wunsch geäußert.



Forscher aus Bulgarien und Deutschland geehrt

Körberstiftung in Hamburg gibt Preisträger bekannt

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

„Herr Körber kann's nicht lassen: Er hat Geburtstag und bringt das Geburtstagsgeschenk mit", freute sich Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der Forschung als Standortfaktor für die Hansestadt längst einen wirtschaftspolitischen, ja politischen Wert zuerkannt hat. Das Geschenk, das der Hamburger Unternehmer, Erfinder und Mäzen, Kurt A. Körber, zur Feier seines 75. Geburtstages mitbrachte, war 40 Millionen Mark schwer. Mit diesem Kapital stattete er den „Förderpreis für die Europäische Wissenschaft" aus, aus dessen Zinserträgen Forscher oder Wissenschafts-Teams einen Förderungs-„Schub" erhalten sollen, der in seinen finanziellen Dimensionen den Nobelpreis in den Schatten stellt. Gestern verkündete das Preis-Kuratorium die erste Vergabe: Eine deutsche und eine bulgarische Forschergruppe werden bei ihren Arbeiten mit insgesamt zwei Millionen Mark unterstützt.

Von den Tugenden, die Bundespräsident Richard von Weizsäcker Körber bei der Geburtstagsfeier am 7. September 1984 zuerkannt hatte – „Sie sind nicht nur ein Mann des Fleißes, des Entschlusses, des Tempos und der Tat, sondern Ihnen liegt auch die ruhige Beobachtung und geistige Verarbeitung" – wurden dem Kuratorium vor allem die letzten beiden Eigenschaften abverlangt. Zwei Millionen Mark – dieser Förderbetrag wirkte bei Forschungsgruppen in ganz Europa anregend. „Wir hatten 16 Vorschläge auf unserer Liste", erklärte Generalsekretär Heinz Gretz der WELT. Die zehn Mitglieder des Kuratoriums haben ausnahmslos einen außerordentlichen Rang auf ihren Gebieten. So gehören dem Gremium sowohl der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Heinz A. Staab, wie der Präsident der „Deutschen Akademie der Naturwissenschaft ‚Leopoldina' zu Halle", der renommiertesten naturwissenschaftlichen Institution der „DDR", Heinz Bethge, an.

Körber, der sich selbst wenig aus Geld macht – „Er hat kein Schloß, keine Villa an der Côte d'Azur nicht einmal ein Firmenflugzeug" (Helmut Schmidt) – wollte mit seiner Stiftung nicht Bargeld ausschütten, sondern „zur Bewährung Drängendes durch ein Mentorat" fördern. Ein Forscherteam soll sich eine wissenschaftliche Koryphäe „ausleihen" können, die „Leihgebühr" – die Freistellung von seiner sonstigen Tätigkeit – bezahlt die Stiftung, ebenso wie die Beschaffung notwendiger wissenschaftlicher Geräte. Wer sich aus den Wissenschaftsgebieten Technologie, Physik, Chemie, Biologie und Medizin bewirbt, soll – so heißt es in den Statuten des Preises – „die Zusammenarbeit international anerkannter Wissenschaftler ermöglichen". Denn der Hamburger „Anstifter" hatte bei der Bereitstellung von 40 Millionen Mark ganz Europa im Blick, ein Europa – auch an die genaue Definition hatte der Praktiker aus Bergedorf gedacht –, „das alle Länder vom Atlantik bis zum Ural umfaßt". So steht es in der Stiftungs-Präambel.

Diese Dimension wurde bei den Vorschlägen ausgenutzt. Von England bis zur Sowjetunion, von Finnland bis nach Bulgarien und Israel reicht die Liste der Länder, aus denen Arbeiten vorgelegt wurden. Ein Kernfusions-Projekt aus der Sowjetunion soll im nächsten Jahr erneut geprüft werden.

Die Entscheidung fiel zugunsten von zwei Gruppen: Drei bulgarische Wissenschaftler erhalten einen Förderungsbetrag von 800 000 Mark für ihre Untersuchungen über Möglichkeiten des Gegendruck-Gießverfahrens. Hinter diesem Begriff verbirgt sich die Chance zur Entwicklung geschäumter Metalle. Ein Verfahren, das zum Beispiel Eisen leichter und rostfrei machen könnte. Ein Preis in Höhe von 1,2 Millionen Mark wurde für die Entwicklung einer medizinischen Therapiemethode durch Schalldruck-Stoßwellen vergeben, Empfänger sind die Professoren Brendel, Chaussy, Eisenberger und Schmiedt von der Universität München sowie Dr. Forßmann, Dr. Hepp und Dr. Hoff von den Dornier-Werken.

Mit einem Teil des Preises soll ein Programm finanziert werden mit dem Ziel, die Effektivität und klinische Akzeptanz der Stoßwellenbehandlung von Gallensteinen zu erhöhen. Ein weiterer Teil des Preises ist für das Mentorat durch einen Stoßwellen-Physiker von internationalem Rang bestimmt. Die Preisverleihung findet am 7. September statt. An diesem Tag wird Körber 76 Jahre alt.

SPD will mehr Schutz für Verbrechensopfer

hey. **Bonn**

Die SPD-Opposition ist sich mit Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) einig, daß Opfer von kriminellen Handlungen größeren Anspruch auf staatlichen Schutz erhalten sollen. Weil der Minister jedoch bisher nur einen „verdienstvollen Diskussionsentwurf", so der SPD-Rechtsexperte Hans de With, erarbeitet hat, haben die Sozialdemokraten selbst gestern unter Berücksichtigung einer Reihe seiner Vorschläge eine Gesetzesinitiatve vorgestellt.

Danach sollen alle Kriminalitätsopfer künftig zur Wahrung ihrer Rechte im Strafverfahren Anspruch auf Rederecht und auf einen Anwalt haben. Doch sollen sie dessen Kosten nicht übernehmen müssen, wenn vor Gericht ihre höchstpersönlichen Umstände zur Sprache kommen. Bei Sexualdelikten sollen die Opfer schon während der Ermittlungen einen Anwalt erhalten. Weiter soll bei der Höhe eines Urteils ein Bemühen des Täters um Wiedergutmachung berücksichtigt werden.

Anklage gegen KGB-Agentenwerber

W.K. **Karlsruhe**

Die Generalbundesanwaltschaft hat gegen den unter dem Verdacht der Spionage festgenommenen Mitarbeiter der Handelsmission der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland, Semljakow, beim Oberlandesgericht Düsseldorf Anklage erhoben. Semljakow war im April während eines Treffs mit einem Deutschen, den er für den sowjetischen Geheimdienst KGB anwerben wollte, von der Spionageabwehr des Bundesamtes für Verfassungsschutz enttarnt und durch das Bundeskriminalamt festgenommen worden. Die sowjetische Botschaft in Bonn ist inzwischen bei den zuständigen Stellen der Bundesregierung wegen eines raschen Austausches ihres Agenten vorstellig geworden.

Bergsteiger helfen als Dachdecker aus

DIETER DOSE, **Berlin**

Generale erhielten aus den Händen Erich Honeckers den Scharnhorst-Orden, Kinder brachten Blumensträuße zu den Vopo-Dienststellen, und die Zeitungen der „DDR" hatten tagelang ein Thema: 40 Jahre Volkspolizei. Ellenlange Loblieder für „Freunde und Helfer". Liest man das, ist unschwer zu erkennen, daß es keinen Bereich des Alltags gibt, über den nicht das Auge des Gesetzes wacht.

„Die traditionelle Verbundenheit zwischen Schülern, Pädagogen und Volkspolizisten findet in vielfältigen Aktivitäten aus Vergangenheit und Gegenwart ihren Ausdruck", heißt es in der „Deutschen Lehrerzeitung". „Zu erwähnen ist die Mitarbeit vieler Volkspolizisten in den Elternvertretungen der Kindergärten und Schulen und ihr Auftreten vor den Kindern und Jugendlichen, um sie zu Ordnung und richtigem Verhalten zu erziehen."

Die Staatspartei SED kann sich freuen, denn ihr XI. Parteitag im nächsten Jahr läßt sich auch die „Blockparteien" in Bekenntnissen und Selbstverpflichtungen zu Ehren des Parteitages überschlagen. „Der Morgen", Zentralorgan der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD), berichtet von „neuen Initiativen in Vorbereitung des XI. Parteitages der führenden Kraft unserer Gesellschaft".

Denn die „Errungenschaften" (was auch immer man darunter versteht), die die „DDR"-Bevölkerung beglükken, seien das Produkt der weitsichtigen Politik der Partei der Arbeiterklasse und des Fleißes der Werktätigen. „Mehr als 57 000 Mitglieder der LDPD übernahmen in Vorbereitung des XI. Parteitages der SED persönliche Verpflichtungen in der Parteiinitiative „Bündnisbeitrag zum Wirtschaftswachstum", berichtet der „Morgen".

„Ehrenamtliche Dachdecker" gibt es jetzt in Sachsen. Keine Verbeugung gegenüber Erich Honecker, der diesen ehrenwerten Beruf einst im saarländischen Wiebelskirchen erlernt hat, sondern eine „Initiative für besseres Wohnen". Denn volkseigene Betriebe und Handwerker kommen nicht nach, Dachschäden zu beseitigen. Ihre Auftragslisten sind fast so lang wie die Wartelisten beim Autokauf . . .

Aus der Presse von drüben

„Männer unterschiedlichen Alters, die in ihrer Freizeit auf schadhafte Dächer steigen, diese abdichten, auch an Schornsteinen und Dachrinnen nach dem Rechten sehen, hatten sich zu einem Erfahrungsaustausch getroffen", berichtet die „Sächsische Zeitung", Organ der SED im Bezirk Dresden, über ein Dachdecker-Treffen in Görlitz. Mit Sonderlob für zwei „Ehrenamtliche", zwei Bergsteiger. Die erklimmen nun weniger die Felsen des Elbsandsteingebirges, häufiger dafür kraxeln sie auf Dächern. „Unsere Arbeit geht zügiger voran, wenn Mieter mithelfen – damit hapert es manchmal", beklagt sich einer der Freizeit-Dachdecker über mangelnde Unterstützung jener, denen sie aufs Dach steigen.

Über die Mormonen in der „DDR" wird in den Medien herzlich wenig berichtet. Doch die Einweihung eines Tempels in Freiberg/Sachsen ist der Ost-„Berliner Zeitung" einen größeren Beitrag wert. Zumal der Präsident der Mormonenkirche, Gordon Hinckley, aus den USA angereist, ein Dankschreiben an Erich Honecker überreichte. „Die Errichtung des Tempels", zitiert das SED-Blatt den Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gisy, „bestätigt das Prinzip der völligen Gleichberechtigung aller religiösen Überzeugungen in der DDR!"

Die „Berliner Zeitung" weiter: „Die annähernd 5000 Mormonen in über 40 Gemeinden mit 800 Laienpredigern in der DDR verstehen sich als Teil der weltweiten Mormonenkirche, einer christlichen Glaubensgemeinschaft, die 1830 in den USA entstanden war."

Auch in der „DDR" rollen nun die Blechlawinen der „Wartburgs" und „Trabbis" in Richtung Urlaubsziele. Wie gut es die Bürger doch haben, wenn sie Urlaub machen, preist die „National-Zeitung". Das „gewerkschaftliche Erholungswesen" verfüge gegenwärtig über 690 Heime, 397 Vertragshäuser und sieben Hotels und Interhotels. „Von 1971 bis 1984 wurden für den Neubau, die Modernisierung und Werterhaltung sowie die Bewirtschaftung dieser FDGB-Erholungseinrichtungen etwa drei Milliarden Mark aufgewandt."

„Einfach Spitze, daß wir jetzt für alle Zugfahrten in der DDR nur noch die Hälfte zu bezahlen brauchen", jubelt in einem Leserbrief in der FDJ-Zeitung „Junge Welt" ein Oberschüler aus Rostock. Denn seit 1. Juli gilt die von der Regierung beschlossene „großzügige Fahrpreisermäßigung" – angeregt vom Parlament der FDJ. Danach zahlen Kinder, Jugendliche, Oberschüler, Studenten und Lehrlinge bei allen Fahrten mit der „Reichsbahn" nur noch 50 Prozent des Fahrpreises. Die ganz Kleinen, bis zum 6. Lebensjahr, werden sogar zum Nulltarif befördert.

China will den Handel mit der „DDR" ausweiten

dpa, **Peking**

China ist an einem kräftigen Ausbau seiner Wirtschaftsbeziehungen mit der „DDR" interessiert. Das betonten Staatspräsident Li Xiannian und Ministerpräsident Zhao Ziyang in Peking bei getrennten Gesprächen mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Gerhard Schürer. Nach chinesischen Presseberichten vom Mittwoch hob Zhao bei der Begegnung am Vortag auch das gemeinsame Interesse der Volksrepublik China und der „DDR" an der Verminderung der internationalen Spannungen und der Sicherung des Weltfriedens hervor und deutete damit auch die Wiederbelebung des politischen Dialogs mit Ost-Berlin an, der wegen des chinesisch-sowjetischen Konflikts abgebrochen worden war. Schürer, gleichzeitig Chef der staatlichen Plankommission und Politbüro-Kandidat, ist der ranghöchste „DDR"-Besucher in Peking seit mehr als 20 Jahren.

Wie verlautet, streben Peking und Ost-Berlin bis 1990 eine Verdoppelung bis Verdreifachung ihres Warenaustausches an, der 1984 ein Gesamtvolumen von rund 660 Millionen Mark erreichte und damit um 24 Prozent über dem des Vorjahres lag. Ein langfristiges Handelsabkommen (1986–1990) wird voraussichtlich am Montag zum Abschluß des neuntägigen Besuchs von Schürer unterzeichnet.

US-Budgetdirektor gibt sein Amt auf

dpa, **Washington**

David Stockman (38), Budgetdirektor von US-Präsident Reagan, gibt sein Amt zum 1. August auf und tritt einen Monat später in die New Yorker Investment-Firma Salomon Brothers ein. Sein Rücktritt fällt, wie Beobachter vermerkten, mit dem persönlichen Eingreifen Reagans in die umstrittene Haushaltsdebatte zusammen. Handelsminister Malcolm Baldrige wird als potentieller Kandidat für das Amt des Budgetdirektors benannt.

Stockman hatte seinen Posten zur gleichen Zeit wie Reagan im Januar 1981 angetreten. Seine manchmal unorthodoxen Ansichten und seine lose Zunge brachten ihn mehrfach in Schwierigkeiten. Er scheute sich nicht, auch Reagan selbst zu kritisieren, was ihm bald nach seinem Amtsantritt einen Rüffel des Präsidenten eintrug. Erst im Februar geriet Stockman wieder ins Kreuzfeuer öffentlicher Kritik, weil er die Höhe der staatlichen Subventionen für die Landwirtschaft und das Pensionssystem der Militärs heftig angegriffen hatte.

Reagan fand am Dienstag aber nur lobende Worte für seinen scheidenden Budgetdirektor und äußerte Verständnis dafür, daß dieser seine „Talente" anderweitig einsetzen wolle. Wie der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, erklärte, zolle der Präsident Stockman höchste Bewunderung.

Scargill verklagt rebellische Kumpel

dpa, **London**

Die von Arthur Scargill geführte Gewerkschaft der britischen Bergarbeiter (NUM) hat die abtrünnigen Grubenarbeiter der mittelenglischen Region Nottinghamshire, die am Wochenende die Bildung einer eigenen Interessenvertretung beschlossen hatten, vor dem Obersten Gericht verklagt. Nach Ansicht der NUM hat die Abspaltung keine Rechtsgrundlage, da sie im Widerspruch zu der erst vergangene Woche in einer NUM-Sonderkonferenz beschlossenen Satzungsänderung steht. Die Abspaltung ist eine Folge des einjährigen Bergarbeiterstreiks, bei dem die Mehrzahl der 28 000 Kumpel von Nottinghamshire dem Streikaufruf der NUM nicht folgte.

USA besorgt über Pakt Sudan–Libyen

dpa, **Washington**

Die USA sind über den Abschluß eines Militärpakts zwischen Sudan und Libyen „ernsthaft besorgt". Sprecher des Weißen Hauses und des Außenministeriums erklärten in Washington, die US-Regierung werde Khartum eine entsprechende Botschaft zukommen lassen. Robert Smalley, einer der stellvertretenden Sprecher des State Departments, sagte, eine „solche Beziehung könnte sich nur negativ auf die amerikanisch-sudanesischen Bindungen auswirken". Sudan hatte am Montag mitgeteilt, es habe ein Abkommen mit Libyen über militärische Zusammenarbeit bei der Logistik und Ausbildung geschlossen. Libyen gehört zu den Ländern, denen die USA Unterstützung des internationalen Terrorismus vorwerfen.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Vatikan hofft auf neue Gespräche mit Prag

CSSR-Führung sagte weiteres Treffen mit Casaroli ab

fac. Bonn

Vom vormaligen Prager Kirchenminister Karel Hruza stammt der prahlerische Satz, mit Agostino Casaroli, dem „Außenminister" des Papstes, spiele er „wie die Katze mit der Maus". Daß Hruzas Nachfolger Milan Klusak und andere Spitzenfunktionäre des Regimes am vergangenen Montag buchstäblich in letzter Minute Gespräche mit dem heutigen Kardinalstaatssekretär absagten, hat kaum etwas mit Stärke zu tun. Das Nein der Führung auf dem Hradschin zu weiteren Kontakten mit dem Abgesandten des polnischen Papstes ist eher ein Indiz für die Beunruhigung, die seit der Wallfahrt zum Method-Heiligtum im südmährischen Velehrad herrscht.

Mehr als 150 000 Pilger, die sich mit dem an der Teilnahme gehinderten Johannes Paul II. solidarisierten und Kirchenamtschef Klusak ausbuhten – das ist auch für die Prager Genossen ein Hinweis auf die lebendige Kirche in der CSSR. Vor allem aus der slowakischen Teilrepublik kommen immer wieder Zeichen einer religiösen Erneuerung, zumal unter der Jugend. Aber auch in der Tschechei bekennen sich Katholiken offen zu Papst und Kirche. So wurde von der Prager Führung mit Unbehagen registriert, daß an der ersten Wallfahrt nach Velehrad am 10. April 10 000 Menschen teilgenommen haben. Und das an einem Arbeitstag.

Im Mittelpunkt der Gespräche, die Casaroli führen wollte, sollte die Frage der Wiederbesetzung von Bischofsstühlen und Pfarrstellen stehen; neun der 13 Diözesen sind vakant, einige davon seit mehr als 30 Jahren. Das Regime favorisierte die Berufung von Geistlichen aus der regierungsnahen Bewegung „Pacem in terris", der Vatikan sagte durch „Sondernuntius" Luigi Poggi dazu Nein. Als jüngst eine Staat-Kirchen-Kommission für die Feierlichkeiten zum 1100. Todestag des „Slawenapostels" Method eingesetzt wurde und an Casaroli die Einladung zur Teilnahme erging, war auch in kirchlichen Kreisen im Westen vom Angebot eines „Burgfriedens" durch Prag die Rede. Bei den Machthabern auf dem Hradschin mag dabei die Überlegung eine Rolle gespielt haben, mit Kardinal Casaroli einen kompromißbereiten Gesprächspartner vor sich zu haben. Casaroli gilt als Exponent des „Entspannungskurses" von Paul VI. Aber der Kardinalsstaatssekretär handelt auch in Prag nicht auf eigene Faust, er befolgt Direktiven des Papstes. Und Karol Wojtyla, der Slawe auf dem Stuhle Petri, hat gerade durch seine Kompromißlosigkeit bei der Ablehnung der regimenahen Priestervereinigung bewiesen, daß er eine kurzatmige Kirchenpolitik nicht schätzt.

Die Gespräche Vatikan–Prag werden weitergehen, wahrscheinlich schon im Herbst. Die Annahme, daß dann „der eine oder andere" vorgeschlagene Bischof vom Regime akzeptiert werden könnte, wie es gestern in Rom hieß, ist freilich nicht mehr als eine Hoffnung. Denn zur Zeit ist die Prager Kirchenpolitik ganz auf Abschottung ausgerichtet. Man möchte das Ziel nicht aus den Augen verlieren, das Band zwischen den Katholiken in Tschechei und Slowakei und dem Papst zu lockern, zumindest nicht zu verstärken. Denn Papst Wojtyla symbolisiert auch die Hoffnungen von Bürgerrechtsbewegungen wie der „Solidarität", der auch die Sympathien der „Charta 77" in der CSSR gelten.

Symptomatisch für die Abschottungspolitik ist der Ton, in dem Prag gestern auf die Kritik an der Einreiseverweigerung für den Wiener Erzbischof Kardinal König reagierte. Die Feiern von Velehrad, kommentierte das KP-Organ „Rude Pravo", seien trotz der Teilnahme einer vatikanischen Delegation eine „innere tschechoslowakische Angelegenheit" gewesen. Die Völker der heutigen CSSR hätten leidvolle Erfahrungen mit „anderen Verkündern des Christentums". Mehrere Jahrhunderte seien sie nach der Niederschlagung der Reformation von Wien einer harten sozialen und nationalen Unterdrückung ausgesetzt gewesen, „und jetzt ertönen aus Wien wieder altneue Ausfälle an die Adresse der CSSR". Die Verweigerung eines Einreisevisums für Kardinal König war vom österreichischen Außenminister, Leopold Gratz, als Beleidigung empfunden worden. Gratz hatte persönlich zugunsten des Wiener Erzbischofs in Prag interveniert.

Fabius und Jospin legen Wahlkampfstreit bei

Machtwort Mitterrands / Verlieren Sozialisten 107 Sitze

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der Streit zwischen dem französischen Premierminister Fabius und dem Ersten Sekretär der Sozialistischen Partei, Lionel Jospin, um die Führung der Partei im bevorstehenden Wahlkampf (Parlamentswahlen 1986) wurde beigelegt. Eine von Jospin in der Absicht zusammengerufene Sondersitzung des Parteivorstandes, ihn als den Wahlkampfführer zu bestätigen oder ihn abzusetzen, endete mit einem Kompromiß und einer offiziellen Aussöhnung zwischen den beiden Politikern.

Wenn die Partei im Oktober in Toulouse zu ihrem letzten Kongreß vor den Wahlen zusammentritt, werden Fabius und Jospin Seite an Seite die Debatten von der Tribüne aus leiten. Präsident Mitterrand persönlich hatte die für die Regierung abträglichen Querelen mit dem Schiedsspruch beendet, beide seien – jeder auf seinem Posten – im März 1986 wichtig, um über das bürgerliche Lager zu siegen.

Der Parteivorstand befaßte sich nach dem einstimmigen Votum für den „Aussöhnungs"-Text dann mit Fragen der Organisation des Wahlkampfes und zur Verteilung der Sitze der einzelnen Strömungen der Partei in der künftigen Kammerfraktion. Die Sozialisten gehen nach sorgfältigem Studium der Lage in jedem der 95 Departements davon aus, daß sie 160 Sitze im neuen Parlament haben werden – 107 weniger als gegenwärtig. Die Einbußen gehen auf das inzwischen eingeführte Verhältniswahlrecht zurück, welches die bisherige Kumulierung von Stimmen beim Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen und einer Stichwahl beendet und die genaue Stärke einer politischen Formation genauer widerspiegelt.

Damit hoffen die Sozialisten, die stärkste Fraktion im Palais Bourbon zu bleiben. Auch im neuen Parlament wird der „Mitterrand-Flügel", zu dem Parteichef Jospin und Premierminister Fabius gehören, mit 81 Sitzen dominieren. Der Rest verteilt sich auf die Anhänger des ehemaligen Premierministers Pierre Mauroy (29), die „Rocardisten" des ehemaligen Landwirtschaftsministers Michel Rocard (27), den linken „Ceres-Flügel" des Erziehungsministers Jean-Pierre Chevenement sowie ein oder zwei Sitze für die „Neo-Rocardisten", die sich von den allzu marktwirtschaftlichen Orientierungen ihres Lehrmeisters distanzieren. Damit behält die Partei im großen die Struktur, mit der sie 1981 nach heftigen internen Kämpfen zum Siegeszug an den Urnen antrat.

Auch über die Sitzverteilung und die wichtige Besetzung in den Listenplätzen wurde man sich einig. Danach werden sämtliche Minister des Kabinetts, aber auch frühere, teilweise aus Protest gegen die Regierungspolitik zurückgetretene Portefeuille-Träger wie Rocard einen solchen Listenplatz erhalten.

Rocard und seine Anhänger konnten mit der Drohung, den Text über die Listenverteilung nicht zu befürworten, wenn sie nicht besser berücksichtigt würden, noch drei Plätze mehr für ihre Repräsentanz in der Fraktion herausschlagen. Schon vorher hatte er klar erkennen lassen, daß er sich auf eine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen von 1988 vorbereite.

Dialog USA–Rumänien

Erstmals auch ein Menschenrechtsvertreter zugelassen

INGO URBAN, Bonn

Bei Gesprächen zwischen den USA und Rumänien durfte – erstmals in einem osteuropäischen Land – ein Vertreter einer Menschenrechtsorganisation in offizieller Funktion teilnehmen. Anlaß des Treffens ist das für den 25. Juli vorgesehene Hearing im US-Repräsentantenhaus, bei dem es um die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel geht. Staatschef Ceausescu empfing drei Kongreßabgeordnete sowie Jeffry Collins, Präsident des amerikanischen Zweiges von „Christian Solidarity International/Christian Response" (CSI). CSI ist eine überkonfessionell und international arbeitende Menschenrechtsorganisation, die sich verfolgter Christen annimmt.

Die Amerikaner forderten bei dem Gespräch eine bessere Beachtung der Religionsfreiheit in Rumänien, sie kritisierten außerdem den Druck, dem die christlichen Gemeinschaften durch den rumänischen Staat ausgesetzt seien.

CSI hält es nicht für ausgeschlossen, daß noch vor dem 25. Juli Pfarrer Gheorghe Calciu, 58, ausreisen darf. Er war von 1948 bis 1964 in Haft, hatte danach eine Professur für Neues Testament in Bukarest, wurde aber 1979 wieder verhaftet, weil er sich in seinen Predigten für die verfolgten Christen eingesetzt hatte. Am 5. Mai 1979 wurde er zu zehn Jahren Haft verurteilt, aufgrund seines Gesundheitszustandes im November 1984 aus der Haft entlassen.

Seit 30 Jahren verbeugt sich die Nation vor Bourguiba

Von ACHIM REMDE

Du bist unser Führer, du bist unser Vater", rief die dichtgedrängte Menschenmenge im Hafen von Tunis. Habib Bourguiba kehrte nach über zweijähriger Verbannung zurück. Wenige Monate später gewährte Frankreich dem Land die Unabhängigkeit.

Der „Tag des Ruhmes", des „Obersten Kämpfers" liegt 30 Jahre zurück. Heute verläßt der weit über 80jährige Präsident nur noch selten sein weißes Palais in Karthago. Täglich sendet das Fernsehen Auszüge seiner Reden. Aber auch sie sind mindestens 20 Jahre alt.

Von Alter und Krankheit gezeichnet, beim Gehen von Helfern gestützt, besuchte er unlängst die USA und Frankreich – in beiden Ländern mit höchsten Ehren empfangen. Das Ansehen des Doyens der arabischen und afrikanischen Präsidenten ist in Tunesien und im Ausland ungebrochen.

Seine Verdienste können durch nichts erschüttert werden. Innenpolitisch hat er den Fehler vieler früherer Kolonien vermieden, nach gewonnener Unabhängigkeit den Einfluß der Fremdherrschaft rigoros ausmerzen zu wollen; er strebte eine Emanzipation durch Assimilation an. Besonders in einem islamischen Land erfordert das ein Ausmaß an Mut, das ein Europäer kaum übersehen kann.

Der „heilige Krieg" richtet sich nicht mehr gegen die Ungläubigen, lehrte er, sondern gegen die Unterentwicklung. Das Fasten im Ramadan, das alljährlich zu einem rapiden Abfall der Arbeitsleistung führt, soll von im Produktionsprozeß stehenden Gläubigen nicht streng eingehalten werden, sagte er in einer Fernsehansprache und löste eine Sensation aus, als er dabei ostentativ ein Glas Limonade trank. Ähnliche Schockempfindungen verursachte die Abschaffung der Polygamie und die Einführung eines Scheidungsrechts, das Mann und Frau weitgehend gleichstellte.

Außenpolitisch ist er seit 1957 bei einer klaren Linie geblieben. „Wir haben uns für den Westen entschieden", sagte er damals, „weil das die geringsten Nachteile bringt. Die Wahrung unserer Interessen, unserer Existenz und unserer Sicherheit ist damit gewährleistet."

Als Frankreich Tunesien die Hilfe entzog, weil es den algerischen Freiheitskampf unterstützte, sprangen die USA ein. In den ersten zehn Jahren nach der Unabhängigkeit Tunesiens finanzierten sie 60 Prozent der Entwicklungsprojekte. Bourguiba würdigte – einzigartig in der Dritten Welt – das amerikanische Engagement im Vietnamkrieg als „einen Dienst an der Menschheit im Kampf gegen die Ausbreitung des Kommunismus". Im Nahostkonflikt nimmt er eine Vermittlerstellung ein. Bourguiba weiß, wovon er redet.

Das kleinste Land Nordafrikas – etwas mehr als halb so groß wie die Bundesrepublik Deutschland mit etwa acht Millionen Einwohnern – wird ständig von seinen übermächtigen Nachbarn, insbesondere Libyen, bedrängt. Angesichts dieser Schlüsselrolle Tunesiens und seiner Treue zum Westen ist der „Economic Support Fund", den Washington für strategisch wichtige Länder bereithält, im Falle Tunesiens verhältnismäßig gering: Er beträgt in diesem Jahr 20 Millionen Dollar. Zum Vergleich: Israel zwei Milliarden, Ägypten eine Milliarde Dollar.


TUNESIEN

Lockerer sind die Zügel geworden, mit denen Bourguiba die Regierungsgeschäfte führt. 1980, als libysche Kommandos das tunesische Gafsa überfielen, zeigte er sich zur Überraschung vieler als Herr der Situation. Schwerer wiegt, daß die meisten Tunesier den „Tag des Ruhmes", Bourguibas Kampf für die Unabhängigkeit und die Jahre, in denen er die Grundlagen für das moderne Tunesien legte, nicht miterlebt haben.

Die Jugend, die über 60 Prozent der Bevölkerung ausmacht, empfindet seine Reformpolitik als zu schnell und zu weitgehend. Und vor allem aus der Jugend rekrutiert sich die Anhängerschaft der islamischen Fundamentalisten, die sich gegen die im Gefolge von Bourguibas Politik entstandene Verwestlichung wenden. Die Reaktion hat Bourguiba eingeholt. Die Führer der Fundamentalisten – Präsident des „Mouvement de Tendance Islamique" ist Rached Ghannouchi – haben lange Zeit im Gefängnis gesessen. Inzwischen werden sie als stärkste Opposition zur Regierungspartei toleriert.

Ebenso wie die Sozialisten Ahmed Mestiris distanzieren sie sich von der prowestlichen Politik Bourguibas. Sie tragen dem in der Jugend weitverbreiteten Antiamerikanismus Rechnung, der vor allem durch die Nahostpolitik der USA bedingt ist.

Durch einen intensiven Personenkult versucht die Regierung den Eindruck hervorzurufen, Bourguiba sei noch durchaus bei Kräften. Verfassungsgemäß ist Premierminister Mzali der Nachfolger. Bei den „Brotunruhen" im Januar 1984, die die Regierung zu stürzen drohten, hat er sich nicht mit Ruhm bedeckt. Es war Bourguiba, der sein ganzes Ansehen in die Waagschale werfen mußte, um die Situation zu retten.

Soziale Spannungen kommen immer wieder zum Ausbruch. Gemessen an anderen afrikanischen und arabischen Ländern ist Tunesien ein reiches Land. Mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 1200 US-Dollar liegt es an vierter Stelle in Afrika.

Das Problem liegt darin, den in der Vergangenheit erreichten Fortschritt beizubehalten. Die Bevölkerung wächst schneller, als neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 30 Prozent. Die Jugend ist in der Regel gut ausgebildet und fügt sich daher nicht so fatalistisch in ihr Los wie in anderen Ländern der Dritten Welt. Deshalb erregen auch die sozialen Gegensätze, obwohl weniger kraß als anderswo, in Tunesien mehr Anstoß.

Die Konsumgesellschaft des nahen und mit Tunesien eng verbundenen Europa hat die Erwartungen hochgetrieben. Sie zu erfüllen ist der Staat nicht in der Lage. Die Gewerkschaften haben in den Jahren 1981 bis 1983 jährlich Lohnerhöhungen von 20 bis 30 Prozent durchgedrückt und dabei nicht bedacht, daß dies ausländische Investoren abschreckt. Der durchschnittliche Lohn in der Textilindustrie liegt bei umgerechnet 450 Mark monatlich, wobei die Produktivität etwa 70 Prozent der deutschen beträgt.

Die landwirtschaftliche Produktion ist rückläufig, ebenso wie es die Touristenzahlen sind. Nach Erdöl ist Tourismus der zweitgrößte Devisenbringer. So entsteht allgemein der Eindruck einer fortschreitenden Verschlechterung der Situation im Lande, deren Bewältigung die Tatkraft eines zweiten Bourguiba erfordert.

Neunzehn Tote bei Anschlägen in Libanon

PETER M. RANKE, Athen

In der „Sicherheitszone" vor der israelischen Nordgrenze sind gestern bei zwei Selbstmordangriffen 19 Menschen ums Leben gekommen. In einem der Sprengstoff-Autos saß eine 22jährige drusische Frau, in dem anderen ein Syrer. Beide gehörten zur „National-Sozialistischen Partei", die von Damaskus dirigiert wird.

Unter den Toten sind auch zwei Milizionäre der von Israel unterstützten „Südlibanesischen Armee" (SLA). In der fünf bis zwölf Kilometer breiten „Sicherheitszone" sind SLA-Posten, israelische Militärberater und UNO-Truppen stationiert. Erst am Montag war in Damaskus zwischen dem syrischen Vizepräsidenten Khaddam und den Führern der Amal- und Drusen-Milizen vereinbart worden, daß die Angriffe gegen Israelis und die SLA fortgesetzt werden, bis die vornehmlich christliche Miliztruppe aufgelöst wird und die Israelis auch die „Sicherheitszone" räumen. Drusen und Schiiten arbeiten in Süd-Libanon als nationaler libanesischer Widerstand zusammen.

Syrien gibt diesen Widerstandsgruppen freie Hand, will sich jedoch selbst in Libanon nicht weiter engagieren. Das ist das wichtigste Ergebnis der mehrtägigen Konferenz in Damaskus, an der neben dem libanesischen Ministerpräsidenten Karame (Sunnit) Justizminister und Amal-Chef Nabih Berri (Schiit), auch Tourismus-Minister und Drusen-Chef Walid Dschumblatt teilnahmen.

Khaddam hat die Bitte der moslemischen Politiker abgelehnt, Truppen nach Beirut zu schicken. Diese Haltung wird durch Berichte unterstrichen, daß eine Division syrischer Truppen aus Ost-Libanon abgerückt ist, so daß nur noch etwa 20 000 Syrer in Libanon verbleiben. Politische Beobachter sehen darin ein Zeichen, daß sich Syrien jetzt nicht in eine Konfrontation gegen Israel verwickeln lassen will.

In Damaskus wurde wieder ein neuer Sicherheitsplan für das moslemische West-Beirut beschlossen, der aber unausführbare Bedingungen enthält. So sollen alle Milizen die Waffen abgeben, Armee und Polizei die Kontrolle übernehmen. Außerdem ist eine neue Verfassung vorgesehen, die das konfessionelle Proporz-System abschafft und die Einheit des Staates wieder herstellt. (SAD)

Asean-Minister kommen in der Kambodscha-Frage nicht voran

Hanoi lehnt indirekte Gespräche ab / Für mehr Handel innerhalb des Bündnisses

CHRISTEL PILZ, Kuala Lumpur

Im schon traditionell gewordenen Geist der Solidarität und mit einem erneuten Appell an die internationale Gemeinschaft, den Freiheitskampf der Koalitionsregierung des kambodschanischen Widerstandes stärker als bisher zu unterstützen, ging die Jahreskonferenz der Asean-Außenminister in Kuala Lumpur zu Ende. Der südostasiatischen Staatengemeinschaft gehören Malaysia, die Philippinen, Indonesien, Thailand, Singapur und Brunei an.

In ihrem gemeinsamen Schlußkommuniqué weisen die Minister auf die wachsende Kooperation und Einheit der drei Widerstandsgruppen (die Roten Khmer, die Gruppen Sihanouks und Son Sanns) und auf die hohe Moral der Widerstandskämpfer trotz der heftigen vietnamesischen Offensive während der Trockenzeit erhalten hätten.



Malaysias Premier Mahathir fordert stärkere Zusammenarbeit der Asean FOTO: SVEN SIMON

Die Außenminister versicherten der von Prinz Sihanouk geführten Koalitionsregierung ihre anhaltende Unterstützung und betonten ihre Entschlossenheit, ihre Bemühungen zu einer umfassenden, dauerhaften und gerechten Lösung des Kambodscha-Problems fortzusetzen. Allerdings, so stellten sie ausdrücklich fest, habe Vietnam bislang keinerlei Hinweise gegeben, daß es an einer friedlichen Beilegung interessiert ist. Vietnam, wie die jüngste Offensive beweise, verfolge eine militärische Lösung.

In diesem Zusammenhang äußerten die Außenminister ihre „tiefe Besorgnis" über die anhaltende Politik Hanois, Kambodscha durch die Entsendung vietnamesischer Siedler zu „vietnamisieren". Mit gleicher Sorge registrierten sie die Praxis der Vietnamesen, die kambodschanische Zivilbevölkerung zur Zwangsarbeit in Kriegszonen zu rekrutieren.

Als Ausdruck ihrer Bemühungen, eine friedensvermittelnde Rolle in dem Kambodscha-Konflikt zu spielen, hatten die Außenminister Hanoi zu indirekten Gesprächen mit der Koalitionsregierung aufgefordert. Hanoi hatte diesen Vorschlag schon vorher abgelehnt. Statt dessen besteht die vietnamesische Führung auf alten Forderungen, daß China seine Hilfe an die Roten Khmer einstelle, Pol Pot ins Exil schicke und das Kambodscha-Problem auf einer internationalen Konferenz verhandelt werde.

Politiker der Asean argumentieren, daß eine Einstellung der chinesischen Hilfe an die Roten Khmer bewirken müsse, daß auch die Sowjets die vietnamesischen Truppen in Kambodscha nicht länger unterstützten. Ohne ständige sowjetische Hilfe käme Vietnams Militärmaschine fast über Nacht zum Stillstand.

Wie in den letzten sechs Jahren beherrschte Kambodscha auch die diesjährige Asean-Konferenz. Doch bemühten sich die Minister, anderen Themen wie dem Drogenproblem und wirtschaftlicher Kooperation mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

In einer gemeinsamen Erklärung appellierten sie an die internationale Gemeinschaft zu einer weltweiten Bekämpfung des Rauschgifts. Drogen sind nach den Worten des malaysischen Premiers Mahathir zur größten sozialen Herausforderung in Südostasien geworden. Die Außenminister begrüßten deshalb die Initiative von UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar, zum ersten Mal eine internationale Drogenkonferenz auf Ministerebene einzuberufen.

Während es den Konferenzteilnehmern leicht fiel, Einheit in der Drogen-Frage zu zeigen, ist das hinsichtlich wirtschaftlicher Gemeinsamkeit weniger einfach. Die Minister beklagen, daß die Kooperation nur langsam vorankomme. Von 1977 bis 1983, so geht aus Unterlagen des Asean-Sekretariats in Jakarta hervor, ist der interne Asean-Handel als Anteil am globalen Asean-Handel von 16,2 auf 23,8 Prozent gestiegen.

Der Anteil der industriellen Güter am internen Handel ergebe dabei nur zehn Prozent. In den 90 Prozent, die nicht aus der Asean kommen, sehen die Minister ihre eigentliche Herausforderung. Die industrielle Kooperation zu intensivieren, stößt auf zahlreiche Schwierigkeiten, die nur durch harte Arbeit und politischen Willen zu überwinden sind.

Zu Beginn der Konferenz hatte Malaysias Premierminister Mahathir vor den „Regen- und Sturmwolken" gewarnt, die über der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hingen. Um so mehr gelte es, mit einer „pragmatischen, aber klaren strategischen Vision" die innere Einheit der Asean zu stärken und den Herausforderungen gemeinsam zu begegnen.

Vor Konferenzbeginn hatte Mahathir die Asean-Außenminister geschockt, als eine von ihm geführte Kabinettssitzung beschloß, daß Malaysia dem Trend zu einer Institutionalisierung der Kooperation Asean-Pazifik nicht folgen werde. Dieser Beschluß folgte dem Vorschlag Japans, Südkorea in den Kreis der pazifischen Dialogpartner aufzunehmen. Malaysische Politiker argumentieren, daß der 1979 von Asean initiierte Pazifik-Dialog nur die industrialisierten Länder einschließe und Südkorea nicht zu diesem Kreis gehöre.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gefahr der Vereinfachung

„Die Deutschen sind nicht technikfeindlich"; WELT vom 2. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

zutreffend wird darauf hingewiesen, daß nur eine kleine, ideologisch motivierte Gruppe generell gegen Technik ist. Dies kann jeder im Fernsehen verfolgen: Es sind immer wieder dieselben Personen und Institutionen, die sich gegen Kernenergie, gegen Autos, gegen Computer, gegen Chemie, kurzum gegen jeden Fortschritt aussprechen.

Vor diesem Hintergrund hat mich allerdings verwundert, daß als Lösung des Problems mehr Information empfohlen wird. Muß nicht sehr stark vereinfacht werden, wenn komplizierte Sachverhalte einem breiten Publikum nahegebracht werden sollen? Bietet nicht andererseits gerade diese Vereinfachung aber wieder Ansatzpunkte für eine weitere Verunsicherung der Öffentlichkeit? Sind uns nicht allen noch die Vorwürfe der verkürzten Darstellung, der Schönfärberei durch die kleine ideologisch motivierte Gruppe in Erinnerung, die den Versuchen, Schwieriges anschaulich darzustellen, entgegengestellt wurden?

Ziehe ich die bisherigen Erfahrungen in Betracht, dann drängt sich mir der Schluß auf, daß die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, nicht damit beantwortet werden kann, daß man Faktenwissen über Technik vermittelt. Sollten wir nicht versuchen, auf der wirklichen Ebene, nämlich der Gesellschaftspolitik, den Konsens zu finden? Das würde allerdings bedeuten, daß die Stellvertreterkriege, nämlich die Angriffe auf die Technik, aufhören müßten.

Das Verunsichern großer Teile der Bevölkerung durch bewußte Angstmache ist keine Basis, auf der eine Übereinstimmung erreicht werden kann. Angstmache sollte daher auch als Mittel der Politik verpönt sein, meinen Sie nicht auch?

Mit freundlichem Gruß
O. Wildgruber,
Dormitz

Moskau und Lafontaine

„Moskau lobt Lafontaines Entscheidung"; WELT vom 1. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

es muß doch zu denken geben, daß die sowjetische Parteizeitung „Prawda" über die Entscheidung Lafontaines – über die Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst – befriedigt ist. Oskar Lafontaine sollte bedenken, daß die Diktatoren Moskaus alles unternehmen, um die Ideologie des Kommunismus zu schützen. Doch man kann von Oskar Lafontaine nicht behaupten, daß er mit dieser Entscheidung unsere Demokratie schützt. Ganz im Gegenteil; diese Entscheidung bewirkt doch, daß u. a. künftig noch mehr „linke Lehrer" als Verfassungsfeinde auf unsere Schüler „losgehen". Wenn diese „Saat Lafontaines aufgeht", werden wir nicht mehr lange praktizierende Demokratie vorleben können – wie es Lafontaine bezeichnet –, sondern wir werden die Praxis eines totalitären Regimes nah zu spüren bekommen!

Mit freundlichen Grüßen
E. Binder,
Esslingen

*

Die „Prawda" lobt Lafontaine für die Entscheidungen, Kommunisten wieder in den Staatsdienst zuzulassen, als einen Lichtstrahl und erwähnt dabei auch die humanitären Bestimmungen der Menschenrechte in der Schlußakte von Helsinki.

Wer die Praxis der Russen verfolgt und die gequälten Menschen im Ostblock, besonders in Polen und Afghanistan, sieht, dem kann dieses Lob nur peinlich sein.

Solch Lob ist für jeden Menschenrechtler ein Schlag ins Gesicht.

B. Trappe,
Waltrop

Öffentliche Statistik

„Wie viele Deutsche sind wirklich arbeitslos?"; WELT vom 4. Juli

Sehr geehrte Redaktion,

zu den von Herrn Professor Dr. Hamer zusammengestellten ca. 900 000 Arbeitslosen gesellen sich in der Statistik noch etwa 200 000, die einen Halbtagsjob suchen. Diesen ist bekannt, daß auf diesem Sektor kaum Vermittlungsmöglichkeit besteht. Die Arbeitsuchenden bleiben auf der Liste und erhalten hierdurch Ausfallzeiten für die Rentenversicherung und eventuell von Fall zu Fall andere Unterstützungen.

Eine genaue und öffentliche Statistik könnte daher nur nützlich sein. Wichtig für Rehabilitationen und sinnvolle Umschulungen wäre die Einführung einer vereinfachten und regelmäßigen Meldepflicht für alle Betriebe. Sämtliche offene Stellen sollten den Arbeitsämtern gemeldet werden, auch dann, wenn von den Ämtern eine Zuweisung nicht erwartet werden kann. Selbstverständlich wird man dabei auf starken Widerstand der Opposition stoßen, da hierdurch die brisanteste Propagandamunition entschärft würde, besonders mit Blick auf die nächste Landtags-wahl. Die von Angst bestimmte Verschwiegenheit und das hoffnungsvolle Verharren und Aussitzen von Problemen wird die Koalition sicher noch bereuen. Auch für die nächste Bundestagswahl ist ein warnender Strauß in der Wüste zu wenig.

Mit freundlichen Grüßen
C.-H. Reinhardt,
Leimen

Nicht fair

„Karl Schillers Einwände gegen Kohls Politik"; WELT vom 2. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

man mag zur Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl stehen wie man will, aber Karl Schiller sollte in seiner Kritik fair sein, denn er muß wissen, daß die Konjunkturlage von 1967 zu heute keinen Vergleich zuläßt.

1. Eine Staatsverschuldung in vergleichbarer Höhe gab es nicht, denn die wurde durch Konjunkturprogramme ab dieser Zeit in Bewegung gebracht und soll durch Finanzminister Stoltenberg zunächst in Grenzen gehalten und allmählich wieder abgebaut werden. Es liegt im Verantwortungsbewußtsein der jetzigen Bundesregierung, den nachfolgenden Generationen die Bürde einer katastrophalen Wirtschaftspolitik der 70er Jahre erträglicher zu machen.

2. Der Professor verschweigt oder hat es verdrängt, daß er und sein Parteifreund Alex Möller wegen der Schuldenpolitik das Handtuch geworfen haben. Als Lektüre empfehle ich „Tatort Politik" von Alex Möller.

3. Konjunkturprogramme haben Milliarden verschlungen, ohne einen Dauereffekt zu erzielen und haben zu einer Staatsverschuldung geführt. Die Zinslast ist höher, als der Finanzminister den Haushalt neu verschulden muß. Die Staatsverschuldung in der Hochkonjunktur der 70er Jahre war eine der unsozialsten Leistungen der sozial-liberalen Koalition, weil diejenigen, die die Hauptlast zu tragen haben, mit Sicherheit nicht die Empfänger der Zinsen sind.

4. 1973 wurde der Wirtschaft von der Regierung Schmidt und ihrem Finanzminister Apel eine Investitionssteuer angelastet, um die Inflationsrate von acht Prozent in den Griff zu bekommen, die zum Teil auf Überhitzung der Konjunktur zurückzuführen war: eine Spätfolge der Konjunkturprogramme. Diese Investitionssteuer sollte ein Jahr in Kraft bleiben. Da sie aber eine galoppierende Arbeitslosigkeit auslöste, an der die Wirtschaft noch heute zu tragen hat, wurde das Spektakulum nach fünf Monaten abgebrochen und in eine Investitionsprämie umgewandelt. Das konnte aber nicht viel bringen, weil die Wirtschaft aus diesem Staatsdilettantismus angeschlagen herauskam und das Vertrauen in die Regierung Schmidt verloren hatte.

Eine kleine Gedächtnisstütze, falls Herrn Professor seine und seiner Genossen Fehlleistungen entfallen sein sollten.

E. Bochmann,
Wingst-Höden

Wort des Tages

❝ Die Erfüllung ist stets unbesiegbar, nie die Erwartung. ❞

Peter Altenberg; österr. Autor (1859–1919)

Personalien

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Anton Spitaler**, emeritierter Professor für Semitische Philologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, feiert heute seinen 75. Geburtstag. Die Schwerpunkte seines wissenschaftlichen Wirkens liegen auf dem Gebiet der neuaramäischen Dialektologie, der arabischen Poesie und Lexikographie. Darüber hinaus war er maßgeblicher Mitarbeiter des im Jahre 1957 gegründeten „Wörterbuch der klassischen arabischen Sprachen". Professor Spitaler promovierte 1933 in München, habilitierte sich im Februar 1944 für semitische Philologie und wurde 1946 mit der Vertretung des Lehrstuhls für Semitistik in München beauftragt. 1947 erfolgte die Ernennung zum planmäßigen außerordentlichen Professor, 1948 die Verleihung der Amtsbezeichnung und der akademischen Rechte eines ordentlichen Professors. In dem akademischen Jahr 1957/58 war Professor Spitaler Dekan der damals noch ungeteilten philosophischen Fakultät.

AUSZEICHNUNGEN

Die wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kunsthistorischen Institut in Florenz, **Christa Baumgarth**, wurde mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Sie erhielt diese Ehrung in Anerkennung ihrer Leistungen um den Aufbau eines Archivs zur italienischen Kunst des 20. Jahrhunderts.

*

Mit der 1974 von der Deutschen Blindenanstalt gestifteten und bisher erst fünf Mal verliehenen Carl-Strehl-Medaille wurde der Bonner Mathematiker, Professor Dr. **Helmut Werner**, in Würdigung seiner großen Verdienste um die Entwicklung von Geräten, die normalen Schwarzdruck automatisch in Blindenschrift übertragen, ausgezeichnet. Seit über 25 Jahren arbeitet der 54 Jahre alte Wissenschaftler, der seit 1980 Direktor des Instituts für angewandte Mathematik an der Universität Bonn ist, an der automatischen Herstellung von Blindenschrift-Erzeugnissen.

EHRUNG

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main hat elf Musiker und Musikerinnen des Städtischen Opernhaus- und Museumsorchesters mit dem Titel „Kammermusiker" beziehungsweise „Kammermusikerin" ausgezeichnet. Den Musikern wurde diese Ehrung zuteil für ihre hervorragenden künstlerischen Leistungen und ihre mehr als 10jährige Zugehörigkeit zu den Städtischen Bühnen als Orchestermusiker. Geehrt wurden: **Barbara Cramer-Müller** (1. Violine), **Cornelia Zorb** (1. Violine), **Ingrid Tayde-Brenning** (2. Violine), **Hans-Dieter Hotz** (Klarinette), **Eric Plumettaz** (Cello), **Rolf Bissinger** (Flötist), **Michael Dietz** (Pauke/Schlagzeug), **Detlev Holzhauser** (Horn), **Harald Jalm** (Kontrabass), **Dieter Mock** (Viola), und **Alexander de Sousa** (1. Violine).

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Wolf-Dieter Stempel** von der Universität Hamburg wurde auf einen Lehrstuhl für Romanische Philologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München berufen. Er tritt die Nachfolge von Professor **Helmut Stimm** an. Professor Stempel ist 1929 in Landau in der Pfalz geboren, studierte in Marburg, Aix-en-Provence, Paris und Heidelberg. Nach der Promotion in Heidelberg 1954 ging er als wissenschaftlicher Assistent an die Universität Bonn, habilitierte sich dort 1962 und wurde 1963 ordentlicher Professor. 1967 ging er als ordentlicher Professor an die Universität Konstanz und wurde 1973 an die Universität Hamburg berufen. Seit dem Sommersemester dieses Jahres ist Professor Stempel in München. Professor Stempel beschäftigt sich insbesondere mit der Sprache im sozialen Kontext (Pragmatik) und mit linguistischen Ansätzen in Rhetorik und Poetik.

KIRCHE

Der Präsident im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), **Heinz Joachim Held** aus Hildesheim, ist von der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen für eine weitere drei Jahre erneut zum ersten Vorsitzenden gewählt worden. Als stellvertretende Vorsitzende wurden der griechisch-orthodoxe Metropolit von Deutschland **Augoustinos** aus Bonn, der katholische Bischof **Paul Werner Scheele** aus Würzburg und Bischof **Hermann Sticher** aus Frankfurt am Main von der Evangelisch-Methodistischen Kirche bestätigt. Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen wurde 1948 gegründet. Diesem ökumenischen Zusammenschluß gehören zehn Kirchen als Vollmitglieder, weitere fünf Kirchen als Gastmitglieder an.

BERICHTIGUNG

Der Aachener Professor Dr. **Thilo Pfeifer** vom Laboratorium für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL) der Universität Aachen hat einen Ruf auf einen Lehrstuhl an die Technische Universität Berlin erhalten. Irrtümlich hatten wir berichtet, daß Professor Pfeifer diesen Ruf angenommen habe. Eine Entscheidung ist darüber jedoch noch nicht erfolgt.

*

Prälat **Carl Richter**, Generalsekretär des Sozialdienstes Katholischer Männer (SKM), ist im Alter von 76 Jahren in Düsseldorf verstorben. Richter war seit 1948 Generalsekretär des SKM, der bis 1962 „Katholischer Männer-Fürsorge-Verein" hieß.

Seit vielen Jahren klagen die Ärzte über die geringe Resonanz der Krebsvorsorge-Aktionen. Daß sie daran nicht ganz unschuldig sind, zeigt jetzt eine Studie der „Infratest-Gesundheitsforschung" im Auftrag des Forschungsministeriums. Die Befragung offenbarte als Hauptgrund für die schlechte Beteiligung die fehlende bzw. mangelnde ärztliche Information der Patienten über die Krebsfrüherkennungs-Untersuchung.

„Die große Angst vor dem Krebstest"

Von JOCHEN AUMILLER

Bei der Infratest-Untersuchung waren 2668 Frauen und Männer sowie 571 Allgemeinärzte, Internisten, Urologen und Gynäkologen repräsentativ ausgewählt und befragt worden. Die Ergebnisse zeigen, daß in den letzten Jahren nur etwa 30 Prozent der Frauen über 20 Jahre und 15 Prozent der Männer ab 45 Jahren an den angebotenen Früherkennungsuntersuchungen teilgenommen haben. Die vielen Aufklärungsschriften, die in den letzten Jahren verteilt wurden, waren anscheinend umsonst.

Offenbar herrscht in der Bevölkerung noch ein Mißverständnis: Als sich die Krankenkassen 1972 zur Übernahme der Kosten für die Krebstests entschlossen hatten, war in der Propagierung dieses Fortschritts fast ausschließlich von „Krebsvorsorge" die Rede. Das war leichtfertig und unbedacht, denn von einer echten Krebsvorsorge konnte nie die Rede sein.

Mit Krebstests sind Früh- oder Vorstadien einer Tumorerkrankung aufzuspüren, und das auch nicht immer mit absoluter Sicherheit. Eine Verhütung von Krebs ist mit den angebotenen *Untersuchungen nicht möglich*. Um so größer mußte die Enttäuschung in der Bevölkerung sein.

Der Krebs war mit den Tests nicht zu schlagen, er würde allenfalls besser kalkulierbar. Denn in frühen Wachstumsstadien entdeckt, sind in der Regel die Heilungsaussichten noch am günstigsten. Vielleicht das schlagkräftigste Argument für die Krebsfrüherkennung: Es gibt keine bessere Methode, breite Bevölkerungsschichten vor dieser heimtückischen Krankheit zu schützen.

Test bereitet Unbehagen

Die grundlegende Einstellung der Bevölkerung zu den Krebstest-Programmen läßt sich umschreiben als „die große Angst vor dem Krebs". Die *Früherkennungsprogramme* werden zwar als vernünftig betrachtet, sie bereiten dennoch den meisten Menschen Unbehagen. Allein der Gedanke, daß möglicherweise etwas gefunden werden könnte, und die dann drohende Therapie bremsen alle guten Vorsätze.

Wolf Kirschner, Projektleiter der Studie, schreibt im Deutschen Ärzteblatt: „Bei nahezu jeder zweiten anspruchsberechtigten Frau muß vor einer Teilnahme dieses Unbehagen erst überwunden werden." Er charakterisiert auch die typischen Nichtteilnehmer: „Ihre Angst vor einer Krebserkrankung ist weniger stark ausgeprägt, vor allem glauben sie, daß Krebs eine allgemeine Bedrohung darstellt, gegen die eine Vorsorge schwierig ist. Sie sind der Auffassung, daß eine regelmäßige Teilnahme an der Krebsfrüherkennungs-Untersuchung nicht vor einer Erkrankung schützen könne. Zwei Drittel der männlichen Teilnehmer kennen keine Warn- und Hinweiszeichen auf mögliche Krebserkrankungen."

Wichtigste Konsequenz der Untersuchung: Die Ärzte müssen künftig ihre Patienten zu ihrem Glück überreden, sie müssen das Unbehagen an den Krebstests ausräumen und die Schwellenangst überwinden helfen. Nur jeder zweite Arzt, das zeigte die Studie, informierte die Patienten, die ihn aufsuchten, über die Krebsfrüherkennungs-Untersuchungen.

Zur Teilnahme motivieren

Kirschner: „Durch dieses Informationsverhalten bleiben die vielen Arztbesuche der Anspruchsberechtigten pro Jahr (85 Prozent der Frauen ab 20 Jahre besuchen pro Jahr mindestens einmal einen Arzt) in hohem Maße ungenutzt für eine Motivation zur Teilnahme." Kirschner sieht auch noch ein strukturelles Problem im Untersuchungsangebot. Während das „Männerprogramm" von 85 Prozent der Ärzte der medizinischen Basisversorgung angeboten wird, bieten das „Frauenprogramm" zwar 100 Prozent der Gynäkologen, jedoch nur 49 Prozent der Allgemeinmediziner und praktischen Ärzte, in Großstädten sogar nur 39 Prozent dieser Ärzte an.

Dr. Bernd Robra vom Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland (Köln) kommentiert die Infratest-Studie mit dem Appell: „Wir Ärzte müssen uns stärker engangieren." Den hartnäckigen Zweiflern am Wert der Krebsfrüherkennung hält Robra entgegen, daß die Sterblichkeit an bösartigen Neubildungen der Gebärmutter im zeitlichen Zusammenhang mit der Einführung des Früherkennungsprogrammes abzunehmen begonnen hat.

Ebenso falle die Sterblichkeit an Darmkrebs trotz steigender Neuerkrankungsziffern, was Robra mit der Einführung des spezifischen Stuhltests und endoskopischer Untersuchungstechniken in Verbindung bringt.

Robra hält auch die Röntgenuntersuchung der Brust, die Mammographie, für ein geeignetes Verfahren, den Brustkrebs in noch heilbaren Frühstadien auszumachen. Die Mammographie ist bisher kein fester Bestandteil des Krebsfrüherkennungs-Programms, lediglich die Anleitung zur Selbstuntersuchung der Brust wird empfohlen. Liegt jedoch ein unklarer oder verdächtiger Tastbefund vor, muß die Mammographie durchgeführt werden. Die Krankenkassen bezahlen die Untersuchung.

Schanghai im Dauersmog?

China verzeichnet eine starke Zunahme an Umweltschäden

Von DIETER THIERBACH

Obwohl der Umweltschutz als ein Grundrecht in die neugeschriebene chinesische Verfassung von 1978 aufgenommen wurde, ist nach Angaben des Chinesischen Amtes für Umweltschutz die hauptsächlich durch die Industrie verursachte Verseuchung in den Städten alarmierend. In neun der zehn großen Städte des Landes werde ein als „kritisch" eingestufter Luftverseuchungsgrad erreicht. Falls kei*ne drastischen Maßnahmen* erfolgten, bestehe die Gefahr eines „Dauer-Smogs" mit ersten Folgen für Bevölkerung und Wirtschaft.

Nach einem Bericht der in Peking erscheinenden englischsprachigen „China Daily" stellten kürzlich Wissenschaftler in Ostchina fest, daß – in einem Fall – 30 Prozent aller in einer Region angesiedelten Industriebetriebe, in einem anderen Fall 35 Pro*zent der Industrieunternehmen, dazu* Hunderte von Fabriken in der Umgebung der großen Industrie- und Hafenmetropole Schanghai täglich Tausende Tonnen gefährlichen Industriemülls, meist aus Chemiebetrieben, auf „wilden Müllkippen" abladen.

40 Millionen Tonnen industrieller Abwässer, von denen weniger als fünf Prozent gereinigt sind, fließen täglich in die Kanalisation. So führen allein in den Vorstädten von Schanghai mit einer Gesamtvölkerung von zwölf Millionen Einwohnern über 300 Fabriken jährlich 720 000 Tonnen meist ungereinigte Industrieabwässer in die Flüsse ab.

Der Expertenbericht unterstreicht, daß von der Umweltverschmutzung auch Betriebe der Landwirtschaft und Fischzucht immer mehr in Mit*leidenschaft gezogen werden. In der* Umgebung Schanghais wurden 2700 Hektar Gelände durch die Wasserverseuchung für die Fischzucht völlig unbrauchbar. Mindestens 1000 Hektar Gemüsekulturen sind hier weitgehend verseucht; der Boden eignet sich kaum für einen weiteren Anbau.

Zahlreiche kleinere Kollektivunternehmen kümmern sich laut „China Daily" nicht um bestehende Vorschriften. *Die Zeitung* prangert an, daß auf dem Gebiet der Vorsorge zu wenig getan worden sei. Die Verwaltungen hätten außerdem versäumt, Mißstände abzustellen. Sie fordert, diese „unverantwortliche Haltung" sofort zu ändern und ein größeres Umweltbewußtsein zu wecken.



Der Luftverseuchungsgrad ist alarmierend – Hier ein Stahlwerk in Anschan FOTO SVEN SIMON

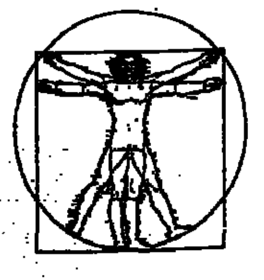
AUS LABORS UND INSTITUTEN

ZVS-Frist läuft ab

Dortmund (DW.) – Für die Bewerbungen um Studienplätze im Wintersemester 1985/86 wird es jetzt höchste Zeit: Die Anträge müssen bis zum kommenden Montag, den 15. Juli, bis spätestens 24 Uhr der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen vorliegen. Die Be*werberberatung ist auch am Wo*chenende unter der Rufnummer 0231/1081-325 zu erreichen.

Bakterien gegen Schwefel

Bonn (sl) – Mit Hilfe von Bakterien soll Kohle von Schwefel befreit werden, der nach der Verbrennung als Schwefeldioxid für die Luftverschmutzung mitverantwortlich ist. Die Bakterien, die Schwefel für ihre Energiegewinnung nutzen können,



entfernen ihn schneller und billiger aus der Kohle, als das mit technischen Mitteln möglich wäre. Mit diesem Verfahren könnte auch die Entschwefelung von Kohlekraftwerken vereinfacht werden.

Neuer Airbus getestet

Bonn (DW.) – Der neue Airbus A 310-300 hat am 8. Juli seinen Erstflug absolviert. Im Vergleich zum A 310-200 besitzt dieser Typ einen zusätzlichen Kraftstofftank im Höhenleitwerk und hat damit eine größere Reichweite. Aus Gründen der Gewichtsersparnis ist die Seitenflosse – erstmalig bei einem Verkehrsflugzeug – aus kohlefaserverstärktem Kunststoff. Diese Version wird im Juni 1986 erstmals in Dienst gestellt werden.

Spacelab fliegt wieder

Cape Canaveral (dpa) – Der 19. Flug einer US-Weltraumfähre, der am kommenden Freitag beginnt, steht ganz im Zeichen der Wissenschaft, vor allem der Astronomie. Neben dem in Europa gebauten Weltraumlabor „Spacelab" wird auch ein System an Bord sein, mit dem beispielsweise Teleskope, Spektrometer oder Kameras extrem genau auf Objekte im All ausgerichtet werden können: Das IPS (Instrument Pointing System) kann ein Ziel aus 200 Kilometern Entfernung mit einer Abweichung von *höchstens 50 cm anvisieren.*

Professur gestiftet

Darmstadt (DW.) – Eine Stiftungsprofessur für interdisziplinäre Studien wird an der Technischen Hochschule Darmstadt gemeinsam mit der SEL-Stiftung für technische und wirtschaftliche Kommunikationsforschung eingerichtet. Sie soll Brücken zwischen den Sozial-, Natur- und Technikwissenschaften schlagen und „die Einbindung von Wissenschaft und Technik in die sie tragende staatliche Gemeinschaft fördern".

Graphit speichert Strom

Duisburg (lnw) – Neue Wege der Energiespeicherung gehen Wissenschaftler an der Universität Duisburg: Graphitbatterien sollen künftig die herkömmlichen Bleiakkumulatoren ersetzen. Der Vorteil dieses Batterietyps: Umweltschädliche Schwermetalle wie Blei, Nickel oder Cadmium spielen bei dieser Methode keine Rolle mehr. Gewicht und Volumen sind nicht größer als bei herkömmlichen Bleiakkus.

FUSSBALL / Bundesliga auf Sparkurs – Kalkulation für 1985/86 mit noch weniger Zuschauern

Mit dem Rotstift in die schwarzen Zahlen: Klubs kürzen ihre Etat-Ansätze für die nächste Saison

sid, Bonn

Auch in der Fußball-Bundesliga wird der Gürtel wieder enger geschnallt, das Unterhaltungs- und Wirtschaftsunternehmen übt Zurückhaltung wie nie zuvor: Das Etat-Volumen der 18 Klubs für die 23. Saison beträgt 120,7 Millionen Mark. Das sind rund zwei Prozent weniger als im Haushaltsplan 1984/85 der 123,1 Millionen Mark auswies (1983/84: 129,6 Millionen Mark). Vor drei Jahren konnte der Spitzenwert von 137,1 Millionen Mark registriert werden.

Aber die Zeiten haben sich geändert. Die Verantwortlichen in den Klubs erkannten dies und tragen dem anhaltenden Zuschauerschwund und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Rechnung. Die schlechteste Zuschauer-Bilanz der letzten zwölf Jahre mit 5,8 Millionen Zuschauern hat offensichtlich eine alamierende Wirkung nicht verfehlt. Rund 5,84 Millionen Besucher müssen in der nächsten Saison zu den Spielen (Schnitt: 19 085 Zuschauer) kommen, damit der Etat gedeckt werden kann.

In der letzten Saison blieben die Klubs um 1,3 Prozent unter dem kalkulierten Schnitt. Sieben Klubs konnten höhere Zuschauerzahlen als zuvor erwartet erzielen. Spitzenreiter mit plus 35,2 Prozent war ausgerechnet der Absteiger Eintracht Braunschweig. Neun Klubs blieben dagegen erheblich hinter den Erwartungen. Ganz schlimm sah es bei Bayer 04 Leverkusen aus. Die Leverkusener verfehlten gleich um 46,1 Prozent den kalkulierten Etatansatz. Nur knapp 9000 Zuschauer wollten im Schnitt ein Heimspiel der Leverkusener sehen.

Wie schon in der vergangenen Saison führt der FC Bayern München die Etat-Tabelle mit der unveränderten Summe von 15 Millionen Mark an. Nur knapp 20 Prozent davon hat Aufsteiger Hannover 96 zur Verfügung. Mit 2,8 Millionen Mark haben die Hannoveraner die niedrigsten Kosten für den Spielbetrieb veranschlagt.

Auch der FC Bayern München kann seine Bilanz nicht allein mit den 17 Bundesliga-Heimspielen ausgleichen. Rund zehn Millionen Mark sind als Einnahmen aus dem Spielbetrieb (Europapokal und Freundschaftsspiele) in die Hochrechnung eingeflossen. Darüber hinaus sollen Werbe-Einnahmen in Höbe von fünf Millionen Mark den Etat decken. Wie im letzten Jahr wird beim FC Bayern nur mit 28 000 Zuschauern pro Heimspiel gerechnet, nachdem 1984/85 immerhin ein Schnitt von 32 470 registriert wurde.

Auf den schlechten Erfahrungen der letzten Saison basiert die Kalkulation beim Hamburger SV, der seinen Etat um 900 000 Mark verringerte. Nur 23 000 Zuschauer liegen diesmal zugrunde, nachdem im Vorjahr noch mit 29 000 spekuliert wurde. Wolfgang Klein, Präsident des Hamburger SV, sagt: „Die fetten Jahre sind ohnehin vorbei." Als einziger Klub erhöhte Borussia Mönchengladbach seinen Etat um eine Million Mark, womit die erneute Teilnahme am Europapokal-Wettbewerb seinen Niederschlag fand. Für die Bundesliga aber hat der Klub den Schnitt im Vergleich des Vorjahres von 26 000 in Anlehnung an die zuletzt erreichte Zahl von 20 000 reduziert.

Mit dem Rotstift in die schwarzen Zahlen lautet die Devise in Dortmund, wo der Haushalt die erwartet drastische Reduzierung von neun auf 6,5 Millionen erfuhr. Mit dem beängstigenden Betrag von 8,3 Millionen Mark Verbindlichkeiten hatten die Dortmunder zuletzt für Schlagzeilen gesorgt. Auf dem Transfermarkt blieben sie deshalb sehr reserviert. Denn nur der Betrag von 300 000 Mark für den Bielefelder Dirk Hupe schlägt zu Buche, da der frühere Nationalspieler Horst Hrubesch (Ablösesumme: 150 000 Mark) von einem Privat-Sponsor bezahlt wurde.

Übersicht über Etats und Kalkulation:

	Etat 1985/86	Etat 1984/85	Schnitt 1985/86	Schnitt 1984/85
München	15,0	15,0	28 000	32 470
Stuttgart	12,0	12,8	25 000	22 655
Hamburg	10,1	11,0	23 000	19 989
Bremen	10,0	10,0	22 000	20 614
Köln	9,0	8,9	20 000	17 946
Gladbach	8,5	7,5	20 000	19 652
Schalke 04	6,5	6,8	23 000	27 763
Frankfurt	6,7	5,4	20 000	22 262
Dortmund	6,5	9,0	23 000	25 817
K'lautern	6,5	6,5	18 000	16 885
Leverkusen	6,0	6,0	12 000	9 289
Saarbr.*	4,5	1,2	11 000	7 732
Mannheim	3,7	4,0	19 000	18 921
Uerdingen	3,5	3,5	15 000	13 810
Bochum	3,2	2,7	21 000	21 046
Düsseldorf	3,0	3,0	12 000	10 360
Nürnberg*	2,9	2,2	16 500	12 712
Hannover*	2,8	1,0	15 000	14 767

* Bundesliga-Aufsteiger, Vergleichszahlen aus der letzten Zweitliga-Saison. In der vierten Tabellen-Spalte steht der von den Vereinen für die nächste Saison kalkulierte Zuschauer-Schnitt pro Spiel, in der fünften Spalte der erreichte Schnitt der letzten Saison.

Wenn die Arbeit nicht mehr der tägliche Mittelpunkt unseres Lebens ist

Kunst-„Paradiese" als Sinnlieferanten?

Die Szene mutet an wie eine Erinnerung an die längst vergangene, heute oftmals idealisierte Einheit von Arbeit und Leben, wie ein sentimentaler Rückblick auf die „Ganzheitlichkeit" des Alltags. Doch die im Wind flatternde Wäsche vor dem Stolleneingang einer alten Zeche im Hunsrück wird zum Symbol dafür, daß die Arbeit ihren Sinn verloren hat. Die Arbeit ist tot, und damit die Nachwelt noch eine vage Vorstellung von der Schaffenskraft ihrer Ahnen bekommt, hat ein Privatmann das stillgelegte Bergwerk gekauft und vor der Demontage bewahrt.

Dieses „Museum der Arbeit" ist ein Fragment in dem von Manuel Esser gezeichneten Bild von einem seiner Meinung nach erst zum Teil bewußten, jedoch bereits wirksamen gesellschaftlichen Umbruch. Für ihn ist mit dem im vergangenen Jahr ausgetragenen Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche die letzte Runde in der Diskussion um das Verhältnis von Arbeit und freier Zeit, von Pflicht und Lebenssinn, von Zwang und Selbstbestimmung eingeleitet worden.

Im Alltag von morgen, so die der Dokumentation zugrundeliegende These, wird die Arbeit nicht mehr dominieren. Sie tritt zunächst rein quantitativ aufgrund fortschreitender Technisierung in den Hintergrund. Folglich nimmt die freie Zeit zu, freie Zeit, die gestaltet werden will, was allein mit der bislang bekannten Palette der Zerstreuungen nicht zu leisten ist, denn der Freizeit kommt jetzt ein wesentlicher Stellenwert zu: Sie allein ist die Sphäre, in der es noch Selbstverwirklichung gibt, da die Arbeit immer mechanischer, folglich immer weniger kreativ wird. „Es ist höchste Zeit, sich über den bewußten und sinnbringenden Einsatz freier Zeit Gedanken zu machen," konstatiert Esser.

Daß einige Geschäftsleute das bereits erkannt haben, wird in diesem letzten Beitrag zu dem im ZDF ausgestrahlten Themenschwerpunkt „Arbeit und Freizeit" anhand von zwei Freizeitzentren in Frankfurt und Wien deutlich. Selbstfindung in der Natur scheint hier die Devise, jedoch nicht im alltäglichen Umfeld hiesiger

Mut zur Freizeit – 22.05 Uhr, ZDF

Breitengrade. Indianer-Dörfer in ihrer Ursprungsform, allerdings ohne Wildwest-Brimborium und Palmenstrände an künstlichen Seen unter stets strahlender Sonne, locken mit ihren Angeboten zur individuellen – oder, weil teuer, doch nur privilegierten? – Freizeitgestaltung. Mit dem Hinweis auf den offenbar expandierenden Markt gigantischer Kunstwelten will Esser jedoch lediglich darauf aufmerksam machen, daß die zunehmende Kommerzialisierung des neuen „Sinnlieferanten" drohe. Seine Vorstellungen sind andere.

Voraussetzung dafür, in der Freizeit das zu tun, was man tun will, sei die Lösung der Verbindung Arbeit und Lohn. Nur durch eine Abwendung vom Materiellen hin zum Sozialen könne eine Selbstfindung erreicht werden. „Es kommt darauf an, die beruflichen Fertigkeiten für die Gestaltung einer besseren Umwelt zu nutzen, um daraus die innere Zufriedenheit zu erlangen." Dabei ist es für Esser gleichgültig, ob beispielsweise ein Handwerker sein Können einsetzt, um die Siedlung für sich und seine Nachbarn umzugestalten, oder ob ein Privatmann ein Bergwerk kauft, darin lebt und arbeitet, um seinen Kindern und Kindeskindern einen Eindruck vom traditionellen „Sinnlieferanten" zu ermöglichen.

„Der Beitrag kann und will keine Freizeitphilosophie der Zukunft liefern," betont Rudolf Blank von der Redaktion Gesellschaftspolitik. Das ZDF wolle jedoch anhand dieser Zustandsbeschreibung mit ihren Theorie-Konstrukten zur Freizeitgestaltung von morgen das gesamte Problem zunächst einmal bewußt machen.

„Mut zur Freizeit" ist eine Forderung, die inzwischen aus den Reihen der Gewerkschaften laut geworden ist. Aber bezieht diese klar Stellung zu diesem Komplex, oder beschränkt sie sich tradionsgemäß mehr auf den Faktor Arbeit? Diese Frage will die Dokumentation aufgreifen und sich in einem letzten Schritt der wissenschaftlichen Behandlung des Themas widmen.

MARTINA SCHLINGMANN

NACHRICHTEN

Spiel untersagt

Mönchengladbach (dpa) – Das für den 5. August geplante Fußball-Benefizspiel zwischen Borussia Mönchengladbach und dem FC Liverpool findet nicht statt. Der Internationale Fußball-Verband (FIFA) hält an seiner weltweiten Sperre für englische Klubs fest. Die Klubs wollten einen Sonderstatus, da die Einahmen des Spiels den Hinterbliebenen eines Busunglücks, bei dem 20 Mitglieder einer britischen Militärkapelle den Tod fanden, zukommen sollten.

Wessinghage Fünfter

Cork (sid) – Eine Weltjahresbestzeit stellte der Amerikaner Sydney Maree in 3:52,14 Minuten im Meilenlauf beim internationalen Leichtathletik-Sportfest in Cork (Irland) auf. Der Kölner Thomas Wessinghage wurde in 3:56,17 Minuten Fünfter.

Tottenham holt Waddle

London (sid) – Der englische Fußball-Erstligaklub Tottenham Hotspur muß umgerechnet rund 2,5 Millionen Mark für den Nationalspieler Chris Waddle zahlen, der von Newcastle United nach London wechselt. Das entschied ein Schiedsgericht des englischen Verbandes.

Elke Heine tritt zurück

Hannover (sid) – Olympiateilnehmerin Elke Heine (Hannover) hat ihren Rücktritt aus der Kunstturn-Nationalmannschaft erklärt. In einem Brief an Bundesfachwartin Ursula Hinz schrieb sie, daß das Vertrauensverhältnis zum Trainer-Ehepaar Prorok „zutiefst erschüttert sei". Der Bundestrainer hatte seine Nationalturnerinnen zuletzt hart kritisiert.

Viertelfinale erreicht

Le Touquet (sid) – Die deutschen Tennis-Juniorinnen haben beim Turnier um den Annie Soisbault Cup in Le Touquet (Frankreich) der Altersklasse bis 21 Jahre durch ein 3:0 über Polen das Viertelfinale ereicht, in dem sie auf Frankreich oder Argentinien treffen werden. Miriam Schropp (Heidelberg) besiegte die Polin Waneck mit 6:2, 6:4.

„DDR"-Fahrer in Führung

Zweibrücken (sid) – Der 25 Jahre alte Rad-Amateur Olaf Ludwig aus Gera trägt auf der ersten Etappe der 20. Internationalen Rheinland-Pfalz-Rundfahrt das Gelbe Trikot des Spitzenreiters. In einem Ausscheidungsrennen setzte sich der „DDR"-Fahrer gegen den Schweizer Stefan Joho mit einem knappen Spurtsieg durch.

Chinesen überlegen

Wien (sid) – In einem als „China gegen Europa" deklarierten Vergleichskampf setzten sich in Wien die Tischtennis-Stars aus China mit einem souveränen 9:0-Erfolg durch. Dabei gelang den Europäern nur ein einziger Satzgewinn durch den früheren Doppel-Weltmeister Dragutin Surbek (Jugoslawien) beim 26:21, 24:22, 11:21 gegen Chen Jiang.

ZAHLEN

FUSSBALL

22. Internationales Turnier von Paris, Halbfinale: Paris St. Germain – St. Etienne 1:0, Waregem – 1. FC Köln 0:0, 5:4 im Elfmeterschießen. – Freundschaftsspiele: Unterhaching – Bayern München 0:8, Brackstedt – Braunschweig 1:11.

TENNIS

Internationale Meisterschaften der Schweiz in Gstaad (150 000 Dollar), erste Runde: Maurer (Deutschland) – Gerulaitis (USA) 6:1, 6:4, Teltscher (USA) – Mansdorf (Israel) 6:3, 6:3, Edmondson – Drewett (beide Australien) 4:6, 6:3, 6:1, Fibak (Polen) – Leconte (Frankreich) 7:5, 6:4, Viver (Ekuador) – Mezzadri (Italien) 6:1, 6:2, Glickstein (Israel) – Benhabiles (Frankreich) 6:3, 6:3, Forget (Frankreich) – Smid (CSSR) 6:3, 6:7, 6:0.

Boris Becker und der Trubel in Leimen

Becker und Tiriacs Sohn in Monte Carlo. FOTO: AFP

DW. Bonn

Morgen um 17.00 Uhr ist es für Wimbledon-Sieger Boris Becker schon wieder aus mit der Ruhe, die er zur Zeit noch im feudalen Country-Club von Monte Carlo am Swimmingpool („Tennis hat mir mein Manager Ion Tiriac erst einmal verboten") genießt. Zwölf Kabrioletts werden ihn morgen von St. Ilgen – dort weiht er eine Sportanlage ein – nach Leimen begleiten. Im Spiegelsaal des Rathauses seines badischen Heimatortes (17 200 Einwohner) darf er sich dann um 18.00 Uhr ins Goldene Buch der Stadt eintragen. 100 Journalisten werden erwartet, der Süddeutsche Rundfunk überträgt im Regional-Fernsehen live ...

Inzwischen hat Boris Beckers sensationeller Sieg beim Tennis-Turnier von Wimbledon auch die Madison Avenue in New York, das Zentrum der amerikanischen Werbewelt, mobilisiert. Der Chef einer Agentur schwärmt in einem Interview mit der Zeitung „USA Today": „Mit seinem charmanten Akzent, dem rötlichen Haar und seinem Aussehen, das die Mädchenherzen höher schlagen läßt, kann er ein Gigant werden." Einige Agenturen überlegten bereits, „was sie mit dem Jungen machen können." Aber Becker droht auch schon eine Strafe in Höhe von 3000 Dollar. Er hatte sich für das Turnier von Washington gemeldet, das in der nächsten Woche stattfindet, in der er aber zum Höhentraining in Crans-Montana (Schweiz) weilt. Sollte sich Becker bis morgen nicht beim Veranstalter melden, wird die Strafe fällig. Nach Beckers Sieg sind in Washington bereits 15 000 Eintrittskarten verkauft worden.

LEICHTATHLETIK / Martti Vainio gibt Einnahme von Dopingmitteln zu

27 verschiedene Spritzen und Pillen

DW./dpa, London

Knapp ein Jahr nach den Olympischen Spielen in Los Angeles hat der finnische Langstreckenläufer Martti Vainio in einem Interview die Einnahme von verbotenen Dopingmitteln zugegeben. Der 34jährige war nach dem Endlauf über 10 000 m beim Dopingtest durchgefallen, mußte deshalb seine in diesem Rennen gewonnene Silbermedaille zurückgeben und ist seitdem für alle Leichtathletik-Wettkämpfe gesperrt.

Vainio erklärte in einem Exklusiv-Interview mit der in London erscheinenden „Daily Mail", er habe schon mehr als ein Jahr vor den Spielen in Los Angeles begonnen, Dopingmittel zur Förderung seiner Leistungsfähigkeit einzunehmen.

Der 10 000-m-Europameister von Prag 1978 hatte allerdings bereits in seinem im letzten November erschienenen Buch „Martti Vainio – ein Lauf in Agonie" medizinische Manipulationen zugegeben. Außerdem geht aus dem Buch hervor, daß schon beim Rotterdam-Marathon am 14. Juli 1984 ein positives Resultat bei Vainio vorlag.

In der Enthüllungsstory von London sagte Vainio nun, er habe erstmals vor der Weltmeisterschft 1983 in Helsinki verbotene Mittel eingenommen. Er sei damals aber völlig übertrainiert gewesen. Bei den Titelkämpfen in Finnland hatte Vainio die Bronzemedaille über 5000 m und den vierten Platz über 10 000 m belegt – ohne erwischt zu werden. Insgesamt habe er 27 verschiedene Mittel in Spritzen- oder Pillenform zu sich genommen, fast ausschließlich Anabolika und Testosterone. Er habe mit dem Doping begonnen, weil „Menschen, die dem finnischen Leichtathletik-Verband nahestehen", ihm das nahegelegt hätten.

Vainio: „Ich bin ein einsamer Wolf, ich hatte nie einen eigenen Trainer. Ich war stets mein eigener Trainer. Die Mittel schienen mir zu helfen, und ich glaubte auch fest daran."

Martti Vainio führt seinen nicht bestandenen Dopingtest im vergangenen Jahr auf einen Irrtum zurück: „Ich bin nur erwischt worden, weil ich ein anaboles Steroid eingenommen habe und in dem Glauben war, es sei Testosteron gewesen, was sich zum Zeitpunkt des Endlaufs längst abgebaut hätte." Der Finne bezeichnete in diesem Zusammenhang die Praxis der Dopingtests als ungerecht: „Ich war nie und nimmer der einzige, der Drogen genommen hat. Ich war nur der einzige, der erwischt wurde. Und das halte ich für unfair."

Jetzt aber habe er keine einzige Pille mehr im Haus, erzählte Martti Vainio dem englischen Interviewer in Lonamakouhero, einer Ansammlung von Blockhütten, mitten im Wald, etwa 480 Kilometer nördlich von Helsinki. Dort lebt Vainio mit seiner Verlobten Pirjo Yrjola, einer früheren Fünfkämpferin. Dort trainiert er auch, wie er sagt, ohne Dopingmittel. Er lege noch immer mindestens 100 Kilometer in der Woche zurück. Und: „Mein Puls hat im Ruhezustand immer noch 29 Schläge in der Minute," sagt Vainio.

Und er wolle wieder laufen, spätestens im nächsten Jahr bei den Europameisterschaften in Stuttgart. Vainio: „Ich bin von Natur aus Läufer, ich kann gar nicht anders." Vainio hofft auf eine Begnadigung durch den internationalen Verband IAAF. Er meint, die Angelegenheit stehe gut für ihn, spätestes im April 1986 rechne er damit, wieder bei Wettkämpfen starten zu dürfen.

In diesen Tagen unternimmt er mit seiner Verlobten eine 800 Kilometer lange Rad-Tour durch Finnland. „Wenn wir zurück sind," so Vainio, „liegt sicher der Bescheid der IAAF vor, daß ich wieder starten kann. Ich kann es mir nicht anders vorstellen."

STAND ● PUNKT / *Sport und alte Menschen*

Der Sport, der so gern mit dem Slogan kokettiert, er kenne kein Alter, sollte mit dieser Aussage vorsichtiger umgehen, will er nicht durch Zahlen ad absurdum geführt werden. Denn diese widerlegen eindeutig die Meinung, der „Sport für alle", also für Jung und Alt, sei bereits Realität. Damit soll nicht das großartige Engagement der Sportorganisationen geschmälert werden und ihr Bemühen, Partner für möglichst viele Menschen zu werden. Tatsache ist jedoch, daß der Sport für ältere Menschen nach wie vor ein Mauerblümchendasein fristet.

Die Zahlen sagen: Der Sport ist stark, wo die Jugend vorherrscht. Fast 60 Prozent aller Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis 14 Jahren sind Mitglied in Sportvereinen, 57 Prozent im Alter zwischen 15 und 18 gehören gleichfalls Vereinen an. Und dann gibt es den ersten Bruch: Nur noch 33 Prozent der 19- bis 21jährigen sind im Verein.

Mehr als 54 Prozent wiederum im Alter von 22 bis 25 Jahren treiben regelmäßig Sport. Danach beginnen die problematischen Bereiche: 37 Prozent zwischen 26 und 35 Jahren sind Mitglied im Sportverein, nur noch 34 Prozent zwischen 36 und 50 Jahren und gar nur 21 Prozent zwischen 51 und 60 Jahren. Nicht unerwartet, aber völlig aus dem Rahmen fällt der Prozentsatz der über 60jährigen: Nur noch neun Prozent sind Mitglied in einem Sportverein.

Vereinfacht heißt dies: Überall dort, wo es um Wettkampfsport geht, hat der Sportverein einen enormen, über dem normalen Schnitt liegenden Zulauf. Dort aber, wo der Wettkampfsport in Breiten- und Freizeitsport übergehen sollte, läßt das Interesse nach. Hier liegt die Hauptaufgabe für die Zukunft.

Der Sportverein wird für diese Altersgruppierungen ein Partner für Sport und Kommunikation sein müssen. Ältere Menschen sind für die Vereine eine wichtige Ansprechgruppe. Sie haben Zeit, sind interessiert und sind mit guten Angeboten zu gewinnen. Der Sport sollte weniger über den Sport für Ältere reden, er muß mehr handeln. Die Zahlen machen deutlich, daß es noch Nachholbedarf gibt. H.-P. SCHÖSSLER

KRITIK

Funktionieren bis ans Ende

Der dänische Streifen aus dem Jahre 1980 hieß **„Der Augenblick"** (ZDF). Aber auch die gestandene Filmerin Astrid Henning-Jensen vermochte dem alten Ehezopf keine neuen Strähnen einzuflechten. Vom wesentlichen Wandel im Blick auf das, was eine Beziehung zwischen Mann und Frau mit Treueanspruch hergeben kann, blieb ihre Filmerzählung über eine junge Ehe mit zwei kleinen Kindern, in der die Mutter zum frühen Tod verurteilt ist, unberührt.

Line, die tüchtige Apothekerin, läßt sich im Film wie eh und je darauf ein, funktionieren zu müssen, um Liebe zu verdienen: in Beruf, zur Herstellung der häuslichen Ordnung, als Geliebte. Der Ton untereinander ist zum Gruseln kühl. Line muß auch tapfer sein und bleiben, als sie aufgrund eines verdächtigen Knotens in die freudlose Maschinerie des Krankenhauses gerät und darin stückweise umkommt. Ihr Aufbäumen gegen frühes Leiden und Sterben erschöpft sich in einem Tränenausbruch am Baumstamm unterm Regen.

Ansonsten sind nur die anderen zu schonen: die Kinder dürfen schon vorab nach einer Blume suchen, die dereinst auf dem Grab der Mutter wachsen wird, „damit sie sie wiedererkennen können". Dem Mann wird die Freundin Anne als Geliebte konzediert (die er schon kennt), damit er nicht allein ist. Mit dem Blick auf ein paar intensiv erlebte Familiengefühle zur Lady Greensleeve-Musik vom Blütenbaum verschwindet so eine Frau in Not, um angeblich „in Würde zu sterben". INGRID ZAHN

Selbsternannter Horror-Prophet

Wenn sich die WDR-Redaktion „Monitor" mit einem Thema aus dem weiten Feld der Sicherheits- und Militärpolitik befaßt, und darauf ausschließlich konzentrieren sich diese Zeilen, ist nach dem letzten Beitrag abermals erwiesen: Klaus Bednarz als der Verantwortliche will nicht informieren, er will nicht auf der Grundlage einer soliden Darstellung eine – sei's drum – extreme Meinung verkünden.

Nein, dieser Fernsehjournalist eifert inzwischen in unverkennbarer Weise seinem Kollegen in Baden-Baden, Franz Alt, nach. Beide nutzen den Bildschirm zu unverdeckter Agitation gegen die politischen und militärischen Sicherheitsgrundlagen der NATO.

Mit dem jüngsten Beitrag über den von der „Friedensbewegung" längst verbrauchten Begriff „AirLand Battle" versuchte Bednarz abermals, beim unkundigen Publikum Ängste über Kriegslabilität zu schüren und den Eindruck zu erwecken, als habe sich die Bundeswehr mit US-Streitkräften in unserem Lande zusammengetan, die nichts anderes im Schilde führten, als von deutschem Boden aus den „Blitzkrieg" gegen die Sowjetunion zu planen.

Eine aberwitzige Unterstellung. Und nichts davon ist denn auch – was man wissen kann! – richtig. Aber Bednarz zu widerlegen, verbietet hier die Kürze. Sorgfältig getan hat es Peter K. Stratmann von der „Stiftung Wissenschaft und Politik" jedoch schon vor Monaten in einem Aufsatz für die Wochenzeitung „Das Parlament" über alle Spielarten angeblicher US-Planungen, genannt „AirLand Battle". Ob Bednarz diese Arbeit überhaupt kennt? Wahrscheinlich nicht. Aber er will wohl auch gar nicht. RÜDIGER MONIAC

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Flug in Gefahr
Fernsehfilm von A. Hailey
11.40 Heute bin ich ohne Haß
12.10 ZDF Magazin
Mit Fritz Schenk
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.40 Fury
Der betrügerische Holzfäller
15.05 Fauna Iberica
15.30 Tagesschau
15.40 Besuch bei Fritzi Massary
Film von Werner Baecker
16.25 Computerzeit
Die Welt der Elektronenrechner
16.50 Links und rechts vom Äquator
17.20 Tour de France
13. Etappe: Einzel-Zeitfahren in Villars de Lans
17.50 Tagesschau
Anschl. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Eigentlich herrscht Ruhe auf dem Land
Film von Oskar Zerlacher
21.00 Ein Mann macht klar Schiff
Mit H. J. Kulenkampff
3. Teil: Ein blinder Passagier
Martin Olden bleibt hart, der Hilferuf seines Frankfurter Verlages verhallt ungehört ...
21.30 Die Kriminstunde
Geschichten nach Henry Slesar
22.30 Tagesthemen
23.00 Schwestern – oder Die Balance des Glücks
Spielfilm von M. von Trotta
0.55 Tagesschau

15.00 heute
16.05 Die Muppets-Show
16.30 Strandpiraten
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Trio mit vier Fäusten
19.00 heute
19.30 Der große Preis
20.50 Die große Hilfe
21.00 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Heiratsversprechen
21.45 heute-journal
22.05 Mut zur Freizeit
Wenn Arbeit nicht mehr Mittelpunkt des Lebens ist
Ein Bericht von Manuel Esser
22.50 Apropos Film
23.35 Nero Wolfe
Das grüne Lackkästchen
Mit William Conrad als Nero Wolfe
Feinschmecker und Kombinationsgenie Nero Wolfe soll einen Toten als Archie Goodwin identifizieren. Doch der Leichnam, den man ihm zeigt, ist nicht Archie, hat aber dessen Papiere bei sich getragen. Als Nero Wolfe dann den Tatverdächtigen vorgeführt bekommt, traut er seinen Augen nicht: Es ist Archie ...
0.35 Tagesschau

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
14.00 Tarzan
15.00 Siesta!
15.30 Musicbox
16.30 Marco
Treppauf, Treppab durch Genua
17.00 Simon Templar
S. T. und das Syndikat
Als Simon Templar die junge Laura Stride, die sich mit ihrem Freund Toby zerstritten hat, auf einer Bergstraße vor Marseille mitnimmt und zu ihrem Vater nach Hause bringt, ahnt er nicht, daß er dadurch in einen Machtkampf um die Leitung des Syndikats der „Latini" hineingeraten ist.
18.00 Abenteuer und Erlebnisse
Wapiti
Rotwild in Nordamerika
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Der Orgelbauer von St. Marien
Österreichischer Spielfilm (1961)
Mit Paul Hörbiger u. a.
Regie: August Rieger
20.30 Shane
Fieber im Tal
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Spiegelbild im goldenen Auge
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Marlon Brando, Liz Taylor u. a.
Regie: John Huston
0.05 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Grenzstation Gronau-Enschede
19.00 heute
19.30 Derrick
Offene Rechnung
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Wenn Bäume sprechen könnten
22.30 Tizian
23.15 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 MS Franziska (1)
Achtteiliger Fernsehfilm von Heinz Oskar Wuttig
Familientag

HESSEN
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Jauche und Levkojen (3)
1922 – Bilder aus Hinterpommern
19.30 Jauche und Levkojen (4)
1924 – Die Fräuleins

Gemeinschaftsprogramm:
WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Samson und Delilah
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Mit Hedy Lamarr, Victor Mature, George Sanders u. a.
Regie: Cecil B. DeMille
Eine Geschichte aus dem alten Testament
22.15 Grand Café (1)
Neunteilige Sendereihe
Der Film ist entdeckt
22.30 Drehen- und sehenlassen
Filmproduzentinnen in Berlin
23.15 Pablo Picasso und die Côte d'Azur
0.15 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Johann Sebastian Bach (1)
Vierteilige Fernsehserie
21.00 Sport unter der Lupe
Sportgeschehen von einst
Von Rudi Michel
1. Folge: Olympische Spiele 1972 in München
21.45 Die verwundete Landschaft
Film von Rolf van Lessen
22.30 Meine Lieblingsgeschichte
Hans Quest liest „Die Nachtigall und die Rose" von Oscar Wilde
22.45 Hits aus der Musikbox
Swinging-Oldies-Hitparade
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Die Kluge
Oper in einem Akt von Carl Orff
20.15 Im Zoo – Bilder und Eindrücke
20.45 „Wenn ihr mich auch für einen Narren haltet ..."
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Die Eule und das Kätzchen
Amerikanischer Spielfilm (1969)
23.25 Rundschau
23.30 Actualités

Weiterhin Erster bei Tests in Deutschland und USA. Audi 100.

Das technologisch wegweisende Konzept des Audi 100 findet nicht nur bei den Autofahrern, sondern auch bei der Fachwelt stets aufs Neue Beachtung. Nach vielen begehrten nationalen und internationalen Auszeichnungen, summierten sich im Mai '85 wieder einmal die Testsiege in Deutschland und USA. Sogar gegen Autos, die gerade erst mit neuem technischen Konzept auf den Markt gekommen sind. Erstens: In einem Vergleichstest durchbrach der Audi 100 CS quattro die sieggewohnte Serie eines Konkurrenten. Mit „sehr gut" bewertete die Zeitschrift „mot" vom 5.6.85 die Serienausstattung, den Innenraum vorn und hinten, die Vordersitze, die Gurte, den Gepäckraum, das Licht, die Lenkung, das Getriebe, die Straßenlage, die Beschleunigung, die Elastizität, die Spitze und den Verbrauch. Und das sicherte dem Audi 100 CS quattro mit Abstand den ersten Platz. Zweitens: „Ausgewogenheit, Solidität und Reife – das sind die Elemente des Erfolgs ..." schreibt die Auto Zeitung Nr. 12/85 zum Testsieger, Audi 100 CC. Gleichzeitig wird ihm auch der Europa-Pokal '85 von „Auto Zeitung" verliehen, denn „... der Sieger zeigte in keiner Disziplin gravierende Schwächen." Drittens: Im Test der Zeitschrift „Auto, Motor und Sport" Nr. 10 und 11/85, bei dem fünf der bekanntesten Konkurrenten auf Herz und Nieren geprüft werden, belegte der Audi 100 CC den ersten Platz zusammen mit einem weiteren Testmodell. „Der Audi 100 ist aufgrund seiner Antriebsqualitäten ein würdiger Sieger...", schreibt „ams". Viertens: Zum zweiten Mal hintereinander, diesmal mit dem Audi 5000 (Audi 100), werden die Ingolstädter von der großen amerikanischen Fachzeitschrift „WARD'S Auto World" zur besten Import-Luxuslimousine der USA gewählt. Ein Erfolg, der gerade bei den besonderen Ansprüchen in den USA an Fahr- und Raumkomfort und an die Ausstattung nicht hoch genug bewertet werden kann. Dem haben wir nur noch eins hinzuzufügen: Eine Einladung zu einer persönlichen Testfahrt. Bei Ihrem V.A.G Partner.



Strauß verteidigt Bundesförderung des Städtebaus

DW. München

In einem Brief an den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, hat der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß die geplante Erhöhung der Bundesmittel für die Städtebauförderung verteidigt. Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen würden nicht zu einer nur kurzfristig erhöhten Nachfrage nach Bauleistung, sondern zu einer „Verstetigung" der Baunachfrage führen und eine gesamtwirtschaftliche Anstoßwirkung haben, schrieb Strauß an Wolff von Amerongen, der seine Verwunderung darüber geäußert hatte, daß auch Strauß für die Erhöhung der Bundesmittel eingetreten ist.

Es müsse Wolff von Amerongen doch bekannt sein, so schreibt Strauß, daß die Bauwirtschaft ein sehr wichtiger Konjunkturindikator und Konjunkturfaktor sei. Schließlich hingen 40 Prozent der mittelständischen Wirtschaft von der Bauwirtschaft ab. Es sei unbestreitbar, daß sich die Bauwirtschaft zur Zeit in einer bedrohlichen Krise befinde, die sich im Auftragsmangel, Unternehmenszusammenbrüchen und Arbeitslosigkeit niederschlage. Es könne niemand ernsthaft bestreiten, daß Maßnahmen der Städtebauförderung, also Stadtsanierung und Dorferneuerung, angesichts der Entvölkerung der Stadtkerne und der zum Teil stark überalteten Bausubstanz eine wichtige öffentliche Aufgabe seien.

Freispruch für Laabs im Meineidsprozeß

AP, Düsseldorf

Mit einem Freispruch endete vor dem Düsseldorfer Landgericht der Prozeß gegen den ehemaligen Leiter der Sozialabteilung im Bundesverteidigungsministerium Herbert Laabs. Dem seit sieben Jahren in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten war vorgeworfen worden, in dem 1979 abgeschlossenen Verfahren gegen das wegen Landesverrats verurteilte Ehepaar Lutze falsche Aussagen über die Einhaltung der Sicherheitsvorkehrungen in den Diensträumen gemacht zu haben. In der Urteilsbegründung heißt es, die Verhandlung habe keine Anhaltspunkte bei der Falschaussage von Laabs gegeben.

In Mexiko entscheidet nur eine Partei – die PRI

Unumschränkte Herrschaft seit 56 Jahren / „Schmutzige Wahlen"

WERNER THOMAS, Mexico City

Das Stichwort „fraude" macht in Mexiko die Runde: Betrug, Wahlbetrug. Urnen sollen verschwunden oder mit falschen Stimmzetteln gefüllt worden sein. Vertreter der Oppositionsparteien durften keine Beobachterdienste leisten, kritische ausländische Journalisten wurden gewarnt oder bedroht. „Das waren schmutzige Wahlen", sagte Rodolfo Junco de la Vega, der Chefredakteur der unabhängigen Zeitung „El Norte" in Monterrey.

Die bei vielen Diskussionen der letzten Monate aufgeworfene Frage, ob sich Mexiko auf dem Weg zum Zweiparteienstaat befindet, ist beantwortet. Die rechtskonservative „Nationale Aktionspartei" (PAN) gewann nun doch keine Gouverneurswahlen, durfte keine gewinnen. „Die PRI scheint entschieden zu haben, daß sie der Opposition keine Machtbeteiligung erlauben wird", urteilte de la Vega, „sei diese noch so minimal."

Die „Partei der Institutionalisierten Revolution" (PRI) zählt zu den ungewöhnlichsten Bewegungen Lateinamerikas. Sie übt seit 56 Jahren die unumschränkte Herrschaft in Mexiko – in einer der einst unruhigsten Nationen – aus. In den 18 blutigen Jahren der mexikanischen Revolution, 1904 bis 1922, kamen mehr als eine Million Menschen ums Leben. Seit die PRI regiert, erfolgt alle sechs Jahre ein Präsidentschafts- und Kabinettswechsel. Kein anderes Land der Region kann auf so stabile Verhältnisse zurückblicken.

Kontrollierte Führer

Der totale Machtanspruch der PRI wurde oft mit dem kommunistischen System verglichen. Lorenzo Meyer, ein Politologe des „Colegio de Mexico", erinnert jedoch an gravierende Unterschiede: „Die PRI operiert viel flexibler und läßt ihre Führer nie zu lange zu stark werden."

Obgleich die Väter der Partei sozialistische Ziele verfolgten, sind Privatinitiative und Kapitalismus nie beseitigt worden. Die Regierung gewährt weitgehende persönliche Freiheiten, der einzelne Bürger kann die Partei und ihre Repräsentanten durchaus kritisieren. Niemand hat Angst vor einem Staatssicherheitsapparat oder Sondergerichten. Der Präsident darf nur eine Amtszeit von sechs Jahren absolvieren, in der er wie ein absoluter Monarch herrscht. Dann muß er von der politischen Bühne abtreten.

Der Machtanspruch wird allerdings hartnäckig verteidigt. Vor der Sommer-Olympiade im Jahre 1968 erlebte Mexiko eine linke Studentenrevolte. Kurz vor der Eröffnung der Spiele ließ die Regierung eine Massenkundgebung gewaltsam sprengen. Polizisten und Soldaten feuerten wahllos in die Menge. Die Erinnerung daran liegt noch heute wie ein Schock über der Nation.

Die Kluft wächst

Der damalige Innenminister Echeverria der den Sicherheitskräften den Einsatzbefehl gegeben hatte, wurde zwei Jahre später Präsident. Er führte ironischerweise ein linkes Regiment. „Widersprüche gehören zum System", betont Lorenzo Meyer.

Die sozialen Strukturen auf dem Land mögen noch feudalistisch sein. Die Industriemetropole Monterrey ist eine Zitadelle des Kapitalismus. Die Kluft zwischen armen und reichen Mexikanern wächst ständig. Dennoch verfolgt fast jede Regierung eine linke außenpolitische Linie. Castros Kuba und das sandinistische Nicaragua werden besonders hofiert, zum Ärger der Reagan-Regierung. Ein Beobachter erläutert: „Auf diese Weise hält man die Linken unter Kontrolle."

Die meisten Mexikaner sehen heute die Korruption als eines der größten Probleme ihrer Nation. Jeder neue Präsident erklärt diesem tückischen Feind den Krieg. Auch José López Portillo, der Echeverria folgte, hatte das getan. Er ging mittlerweile als der reichste Ex-Präsident in die Geschichte Mexikos ein. Das Vermögen dieses Mannes, der Anwalt der Armen sein wollte, wird auf zwei bis drei Milliarden Dollar geschätzt. Als sein Nachfolger Miguel de la Madrid die „moralische Erneuerung" verkündete, reagierte die Bevölkerung mit zynischen Kommentaren. Zweieinhalb Jahre nach seiner Amtsübernahme kassieren die Polizisten wieder ihre „mordidas", Bestechungsgelder.

Präsident de la Madrid tendiert dabei nach Ansicht vieler Beobachter zum rechten Lager innerhalb der PRI. Sein bisheriger Wirtschaftskurs verschaffte dem Privatsektor mehr Spielraum. (SAD)

Franke will den Älteren helfen

Vorschlag: 58jährige sollen 2 Jahre statt 18 Monate lang Arbeitslosengeld erhalten

HEINZ HECK, Bonn

Eine auf zwei Jahre verlängerte Zahlung von Arbeitslosengeld für 58jährige, wie vom Präsidenten der Nürnberger Bundesanstalt, Franke, ins Gespräch gebracht, würde die Arbeitslosenversicherung derzeit mit rund einer halben Milliarde Mark im Jahr zusätzlich belasten, den Bundeshaushalt zugleich um 360 bis 400 Millionen Mark entlasten. Dieser Rechnung liegt zugrunde, daß ein Arbeitsloser im Schnitt monatlich 1400 Mark Arbeitslosengeld, aber nur 1000 bis 1100 Mark Arbeitslosenhilfe erhält.

Mit der zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen Regelung wurde für 49jährige und ältere Arbeitslose die Zahlung des Arbeitslosengeldes über bisher ein Jahr hinaus gestaffelt auf 18 Monate verlängert. Unterstellt man, daß die 58jährigen damit bereits Anspruch auf eine 18monatige Zahlung haben, so geht es lediglich um eine Verlängerung um ein weiteres halbes Jahr bis zum Übergang in die Rente. Nach Meinung Frankes könnten etwa 60 000 Arbeitslose in den Genuß dieser Regelung kommen. Die aus dem Bonner Sozialetat gezahlte Arbeitslosenhilfe würde sich entsprechend verringern.

In welchem Ausmaß die Nürnberger Bundesanstalt auch in diesem Jahr wieder Überschüsse (1984 über drei Milliarden Mark) machen wird, ist angesichts der zum 1. Januar und 1. Juni 1985 in Kraft getretenen Beitragskürzungen von insgesamt 4,6 auf 4,1 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze (derzeit 5400 Mark monatlich) schwer zu sagen. Immerhin dürfte die Kürzung des Beitragssatzes zu Mindereinnahmen von schätzungsweise 2,5 bis 2,7 Milliarden Mark führen. Ein Prozentpunkt entspricht derzeit jährlichen Einnahmen von etwa 7,5 Milliarden Mark.

Inzwischen ist auch aus der FDP unter gewissen Vorbehalten Zustimmung zum Franke-Vorschlag zu vernehmen. Der FDP-Sozialexperte der Bundestagsfraktion, Cronenberg, erklärte gestern in einem Rundfunkinterview, er sei „persönlich … bereit, einen solchen Vorschlag sehr ernsthaft in Erwägung zu ziehen, unter der Voraussetzung, daß das Gesamtvolumen an Arbeitslosengeld nicht steigt". Andernfalls komme es „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" zu einer Steigerung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags. Cronenberg verwies auf den Zusammenhang zwischen Lohnnebenkosten, Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit. Bei deren Bekämpfung wirkten Beitragserhöhungen „ausgesprochen kontraproduktiv".

Auch der Präsident des Deutschen Städtetags, der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann, hat die bekannt gewordenen Überlegungen „ausdrücklich begrüßt".

Seite 2: Da läuft nichts

Sowjets lenken bei SDI nicht ein

Washington spricht von „Wunschdenken": „Informell wird in Genf so manches erörtert"

DW. Washington

Als „Wunschdenken" hat das US-Außenministerium gestern einen Bericht der „New York Times" bezeichnet, in dem von sowjetischer „Kompromißbereitschaft" hinsichtlich der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA die Rede war. Ministeriumssprecher Bob Smalley sagte, es gebe solche Anzeichen nicht. Die Sowjets hätten lediglich eingeräumt, daß die Einhaltung eines von Moskau verlangten Verbots der Forschungsarbeiten für ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem nicht zu kontrollieren wäre.

Die „New York Times" hatte tags zuvor – unter Berufung auf US-„Regierungskreise" – berichtet, die sowjetischen Abrüstungsunterhändler in Genf hätten „informell" Bereitschaft erkennen lassen, in einem Abkommen mit den USA „Forschung" für eine Raketenabwehr im Weltall, nicht aber deren „Entwicklung und Erprobung" zuzulassen. An den sich gegenseitig ausschließenden Positionen beider Seiten zu SDI sind die Genfer Gespräche derzeit festgefahren.

Smalley räumte ein, sollte Moskau tatsächlich in die von der „New York Times" beschriebene „Richtung gehen wollen", so würden die USA dies begrüßen. Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, erklärte, wenn die Sowjetunion „einen Vorschlag hat und ihn ernst meint", dann solle sie ihn in Genf offen auf den Tisch legen. Ein US-Beamter, der namentlich nicht genannt werden wollte, wies darauf hin, daß bei „informellen Begegnungen" der Abrüstungsunterhändler „so manches" erörtert werde. In Sachen SDI gebe es keinesfalls „ausreichende Hinweise", um feststellen zu können, ob es sich bei „Andeutungen" der sowjetischen Seite tatsächlich um Signale der offiziellen Moskauer Politik handele.

State-Department-Sprecher Smalley nahm auch zu einem Schreiben des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow an eine „Vereinigung besorgter Wissenschaftler" innerhalb der US-„Friedensbewegung" Stellung. Darin hatte Gorbatschow die USA aufgefordert, den 1972 abgeschlossenen ABM-Vertrag über die Beschränkung von Raketenabwehrwaffen einzuhalten und sich von einer „Militarisierung des Weltraums" loszusagen. Smalley: Eines der Hauptziele der USA in Genf sei es, die „von den Sowjets verursachte Erosion" des ABM-Abkommens zu stoppen.

RMB. Moskau

Auf Akzentverschiebungen im außenpolitischen Kurs der Sowjetunion nach der Ernennung des neuen Außenministers Eduard Schewardnadse deutet ein Artikel in der jüngsten Ausgabe der Moskauer Wochenzeitung „Literaturnaja Gaseta" hin. In dem Kommentar wird die Bedeutung der im Herbst bevorstehenden Gespräche von Parteichef Gorbatschow mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand in Paris sowie mit US-Präsident Reagan in Genf unterstrichen. Der Artikel weist nachdrücklich darauf hin, daß die Sowjetunion von der bisherigen „Bipolarität" der beiden Weltmächte abrücke. Vielmehr wird das wachsende Interesse der Moskauer Führung an Europa bestätigt.

Bestritten wird allerdings, daß „die Sowjetunion die westliche Karte" ausspiele, um als Endziel die Abkoppelung Europas von den USA zu betreiben. Zugleich wird den USA vorgeworfen, sie würden „Westeuropa selbst abtrennen, indem sie den westeuropäischen Staaten ihre abenteuerlichen Krieg-der-Sterne-Pläne aufzwingen" wollten.

Gewaltakte des „DDR"-Regimes lassen nicht nach

mj. Salzgitter/Bonn

Nach den Erkenntnissen der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter ist die Zahl der menschenrechtswidrigen Gewaltakte von „DDR"-Staatsorganen unvermindert hoch. Der Leiter der Erfassungsstelle, Oberstaatsanwalt Carl Rethemeyer, teilte gestern mit, im ersten Halbjahr 1985 seien insgesamt 1145 Unrechtstaten bekannt geworden (1984 insgesamt 2175): 938 Verurteilungen aus politischen Gründen, 195 politische Verdächtigungen sowie 12 Fälle von Schußwaffengebrauch, Selbstschuß- und Mineneinwirkungen an der innerdeutschen Grenze.

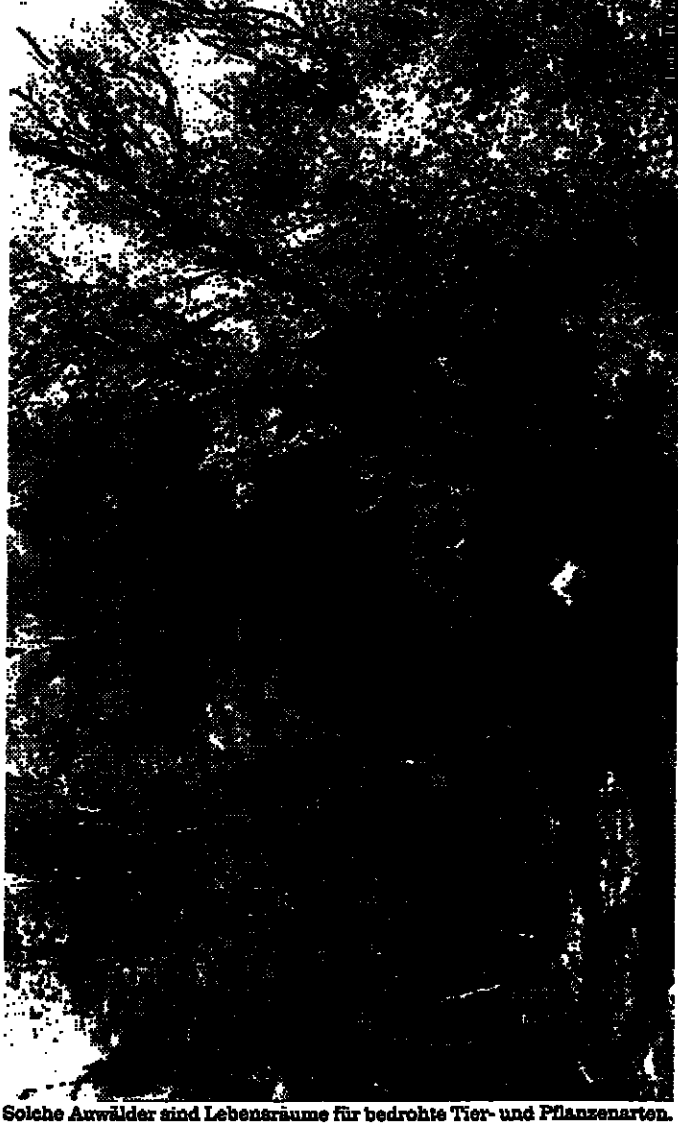
Auf Anfrage der WELT verwies Rethemeyer darauf, daß nach wie vor eine große Zahl freigekaufter ehemaliger „DDR"-Häftlinge sich mit Berichten über Rechtsverletzungen der „DDR" an „Salzgitter" wenden. Zu den auch von Teilen der SPD und den Grünen unterstützten Ostberliner Forderungen, die Erfassungsstelle aufzulösen, meinte der Oberstaatsanwalt: „Wir hier in der Dienststelle haben uns von solchen Forderungen noch nie beirren lassen. Wir stehen zu unserer Aufgabe." Darin sehe er sich durch den einstimmigen Beschluß der Justizminister aller Bundesländer vom Dezember 1984 bestärkt, an der Erfassungsstelle festzuhalten.

Schelte für die Genscher-Kritiker

hey, Bonn

Die Kritik von Teilen der FDP-Bundestagsfraktion an Außenminister Hans-Dietrich Genschers Namibia-Politik hat der FDP-Außenpolitiker Helmut Schäfer energisch zurückgewiesen. Ohne seine drei Fraktionskollegen Josef Ertl, Olaf Feldmann und Wolfgang Rumpf, die eine Unterstützung der von Genscher als „null und nichtig" angesehenen Übergangsregierung in Windhuk fordern (WELT v. 10.7.), namentlich zu nennen, wandte Schäfer sich gestern im FDP-Pressedienst gegen eine „Aufweichung" der Bonner Politik im südlichen Afrika. Wer die von Südafrika „eingesetzte sogenannte Vier-Parteien-Regierung als richtigen Schritt in die Unabhängigkeit" Namibias bezeichne, verlasse die außenpolitischen Vorstellungen der FDP.





DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Donnerstag, 11. Juli 1985
Nr. 158

Nach-Kriegszeit

JB. – Der deutsche Kaffeemarkt bleibt in Bewegung. Das Ende des „Kaffeekrieges" haben die Röster genutzt, um ihre Positionen zu überdenken. Der Rahmen ist fest gefügt. Erstens: Der Markt wächst kaum noch. Wer das Geschäft ausweiten will, kann dies nur zu Lasten des Wettbewerbers tun. Daraus folgt zweitens, daß der Konkurrenzkampf eher noch härter wird. Bei der Schlacht um den Verbraucher spielt der Preis seit eh und je eine dominierende Rolle. Die Intensität des Preiswettbewerbs ist mittlerweile so groß, daß im Handel Kaffee eigentlich nur noch zu Aktionspreisen verkauft werden kann.

Das bedeutet drittens, daß die Spannen unter Druck bleiben. Den Röstern ist es bisher nicht gelungen, die Verteuerungen des Rohkaffees an den Verbraucher weiterzugeben. An jeder Packung fehlen ihnen rund 40 Pfennig.

Die Wiederauffüllung der marktstrategisch notwendigen „Kriegskasse" ist um so dringlicher, als die Branche viertens davon ausgehen muß, daß die beiden Marktführer Jacobs und Tchibo nach den Irrungen und Wirrungen um die 400-Gramm-Packung nicht nur Terrain zurück-, sondern sogar zugewinnen wollen. Die Dimension dieser Auseinandersetzung wird darin deutlich, daß der Filialist Tchibo offensichtlich gewillt ist, in den Absatzbereich des Abpackers Jacobs einzudringen, um dort zusätzliche Mengen zu holen. Darauf muß Jacobs eine Antwort finden. Neben den reinen Preiswettbewerb rückt ein Konzeptwettbewerb, der noch mehr finanzielles Durchstehvermögen erfordert. Der Kaffeekrieg ist zwar beendet, aber einen Frieden gibt es nicht.

Ob es nützt?

hg – Schlechte Nachricht für Schleckermäuler: Schokolade soll teurer werden. Die Branche versucht wieder einmal, den Stückpreis für die Tafel auf über eine Mark anzuheben, und der deutsche Nestlé-Chef Gerhard Rüschen begründet das mit steigenden Kosten, vor allem für Rohkakao. Das ist sicher richtig, aber ob es nützt? Seit Jahren wird Schokolade vom Handel fast ausschließlich als „Aktionsware" angeboten, und die Hersteller haben dabei zugesehen, vielleicht, mit Blick auf die Auslastung ihrer Kapazitäten, sogar mitgemacht. Nun laufen ihnen die Kosten davon, aber der Markt kennt nun einmal keine Kosten, er kennt nur Preise. Und Schokolade zum Preis von 1,20 Mark fände nicht den Markt, den die Tafel für 99 Pfennig heute hat – der Verbrauch ginge zurück. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß der Handel auf seine gewohnten ständigen Sonderangebote von Schokolade verzichten wird, so daß das Ganze am Ende vermutlich ausgehen wird wie die zahllosen vergeblichen Preisrunden beim Benzin.

SCHNELLER BRÜTER / Auch SPD unzufrieden mit ablehnender Haltung Farthmanns

Riesenhuber: Bewertung des Projekts hat sich eher zum Positiven verändert

HEINZ HECK, Bonn

Bevor sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau (SPD) und der Bonner Forschungsminister Riesenhuber (CDU) voraussichtlich am 16. August zu einem Gespräch über das Genehmigungsverfahren für den Schnellen Brüter (SNR 300) treffen, wird aus der SPD „Enttäuschung und Verbitterung" über die Kritik von Exminister Farthmann (SPD) am Milliarden-Projekt in Kalkar laut.

„Als in hohem Maße leichtfertig", schreibt Helmut Runge (SPD), stellvertretender Bürgermeister von Kalkar, an den „sehr geehrten Herrn Fraktionsvorsitzenden" Farthmann, „bewerte ich Ihre Aussage, daß technologisch hochqualifizierte Industriestaaten auf das Know-how der Brütertechnologie verzichten können." Spätestens, so Runge, wenn die 40-Prozent-Marke der Stromerzeugung aus Kernenergie in den Industriestaaten erreicht werde, sei eine Kartellbildung uranfördernder Staaten mit entsprechenden Preisdiktaten zu erwarten. Die Brütertechnologie sei „das geeignete Regulativ, um solchen Entwicklungen zu begegnen. Zur Energieversorgung gehört eben auch die Energiesicherung für die Zukunft."

Runge, der sich auf ein Interview Farthmanns bezieht, hat „mit Verwunderung" dessen Aussage zur Kenntnis genommen, die Inbetriebnahme des Brüters könne nur genehmigt werden, wenn die Entsorgungsfrage gelöst sei. Bereits die Erteilung der dritten und vierten Teilerrichtungsgenehmigung sei von dieser Frage abhängig gemacht worden. Die Entsorgung des SNR-300 sei durch einen Staatsvertrag mit Frankreich gesichert. Runge beklagt den „eklatanten Mangel an Hintergrundwissen". So habe Düsseldorfs Wirtschaftsminister Jochimsen (SPD) am 4. Juli in einem Fernsehinterview, auf diesen Vertrag angesprochen, erklärt: „Das ist mir neu, davon ist mir nichts bekannt, das werde ich genau prüfen."

Farthmann mache sich auch unglaubwürdig, wenn er heute beklage, daß der Brüter gar nicht brüten, also zusätzlichen Brennstoff erzeugen werde. Schon frühzeitig sei die Brutrate von 1,15 auf 0,95 gesenkt worden, um Plutoniumüberschüsse zu vermeiden. Farthmann sei damit einverstanden gewesen. Alle seit 1975 auf dieser Grundlage erteilten Genehmigungen hätten seiner Federführung unterlegen.

Riesenhuber hat kürzlich in einem Schreiben an die zuständigen Düsseldorfer Kollegen das Interesse der Bundesregierung betont, „daß die mit erheblichen öffentlichen Mitteln geförderten Prototyp-Reaktoren auch im Falle des SNR-300 durch vollständige Fertigstellung und Inbetriebnahme zum Erfolg geführt werden".

Der Minister erinnert an den „im Benehmen" mit der Düsseldorfer Landesregierung 1983 erstellten Bericht über „Stand und Aussichten der fortgeschrittenen Reaktorlinien Hochtemperaturreaktor und Brutreaktor". Wegen der wachsenden Bedeutung der Kernenergie für die Energieversorgung habe man beiden Projekten „ein beachtliches Potential" bescheinigt. Seit 1983 hätten sich die Voraussetzungen für die Bewertung „kaum – allenfalls positiv – geändert".

Die Argumente Riesenhubers lauten unter anderem: Die Kernenergie nutzenden deutschen Elektrizitätsversorgungsunternehmen hätten bereits „erhebliche Mittel" für die Planung des Nachfolgeprojekts SNR-2 bereitgestellt. Damit bestehe die Möglichkeit, die internationale Konvention für den SNR-2 zu nutzen, derzufolge über 50 Prozent der erforderlichen Mittel aus Frankreich, Italien, Belgien und den Niederlanden kommen würden.

Darüber hinaus sei das Interesse in den USA an einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik in jüngster Zeit „erheblich gewachsen". Auch Japan habe neuerdings mehr Interesse an einer stärkeren Anbindung an das Brüterprogramm gezeigt.

Wie berichtet, hatte Rau vor dem Treffen der Regierungschefs von Bund und Ländern Mitte Juni in einem Brief an den Bundeskanzler seine Bedenken zum Brüter unter anderem mit der ungelösten Entsorgungsfrage begründet. Diese Bedenken werden in Bonn nicht als stichhaltig angesehen.

GESCHEITERTE STAHLFUSION

Kohl und Albrecht weisen Vorwürfe entschieden zurück

dos./J.G./VWD, Bonn

Spekulationen, daß die aufgebene Fusion von Krupp, Klöckner und dem australischen Rohstoff-Konzern CRA an der ablehnenden Haltung von Bundeskanzler Kohl gescheitert sei, sind von der Bundesregierung nachdrücklich dementiert worden. Gegenüber VWD erklärte Regierungssprecher Norbert Schäfer: „Solche Behauptungen kann ich mit einem klaren „nein" beantworten." Tatsache sei, daß die Unternehmen der Bundesregierung keine prüfungsfähigen Unterlagen über ihr Fusionsvorhaben vorgelegt hätten.

Die niedersächsische Landesregierung wird auch in Zukunft alles tun, um den Stahlstandort Georgsmarienhütte zu erhalten. Ministerpräsident Ernst Albrecht erklärte in einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz, an der auch der Klöckner-Betriebsrat Sandkämper teilnahm, seine Regierung werde den bisher schon engen Kontakt zum Unternehmen noch intensivieren.

Albrecht verteidigte nachdrücklich den Standpunkt der Landesregierung. Es sei absurd, wenn von Politikern erwartet wird, öffentliche Mittel „dafür zu geben, daß der Standort dichtgemacht wird". Die Regierung sei sich darüber im klaren, daß sie gegenüber Georgsmarienhütte eine Mitverantwortung trägt. Er habe seinen ganzen Einfluß beim Bundeskanzler geltend gemacht, damit solange keine öffentlichen Mittel für die Fusion zur Verfügung gestellt werden, wie dieser Standort zur Disposition stand, erklärte Albrecht.

Nunmehr gehe es darum, Georgsmarienhütte auf sichere Füße zu stellen. Zu diesem Zweck soll in dem Werk eine neue Stranggießanlage installiert werden, die Investitionen von 70 Mill. DM erfordern. Mit der Inbetriebnahme dieser Anlage, die bis zu 30 Prozent mit Mitteln der öffentlichen Hand finanziert werden darf, würden zwischen 180 und 200 Beschäftigte überflüssig, erklärte Sandkämper und widersprach damit Veröffentlichungen, die von einem Abbau der Belegschaft um rund 700 auf dann 1700 Mitarbeiter berichteten. Die Hütte werde auch später deutlich mehr als 2000 Beschäftigte zählen. Zugleich werde sich nach der Inbetriebnahme der Stranggießanlage die betriebswirtschaftliche Situation verbessern.

Das Scheitern der Fusion sei um so bedauerlicher, sagte Jörg A. Henle als Aufsichtsratsvorsitzender der Klöckner-Werke AG in Duisburg, als anderswo in der EG-Stahlindustrie (wie jetzt gerade beim großen französisch/luxemburgischen Kooperationsplan der Konzerne Sacilor/Arbed) der Konzentrationsprozeß zu Großkonzernen „für die Bewältigung der 90er Jahre" weitergehe. Da deute sich eine mögliche „Umkehr der Fronten" an: Ruf nach Rückkehr zum freien EG-Stahlwettbewerb bei den anderen und Ruf nach weiterem dirigistischem Schutz bei den deutschen Privatunternehmen.

Henle zeigte Verständnis für die „Konfliktsituation" des Bundeskanzlers, dem er am letzten Donnerstag zusammen mit Krupp-Chef Wilhelm Scheider den fertigen Fusionsplan unter Hinweis auf die für die Partner unübersteigbare Niedersachsen-Hürde dargelegt hatte. Zumal nach der für die CDU verlorenen NRW-Landtagswahl vom 12. Mai („ein ganz entscheidendes Datum") habe in der Politik die kurzfristige Arbeitsplatzerhaltung eindeutig Vorrang vor Langfrist-Konzepten struktureller Stahlsanierung.

Ein kleinkariertes Ende

Von JOACHIM GEHLHOFF

Eine große Chance ist dahin. Mit nur dürftig kaschierter Schuldzuweisung vor allem an die Adresse der Bundesregierung haben die Stahlkonzerne Klöckner und Krupp gemeinsam mit Australiens Rohstoffriesen CRA bekanntgegeben, „aus Gründen, die außerhalb ihres Einflußbereichs liegen", die Bemühungen um die Fusion zur Stahlwerke Krupp-Klöckner GmbH „bis auf weiteres einzustellen". Das „allgemeine Umfeld" habe sich in einer Weise entwickelt, die den Partnern keine hinreichende Zuversicht gebe, „die für den Erfolg des Vorhabens notwendige allseitige Unterstützung zeitgerecht erreichen zu können".

Die Partner wollen jedoch nicht nur die Kontakte „untereinander" aufrechterhalten, sondern auch „mit den Stellen, mit denen sie wegen der Fusion in Verbindung stehen". Was immer hoffnungsvolle Gemüter aus solcher Formulierung noch an Positivem herauslesen möchten, – die strukturbessernde Großfusion in der deutschen Stahlindustrie, kombiniert mit der nicht alle Tage kommenden Chance, daß sich ein potenter Auslandspartner mit einem Kapitaleinschuß von 525 Millionen Mark als 35-Prozent-Eigentümer am Schicksal deutschen Stahlpotentials beteiligt, ist nun verpaßt.

Gescheitert ist die Fusion, nimmt man alles in allem, an einem simplen Tatbestand. Auch mit dem reichen Partner aus Übersee wäre das geplante Gebilde (5 Milliarden DM Schulden bei 1,5 Milliarden Eigenkapital und 10 Milliarden Umsatz) nicht stark genug gewesen, um über alle bisherige Stukturbereinigung hinaus noch erforderliche Aufwendungen von etwa einer dreiviertel Milliarde Mark für weitere Konzentration und Stillegung von Stahlkapazitäten auf die eigene Kappe zu nehmen.

Die nach dem Bonner Stahlhilfeprogramm mögliche „Strukturhilfe" in halber Höhe dieses Aufwands, mit zwei Dritteln aus der Bundeskasse und mit einem Drittel aus der jeweiligen Landeskasse zu zahlen, war unerläßlicher Bestandteil des Fusionskonzepts. Eine Stütze, die nach dem von den EG-Regierungen feierlich beschworenen Ende der Stahlsubventionslawine von bislang mehr als 100 Milliarden Mark aber bis Ende des Jahres unter Dach und Fach hätte sein müssen. Das gelang nicht wegen des schon viel zitierten „Webfehlers" im Bonner Stahlhilfeprogramm, der ein Drittel der öffentlichen Strukturhilfe einem Bundesland auch dann abverlangt, wenn dort nur Arbeitsplätze vernichtet werden, der Effekt der Strukturbesserung aber in anderen Bundesländern stattfindet. Exakt in dieser vertrackten Position (und mit der Landtagswahl 1986 vor der Tür) befand sich das CDU-geführte Land Niedersachsen.

An der kategorischen Weigerung aus Hannover, die von den Fusionspartnern geplante und 430 Millionen Mark teure Totalschließung der Klöckner-Georgsmarienhütte bei Osnabrück mit ihren 2000 Arbeitsplätzen auch noch mitfinanzieren zu sollen, ist das Fusionsprojekt nun nicht vorbeigekommen. Niedersachsens Weigerung blockierte automatisch auch den Bundesanteil. Und in der Bundesregierung fand sich kein energischer Mann, der den Beschwörungen und Vorschlägen der Fusionspartner zum (möglichen) Durchhauen dieses Gordischen Knotens ausreichend Gehör verschaffte.

Was übrigbleibt, ist das kleinkarierte Ende einer großen Fusionsidee im Partikularismus. Was folgen wird, läßt sich mühelos aus den Äußerungen der frustrierten Fusionspartner vorhersagen. Zwar wird die Georgsmarienhütte am Leben bleiben. Aber Klöckner wie Krupp werden nun im Alleingang ihr Stahlpotential mit oft um so härteren (lokalen) Konsequenzen weiterer Schlankheitskur unterwerfen.

Tröstlich bleibt angesichts des Scheiterns der Fusionsidee, daß beide Stahlkonzerne, dank passabler Stahlkonjunktur, jetzt schon mit Gewinn arbeiten. Weit führt der Trost jedoch nicht. In Europas Stahlindustrie, gewiß auf weitere zwei bis drei Jahre vom dirigistischen Quotenkorsett des EG-Krisenmanagements gestützt, dominieren heute schon (vorwiegend staatliche) Großkonzerne. Mit deren durch Riesensubventionen hochgepäppelter Finanzkraft muß auf eines Tages wieder freiem Stahlmarkt die privatwirtschaftlich organisierte deutsche Stahlindustrie konkurrieren. Man darf bezweifeln, ob sie das in ihrer heutigen Unternehmensstruktur schafft.

AUF EIN WORT

„Ich begrüße das klare Bekenntnis der Bundesregierung auf der Unctad-Registerkonferenz, nicht über internationale Registerkonventionen lenkend in die Märkte einzugreifen, sondern den deutschen Reedern die notwendige Flexibilität auch über den Einsatz von Schiffen unter fremden Flaggen zu erhalten."

John Henry de La Trobe, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Reeder (VDR), Hamburg FOTO: R. CLAUSEN

DIW: Rohölpreis fällt weiter

dpa/VWD, Berlin

Wegen des anhaltenden Überangebots an Rohöl dürften die Rohölpreise bis Ende der 80er Jahre auf 20 bis 25 Dollar je Barrel (ein Barrel = 159 Liter) fallen. Diese Auffassung vertritt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in seiner Untersuchung „Perspektiven der Ölpreisentwicklung". Seit nunmehr fünf Jahren befinden sich nach Angaben der Berliner Forscher die Spotpreise für Rohöl, gemessen in Dollar, im Abwärtstrend. Gegenwärtig kostet Rohöl je nach Sorte zwischen 26,50 und 28,65 Dollar. Trotz der Preissenkungen seien aber wegen des starken Dollar die Mineralölpreise in der Bundesrepublik seit 1980 gestiegen.

GATT

Dienstleistungsverkehr wird immer mehr zum Streitpunkt

VWD, Genf

Zahlreiche Mitgliedstaaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) sind grundsätzlich bereit, möglichst bald Vorbesprechungen über eine neue Gatt-Verhandlungsrunde aufzunehmen. Dies wurde anläßlich einer Sitzung der Beratungsgruppe der 18 des Gatt in Genf deutlich. In diesem Gremium, in dem 17 Staaten aller Regionen und die Europäische Gemeinschaft zu Worte kommen, sprachen sich die meisten Industrie- und Entwicklungsländer grundsätzlich für die baldige Einberufung eines Treffens hochrangiger handelspolitischer Beamter aus.

Diese Gruppe sollte im September oder Oktober erstmals in Genf zusammentreten. Als Kernfrage, von deren Lösung zunächst einmal die Einberufung der Vorbereitungsgruppe abzuhängen scheint, schält sich immer deutlicher die Behandlung des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs heraus.

Die USA und etwas weniger nachdrücklich die EG sprachen sich für die Einbeziehung dieser Frage in eine Gatt-Runde aus. Vor allem Indien und Brasilien mit Unterstützung von Ägypten brachten weiterhin ihre Bedenken gegenüber Dienstleistungsverhandlungen zum Ausdruck.

Das Gatt sei für den Dienstleistungsbereich weder rechtlich zuständig noch sei es in der Lage, über die grundsätzlich unterschiedlichen Handelsbereiche der Waren und Dienstleistungen gleichzeitig Verhandlungen zu führen. Die Beteiligten hoffen, daß der Gatt-Rat Mitte nächster Woche eine Einigung erreichen und über die Einberufung der Vorbereitungsgruppe entscheiden kann.

HWWA

Trotz Lohnkostenanstiegs bleibt Teuerung verhalten

JAN BRECH, Hamburg

Die Aussichten für einen anhaltend geringen Preisanstieg sind günstig. Wie das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Konjunkturbericht schreibt, werden die Preiserhöhungsspielräume auch künftig durch eine stabilitätsorientierte Geldpolitik und nur langsam zunehmende Nachfrage stark eingegrenzt. Preisstabilisierende Einflüsse gingen zudem von der Wechselkursentwicklung aus.

Ein Hindernis für weitere Fortschritte bei der Stabilisierung des Preisniveaus sieht das HWWA dagegen in der nun wieder ungünstigeren Entwicklung der Lohnstückkosten. Neue Kostenanstöße gingen von den in einer wachsenden Zahl von Branchen vereinbarten Verkürzungen der Wochenarbeitszeit mit Lohnausgleich aus. In der Metallindustrie etwa haben sich die Stundenlöhne ab April infolge der auf 38,5 Prozent verkürzten Wochenarbeitszeit und einer gleichzeitigen Tarifanhebung um 5,9 Prozent erhöht.

Alles in allem aber rechnet das HWWA damit, daß der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nur mäßig steigen und von kurzfristigen Schwankungen abgesehen auf dem Zwei-Prozent-Pfad bleiben wird. Gegen Jahresende dürfte die Teuerungsrate rund zwei Prozent betragen. Wegen der „Vorbelastung" mit den vorübergehend höheren Raten in den ersten Monaten dieses Jahres werden die Verbraucherpreise dagegen im Jahresdurchschnitt um 2,5 Prozent höher sein als im Vorjahr. Erst 1986 erwartet das HWWA einen Rückgang der Inflationsrate auf wieder 2 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

OAU fordert weitere Umschuldungen

Addis Abeba (dpa/VWD) – Die politischen Führer Afrikas wollen bei der am Mittwoch in Addis Abeba beginnenden Wirtschaftskonferenz der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) eine internationale Konferenz zur Lösung des Schuldenproblems des Kontinents vorschlagen. Zugleich werden in einem Vorbereitungspapier weitere Umschuldungen, neue Kredite für die wirtschaftlich angeschlagenen afrikanischen Staaten sowie eine Erhöhung der Liquidität von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) gefordert. Die Rückzahlungsdauer von Auslandskrediten solle auf mindestens 15 Jahre verlängert werden. Der jährliche Schuldendienst dürfe nicht 20 Prozent der Exporteinnahmen eines Jahres übersteigen.

Aktienkurse fallen

Frankfurt (dpa/VWD) – An den deutschen Aktienmärkten kam es gestern zu weiteren Kurseinbrüchen. In vielen Fällen überstiegen zwar die Tagesverluste die ohnehin starken Vortagsabschläge erheblich, dennoch schloß der Markt in den wichtigsten Bereichen um mehrere DM über Tagestiefststand. Marktbeobachter deuteten dies nicht als eine Wende, sondern sprachen von einer rein technisch bedingten Reaktion auf die vorangegangene Hausse. Der Rentenmarkt hielt sich besser als vorbörslich erwartet. Die Kurse der öffentlichen Anleihen lagen zwischen plus 0,30 und minus 0,15 DM verändert.

Dornier: Reuter gewählt

Friedrichshafen (dpa/vwd) – Auf der konstituierenden Aufsichtsratssitzung des Luft- und Raumfahrtunternehmens Dornier GmbH, Friedrichshafen, wurde wie erwartet Edzard Reuter, Finanzvorstand der Daimler-Benz AG, zum Vorsitzenden gewählt. Die Daimler-Benz AG hatte im Juni nach monatelangen Verhandlungen 65,5 Prozent an Dornier erworben. Claudius Dornier hält weiterhin 20 Prozent, sein Bruder Silvius 10,5 Prozent Anteile. Das Land Baden-Württemberg ist mit vier Prozent beteiligt. Der sechsköpfige Vorstand der Dornier GmbH wurde in seiner Zusammensetzung und den Funktionen bestätigt. Den Vorsitz hat Manfred Fischer.

Wachstum abgeschwächt

Paris (VWD) – Das Wachstum des französischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird sich 1985 auf eine durchschnittliche Jahresrate von real 0,8 Prozent abschwächen nach einem Anstieg um 1,5 Prozent im Vorjahr. Dies geht aus einer vom Statistischen Institut veröffentlichten Studie hervor, deren Ergebnis damit deutlich von der Prognose des Wirtschaftsministeriums abweicht, das eine Wachstumsrate von 1,5 Prozent erwartet.

BAG zum Sozialplan

Kassel (dpa/VWD) – Ein Konkursverwalter, der ohne einen sogenannten Interessenausgleich mit den Arbeitnehmern einen Betrieb stillegt, muß ihnen einen Nachteilsausgleich zahlen. Das hat der 1. Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Kassel in Anwendung von Paragraph 113 des Betriebsverfassungsgesetzes entschieden. Der Nachteilsausgleich gehört nach dem Urteil zur sogenannten Masseschuld, ist also vollständig und ohne Anwendung der konkursrechtlichen Bestimmungen auszuzahlen (AZ: 1 AZR 176/82). In dem Fall war ein Konkursverwalter von zwei entlassenen Arbeitnehmern verklagt worden, weil kein Sozialplan zustande gekommen war. Nach den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes kann ein Arbeitgeber, wie im Sonderfall auch der Konkursverwalter, zur Zahlung eines Nachteilsausgleichs herangezogen werden, wenn er eine Betriebsstillegung veranlaßt, ohne mit dem Betriebsrat einen Interessenausgleich versucht zu haben.

Bulgarischer Westkredit

London (AFP) – Die bulgarische Bank für Außenhandel unterzeichnete in Sofia ein Abkommen für einen mittelfristigen Euro-Kredit über 200 Mill. Dollar. Dies gab die britische Großbank National Westminster (Natwest) in London bekannt. Damit nahm Bulgarien erstmals seit 1979 wieder einen westlichen Kredit in Anspruch. Der Kredit über 7 Jahre ist mit einem Zinssaatz von 0,375 Prozent über Libor in den ersten 4 Jahren und 0,5 Prozent über Libor für die restlichen 3 Jahre ausgestattet.

Milchlieferung gesunken

Bonn (AP) – Die Bauern in der Europäischen Gemeinschaft haben im Milchwirtschaftsjahr 1984/85, das am 31. März 1985 zu Ende ging, 5,1 Prozent weniger Milch als im Vorjahr geliefert. Wie das Landwirtschaftsministerium in Bonn mitteilte, wurden in der EG insgesamt 99,14 Mill. Tonnen produziert. Die von der EG-Kommisison festgesetzte Produktions-Obergrenze wurde damit um 215 000 Tonnen oder 0,2 Prozentpunkte unterschritten. In der Bundesrepublik wurde die EG-Garantiemenge um 0,1 Prozent unterschritten. Wie ein Sprecher des Bonner Ministeriums ergänzend mitteilte, lagerten Ende Juni 1985 in den Kühlhäusern der Gemeinschaft 1,06 Mill. Tonnen Butter (Vorjahr: 1,13 Mill. Tonnen).

Brasilien: Ziel verfehlt

São Paulo (VWD) – Einen Überschuß von 5,483 Mrd. Dollar weist Brasiliens Handelsbilanz für das erste Halbjahr 1985 aus. Das zusammen mit dem IWF gesteckte Ziel von 5,85 Mrd. Dollar wurde damit nicht erreicht. Finanzexperten erwarten jedoch für die zweite Hälfte dieses Jahres eine Verbesserung des Außenhandels.

Wochenausweis

	7.7.	30.6.	7.6.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	61,6	56,4	60,8
Kredite an Banken	102,1	103,8	100,6
Wertpapiere	3,7	3,7	3,8
Bargeldumlauf	110,8	108,8	108,8
Einl. v. Banken	48,4	49,4	50,5
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,3	5,7	1,1

HANDEL

Verbraucherpreise werden sich nur geringfügig erhöhen

dpa/VWD, Frankfurt

Die Verbraucher können für das zweite Halbjahr 1985 mit nur mäßigen Preiserhöhungen in der Größenordnung von zwei Prozent rechnen. Dies ergibt sich aus den Einkaufspreisen des Einzelhandels für diesen Zeitraum, die sich im Durchschnitt nur um zwei bis drei Prozent verteuern. Diese Steigerungsrate sei etwas niedriger als in den drei zurückliegenden Halbjahren, berichtete der Vizepräsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG), Theodor Althoff, gestern in Frankfurt.

Deutlich schneller als im Durchschnitt steigen die Preise für Pelze und Lederbekleidung. Im Einkauf waren diese Produkte um zehn Prozent teurer als vor Jahresfrist. Über dem allgemeinen Trend liegen auch die Preisanhebungen für Textilien, Bekleidung und Schuhe mit Aufschlägen von drei bis vier Prozent.

Erhebliche Verbilligungen stehen dagegen bei elektronischen Erzeugnissen wie Kleincomputern, Taschenrechnern, Elektrospielen und Digitaluhren an. Günstig verläuft die Preiskurve auch bei Nahrungs- und Genußmitteln mit Zuwächsen von 1,5 bis 2,5 Prozent. Allerdings wird es im September zu Preisanhebungen für Zigaretten kommen, die von der Industrie bereits angekündigt wurden.

Der Sommerschlußverkauf dürfte für die Verbraucher wieder attraktiv werden, berichtet die BAG, der 700 Unternehmen mit einem Umsatz von 44 Milliarden Mark angehören. Im ersten Halbjahr sei ein unerwartet schwaches nominales Wachstum von 0,5 Prozent erzielt worden. Für das zweite Halbjahr sei die Branche optimistisch.

STAHLSTREIT USA–EG / Die Bundesregierung richtet sich auf Zuspitzung ein

Bonn nennt Forderungen indiskutabel

dpa/VWD, Brüssel

Die USA und die EG haben in Brüssel einen neuen Anlauf unternommen, den drohenden Stahlstreit zu vermeiden. Alle bisherigen Versuche, sich auf eine von den Amerikanern geforderte Mengenbeschränkung bei denjenigen Stahlerzeugnissen zu einigen, die im Abkommen von 1982 unter die „Konsultationsklausel" fallen, blieben ohne Erfolg.

Die USA hatten im Mai zwischen dem Massenstahlabkommen, das Ende dieses Jahres ausläuft, und dem Röhrenabkommen vom Januar eine Verbindung hergestellt. Danach soll die EG bei den Konsultationsprodukten einlenken als Entgegenkommen für die Bereitschaft der USA, den Europäern die Einfuhr von bis zu 100 000 Tonnen Stahlrohre für die All American Pipeline zu gewähren. Sollte bis zum 15. Juli keine Einigung in diesem Konflikt erreicht werden, haben die USA der Gemeinschaft „geeignete Maßnahmen" angedroht.

Die Bundesregierung stellt sich offenbar auf eine Zuspitzung im Stahlstreit mit den USA ein. Wie Deutsche EG-Diplomaten am Rande der europäisch-amerikanischen Verhandlungen in Brüssel erklärten, ist Bonn trotz des bis zum Montag befristeten US-Ultimatums nicht bereit, auf die „völlig indiskutablen" Forderungen Washingtons einzugehen.

Die Bundesregierung ziehe es vor, die von den Amerikanern angedrohten einseitigen Maßnahmen mit den entsprechenden Konsequenzen für die transatlantischen Handelsbeziehungen in Kauf zu nehmen.

Bereits im Frühjahr hatte die Reagan-Administration deutlich gemacht, daß sie von der Gemeinschaft eine Ausdehnung des seit 1982 geltenden Massenstahlabkommens auf weitere Erzeugnisse fordert. Dabei handelt es sich um die sogenannten Konsultationserzeugnisse, die nach den Abkommen lediglich statistisch erfaßt werden, bisher jedoch keiner Mengenbeschränkung unterworfen sind. Während die Gemeinschaft offenbar bereit ist, bis zu acht Produkte dieser Zusatzliste in das Abkommen aufzunehmen, ist der Zeitpunkt einer solchen Korrektur heftig umstritten.

Während Washington eine zum 1. Januar dieses Jahres rückwirkende Änderung fordert, bestehen die EG-Länder angesichts der im bisherigen Jahresverlauf gestiegen Lieferungen auf einer Übergangsfrist. Als „nahezu unüberbrückbar" wurden auch die Positionen bei der dabei zu wählenden Referenzzeit zur Berechnung der Lieferquoten bezeichnet.

Die USA haben bisher das Jahr 1981 als Bezugsperiode angeboten, als die EG-Lieferungen bei den Konsultationsprodukten noch erheblich niedriger lagen. Die „Zehn" fordern dagegen 1984 als Referenzjahr.

MTU / Geringere Gewinnerwartungen in diesem Jahr

Auftragsloch ist nicht so tief

DANKWARD SEITZ, München

Keinerlei Auswirkungen wird die 100prozentige Übernahme der MTU Motoren- und Turbinen-Union München GmbH durch den Stuttgarter Automobilkonzern Daimler-Benz auf die weitere Unternehmensentwicklung dieses international renommierten Triebwerk-Herstellers haben. Davon zeigte sich Hans Dinger, Nachfolger des im Frühjahr 1985 ermordeten Vorsitzenden der Geschäftsführung Ernst Zimmermann, vor der Presse in München vollkommen überzeugt. *Daimler-Benz sei ja nicht neu* bei MTU eingestiegen, sondern schon seit über 15 Jahren mit 50 Prozent an dem Unternehmen beteiligt gewesen.

Zu befürchten sei auch nicht, so Dinger, daß Daimler-Benz die Selbständigkeit von MTU beschneiden werde. Vielmehr werde die notwendige Freiheit anerkannt. Man werde nur erwarten, daß „wir erfolgreich sind". Schon daß kein Ergebnisabführungsvertrag mehr bestehe, zeige, daß Daimler-Benz nicht kurzfristig viel an MTU verdienen will, sondern an einem langfristig gesunden Unternehmen interessiert sei.

Auch eine stärkere Verzahnung mit Dornier, die ebenfalls von Daimler-Benz in jüngster Zeit übernommen wurde, schloß Dinger aus. Denn MTU müsse seine Positionen wahren, mit allen Flugzeugherstellern gleichermaßen zusammenarbeiten zu können. Aus diesem Grunde sei es auch nicht sinnvoll, wenn sich MTU nun ausschließlich auf den Bau von Großtriebwerken konzentriere. Da Konkurrenz das Geschäft belebe, sei man froh, daß Dornier nun aus den Turbulenzen heraus sei.

Zuversichtlicher als vor zwei Jahren noch beurteilte Dinger die Aussichten für MTU in den 80er Jahren. Entgegen früheren Befürchtungen zeichne sich inzwischen ab, daß das Auftragsloch durch das Auslaufen des Triebwerkprogramms für das Kampfflugzeug „Tornado" doch nicht so stark ausfallen werde. Nach den derzeitigen Erkenntnissen könne man davon ausgehen, daß MTU das erreichte Umsatzniveau von 2 Mrd. DM zumindest halten dürfte. 1984 setzte die Gruppe 2,15 Mrd. DM (minus 1,3 Prozent) um. Davon entfielen 1,14 Mrd. DM (plus 10,4 Prozent) auf MTU München – hier ist der Triebwerksbau konzentriert – und 1,01 Mrd. DM (minus 11,8 Prozent) auf MTU Friedrichshafen.

Der Grund für die günstigere Beurteilung der nächsten Jahre ist neben der inzwischen spürbaren leichten Belebung des Weltmarktes bei *kommerziellen Flugzeugen die zunehmende* Bedeutung des zivilen MTU-Triebwerksbaus, der 1984 schon 20 (16,3) Prozent zum Umsatz von MTU München beisteuerte und bis Ende dieses Jahrzehnts auf einen Anteil von über 50 Prozent kommen soll. Große Hoffnungen setzt man dabei unter anderem auf das Triebwerk V 2500 für den Airbus A 320. Auch dürfte die jüngste Entscheidung der Lufthansa für den Airbus, der Dinger Signalwirkung beimißt, ein Volumen von rund 100 Stück bringen.

Für 1985 erwartet Dinger, daß die MTU ihren Gruppenumsatz um über 13 Prozent auf 2,44 Mrd. DM steigern kann, nachdem man in das Jahr mit einem Auftragsbestand von 3,77 (3,41) Mrd. DM gegangen ist. Daran teilhaben sollen München mit 1,28 Mrd. DM (plus 12 Prozent) und Friedrichshafen mit 1,16 Mrd. DM (plus 15 Prozent). Die Zuversicht richtet sich dabei vor allem auf das zweite Halbjahr, denn für die ersten fünf Monate ergab sich noch ein leichtes Minus von 1,6 Prozent auf 873,3 Mill. DM, wovon auf München 438,9 Mill. DM (plus 9,9 Prozent) und Friedrichshafen 434,4 Mill. DM (minus 11 Prozent) entfielen.

Beim Ergebnis hält Dinger dagegen „Schwankungen nach unten für durchaus möglich" bei dem sehr hohen eigenen Entwicklungsaufwand von voraussichtlich 142 (94 nach 54) Mill. DM. Als „schon außergewöhnlich hoch" bezeichnet er den 84er Gewinn nach Steuern von 29,3 (11,1) Mill. DM.

NESTLE / Besser abgeschnitten als der Durchschnitt der Nahrungsmittelbranche

Umsatz-Schub durch Familienzuwachs

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Auch 1985 schickt sich die Nestlé-Gruppe Deutschland GmbH, Frankfurt, wieder an, besser abzuschneiden als der Gesamtdurchschnitt der Nahrungsmittelbranche. Zwar stammt ihr Umsatzplus von 14 Prozent auf 1,5 Mrd. DM bis Ende Mai zu einem wesentlichen Teil aus der Eingliederung der Neuerwerbungen Glücksklee und Lünebest im Gefolge der Übernahme des US-Konzerns Carnation durch die Schweizer Nestlé-Gruppe.

Doch auch der „hausgemachte" Zuwachs von 4 Prozent hebt sich deutlich von den 1,6 Prozent der Branche (bis Ende April) ab. Für das Gesamtjahr steht ein Umsatz von 3,8 bis 3,9 Mrd. DM auf dem Plan, 10 bis 14 Prozent mehr als im Vorjahr.

Im vergangenen Jahr haben die deutschen Nestlé-Ableger ihren konsolidierten Umsatz um knapp 3 Prozent (und auch damit real um einen Prozentpunkt besser als die Branche) auf 3,47 (3,37) Mrd. DM gesteigert. Dabei schnitt der kleinste Bereich, die Blaue Quellen AG (Getränke) mit einem Wachstum um fast 6 Prozent auf 312 (295) Mill. DM am besten ab.

Ihr folgte die neu formierte Nestlé Maggi GmbH (Nestlé Erzeugnisse, Maggi, Sarotti, Chambourcy, Deutsche Libby) mit plus 3,4 Prozent auf 1,7 (1,65) Mrd. DM. Die Allgäuer Alpenmilch AG kam wegen der Probleme im Kondensmilchmarkt nur auf einen Zuwachs um 1,4 Prozent auf 1,45 (1,43) Mrd. DM.

Obwohl der wichtigste Kostenblock – Rohstoffe (besonders stark: Kakao, Kaffee) und Verpackung (Weißblech) – um 5,3 Prozent auf 1,5 Mrd. DM anschwoll und Preiserhöhungen nur „unzureichend möglich waren, sorgten Wachstum und Rationalisierung wieder für ein „zufriedenstellendes betriebliches Ergebnis". Ohne außerordentliche Einflüsse wurde das Vorjahresergebnis sogar übertroffen.

Durch erhöhte Rückstellungen (vor allem für Vorruhestands-Zahlungen und Jubiläumsgelder) ging aber der ausgewiesene Jahresüberschuß um 15 Prozent auf 66 (78) Mill. DM zurück. Für 1985 wird wieder das Niveau von 1983 angepeilt.

Trotz des immer noch ordentlichen Gewinns schrumpfte die Eigenkapital-Quote auf 32,4 (40) Prozent. Der Grund: Die neuen Beteiligungen – im wesentlichen am Münchner Kaffeeröster Dallmayr (50 Prozent) und am Fleischwarenhersteller Herta AG (26 Prozent) – wurden „aus der eigenen Tasche" bestritten. Ob sich die Quote durch die 1985 fälligen Zahlungen für die Carnation-Töchter weiter abschwächt, läßt Nestlés Deutschland-Chef Gerhard Rüschen einstweilen noch offen.

Das Investitionsvolumen, das sich 1984 mit 116 (115) Mill. DM kaum verändert hat, soll auch in diesem Jahr bei 110 bis 115 Mill. DM gehalten werden. Die Belegschaft der deutschen Gruppe, 1984 um 2 Prozent auf 11 520 Mitarbeiter geschrumpft, wurde im ersten Halbjahr 1985 um ein weiteres Prozent reduziert.

Arbed und Unimetal wollen kooperieren

VWD, Paris

Der Luxemburgische Stahlkonzern Arbed und die hoch verschuldeten französischen Staatsgruppen Usinor und Sacilor wollen ab 1986 im Profilbereich zusammenarbeiten. Wie Sprecher der Unternehmen bestätigten, haben Arbed und Unimetal, die gemeinsame Profiltochter von Usinor und Sacilor, eine entsprechende Absichtserklärung vereinbart. Innerhalb von sechs Monaten soll ein definitiver Vertrag unterzeichnet werden. Bei der EG-Kommission in Brüssel wurde das französisch-luxemburgische Vorhaben ausdrücklich befürwortet. Vor allem auf französischer Seite dürften damit nach Einschätzung der EG-Experten umfangreiche Stillegungen verbunden sein.

RWE löst Gesellschaft auf

dpa/VWD, Essen

Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE) wird die 1970 von ihr gegründete Gesellschaft für Elektrischen Straßenverkehr (GES) in den kommenden Monaten „aus Rationalisierungsgründen" auflösen. In einer RWE-Mitteilung heißt es, das Tochterunternehmen habe die ihm gestellten Aufgaben „weitestgehend gelöst". Zu diesen Aufgaben zählten laut RWE insbesondere die Entwicklung von Elektrostraßenfahrzeugen mit der zugehörigen Versorgungsinfrastruktur für Ballungsgebiete sowie deren Erprobung. Die künftigen Aktivitäten in diesem Bereich werden den Angaben zufolge auf eine Arbeitsgruppe „Elektrostraßenfahrzeug (ESF)" übertragen.

Toyota errichtet Werk in den USA

dpa/VWD, New York

Der größte japanische Automobilhersteller, die Toyota Motor Corp., will für 500 Mill. Dollar ein eigenes Werk in den USA bauen. Dort soll das Mittelklassemodell Camry gefertigt werden und 1988 vom Band laufen. Die Entscheidung wird nach Informationen Detroiter Automobilkreise im Oktober bekanntgegeben. Die Standortfrage ist noch ungeklärt. Mit der eigenen Fertigung würde Toyota dem Selbstbeschränkungsabkommen mit der amerikanischen Regierung ausweichen, nach dem Einfuhren von Mittelklassewagen und großräumigen Modellen begrenzt sind. Mehrere andere japanische Hersteller haben in den USA bereits Produktionsbasen eingerichtet.

VDO / Konzern ist auf weiteres Wachstum getrimmt

Mehr Technik für jedes Auto

JOACHIM WEBER, Schwalbach

Die VDO Adolf Schindling AG, Schwalbach, will 1985 ihren Konzernumsatz um etwa 12 Prozent auf 1,35 Mrd. DM steigern. Damit soll das Wachstumstempo des ersten Halbjahrs – bereinigt um die Streiklücken des Vorjahres wuchs der Umsatz um 12 Prozent auf 705 Mill. DM – auch im Gesamtjahr durchgehalten werden.

Auf Wachstum getrimmt sind auch die Investitionen. Nach den 99 (66) Mill. DM – bei 71 (45) Mill. DM Abschreibungen – des Vorjahrs sind für *1985 zwischen 115 und 120 Mill. DM* geplant. Sie werden überwiegend in die Produktionsanlagen fließen, aber auch Forschung und Entwicklung sowie die Qualitätssicherung sind nennenswert am Budget beteiligt. Die Zahl der Konzernbeschäftigten, schon 1984 auf 10 640 (9740) angehoben, nahm bis Ende Juni um 300 zu.

Mit dem Jahr 1984 ist die VDO-Spitze trotz des für die Autoindustrie schwierigen Streik-Jahres – von der der Instrumentenhersteller mit rund 80 Prozent seiner Umsätze abhängt – durchaus zufrieden. Die Umsatzsteigerung um 13 Prozent auf 1,2 (1,07) Mrd. DM zeige, daß der Aufholkampf durchaus gewonnen worden sei, meint Vorstandschef Ulrich Wöhr.

Der leichte Rückgang des Jahresüberschusses auf 18,7 (19,7) Mill. DM ist zum Teil auf die erhöhten Kosten (z.B. für Überstunden) der Aufholbemühungen zurückzuführen. Wesentlich dazu beigetragen hat aber auch der auf 56 (38) Mill. DM erhöhte Steueraufwand, der teilweise – wegen einer laufenden Betriebsprüfung – zunächst in den Rückstellungen gegengebucht wurde. Hieraus erklärt sich auch das Anschwellen der Rückstellungen auf 126 (95) Mill. DM.

Zu deutlichen Ergebnisverbesserungen kam es in den Problembereichen Luftfahrt-Instrumente (Umsatz-*anteil 7 Prozent) und sowie Meßtech*nik (9 Prozent). Beide wuchsen 1984 weit über Durchschnitt (Luftfahrt: plus 21 Prozent, Meßtechnik: plus 25 Prozent), und die Flugzeugausstatter kamen sogar in die schwarzen Zahlen. Der Trend hat sich auch 1985 fortgesetzt.

Während das Autogeschäft in den ersten Monaten mehr oder minder stagnierte, nahmen die Auftragseingänge der Nichtautobereiche – zu denen auch noch das 1984 ausgegliederte Marine-Gschäft zählt – deutlich zu. Expansionschancen sieht Wöhr in der regionalen Ausdehnung (zum Beispiel auf dem US-Markt, der in diesem Jahr bereits einen Umsatz von 26 bis 27 Mill. Dollar bringen soll) und darin „immer mehr Technik für das einzelne Auto" anzubieten.

NAMEN

Gerhard Herber, Ministerialrat a. D. und ehemaliger Geschäftsführer der Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten, Essen, feiert am 12. Juli den 75. Geburtstag.

Klaus Schulze wurde zum 1. August als Vorstandsmitglied der Migros Bank AG, Düsseldorf, bestellt.

Hellmut-Peter Clauss, Leiter der Presseabteilung der Adam Opel AG, hat den Vorstand des Unternehmens aus persönlichen Gründen gebeten, ihn von dieser Aufgabe freizustellen und nach 17jähriger Tätigkeit in dieser Funktion mit anderen Aufgaben zu betrauen. Bis über eine Nachfolge entschieden ist, wird er in dieser Funktion bleiben und auch danach als einer der autorisierten Unternehmenssprecher zur Verfügung stehen.

Norbert Braun, bisher Mitglied der Geschäftsleitung der ABC Privat- und Wirtschaftsbank GmbH, Köln, ist zum 1. Juli als weiterer persönlich haftender Gesellschafter in die Gallinat-Bank KG, Essen, eingetreten.





HOCHTIEF-HV / Hilfen der Bundesregierung begrüßt

Zur Anpassung gezwungen

dpa/VWD, Essen

Aufgrund der anhaltend schwachen Baukonjunktur ist auch bei der Hochtief AG, Essen, Deutschlands zweitgrößtem Bauunternehmen, „eine Anpassung an die Lage des Marktes unerläßlich". Dies betonte Vorstandsvorsitzender Enno Vocke vor der Hauptversammlung. Im Inland erwartet er für 1985 zwar eine Bauleistung in Vorjahreshöhe (rund 3 Mrd. DM), aber in der zweiten Jahreshälfte sinkende Auftragseingänge und geringere Erträge, zumal die Kostensteigerungen nicht voll in den Preisen weitergegeben werden könnten.

Vocke beklagte unter anderem die „Schattenwirtschaft", die in ihrem Umfang längst die normale Bau-Nachbarschaftshilfe übertreffe „und sich zu einem Markt entwickelt, der von Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben lebt und wächst". Im Wohnungsbau wird die Krise nach Ansicht des Hochtief-Chefs länger andauern. Die von der Bundesregierung beschlossenen oder beabsichtigten Hilfen seien zu begrüßen, würden aber in diesem Jahr kaum mehr eine spürbare Mehrbeschäftigung der Bauwirtschaft bewirken.

Die für den Herbst 1985 bei der Tochter Streif AG beschlossene Stillegung der Fertigungsstätte Losheim begründete Vocke mit sinkendem Fertighausabsatz. Auf diesem Markt wirke sich das hohe Angebot an leerstehenden Häusern und Wohnungen „zunehmend negativ" aus.

Angesichts der Gesamtlage hat der Hochtief-Konzern nach Darstellung Vockes in der ersten Hälfte 1985 noch relativ gut abgeschnitten. Im Inland erreichte die überwiegend im Wirtschaftsbau erzielte Bauleistung mit 1,41 Mrd. DM den Vorjahreswert. Die Bestellungen nahmen um 5,4 Prozent auf 1,61 Mrd. DM zu, der Auftragsbestand lag jedoch Ende Juni mit 2,37 Mrd. DM unter dem von 1984.

Auch im Ausland ist nach dem Bericht des Konzernchefs die Lage bei scharfem Wettbewerb „weiterhin sehr schwierig". Hochtief konnte dort jedoch in der ersten Jahreshälfte die Bauleistung „deutlich" auf 1,08 Mrd. DM steigern. Die Bestellungen erhöhten sich um 5,3 Prozent auf 1,03 Mrd. DM, der Auftragsbestand war Ende Juni mit 2,29 Mrd. DM um 12,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

RHEINMETALL / „An WMF halten wir fest" – Ministererlaubnis wird beantragt – Bald kommt die „Panzerlücke"

Der Konzern lebt nicht mehr von Kanonen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Vor einem halben Jahrzehnt noch zu vier Fünfteln eine „Rüstungsaktie", repräsentiere die Aktie der Holding Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf/Berlin, inzwischen den Anteil an einem Konzern mit „ausgewogener Struktur" dominierenden Zivilgeschäfts und an einer nun echten Publikumsgesellschaft. Dieses Fazit zieht Vorstandsvorsitzender Hans U. Brauner aus dem zur Berliner Hauptversammlung am 21. August vorgelegten Abschluß 1984.

Ein Abschluß, der als Resultat der Herbst-Emission von 45 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien (mit 290 Prozent Agio) die Zahl der Aktionäre auf etwa 15 000 (6000) erhöhte, darunter (erstmals) 4500 Belegschaftsaktionäre, während das Stammaktienkapital von 90 Mill. DM weiterhin zu 78 Prozent bei der Röchling-Familiengruppe und wohl immer noch mit circa 10 Prozent beim „Wehrtechnik-Konkurrenten" Diehl-Gruppe liegt.

Der verbesserte Ertrag, der für 1984 der Holding trotz nochmals beträchtlicher Sonderlasten aus strukturbessernder Konzentration zumal im Maschinenbaubereich des Konzerns glatt die Beibehaltung der bisherigen Spitzendividende von 7,50 DM (mit halber Gewinnberechtigung der jungen Aktien) erlaubte, wird sich nach Brauners Prognose auch 1985 bei vermutlich abermals 4 Prozent Weltumsatzplus und Investitionen in Vorjahreshöhe weiter verbessern.

Am schwächsten zwar wohl weiterhin bei der 1978 erworbenen Mehrheitsbeteiligung WMF – Württembergische Metallwarenfabrik AG, die für 1984 ihre Dividende auf 4 (6) DM senken mußte, auch jetzt noch „branchentypisch" unter der flauen Konsumkonjunktur leidet und darauf erneut mit („leichter") Personalanpassung reagieren muß.

Aber solche Trübung der einstigen WMF-Perle irritiert den Holding-Vorstand nicht, mit Ausschöpfung aller Mittel gegen das am 25. Juni vom Bundesgerichtshof bestätigte Verdikt des Bundeskartellamts über diesen Mehrheitserwerb an WMF festzuhalten. Nach Vorliegen der BGH-Urteilsbegründung werde man beim Bundeswirtschaftsminister die Ausnahmegenehmigung beantragen, um die drohende Entflechtung einer unverändert als sinnvoll und segensreich empfundenen Rheinmetall-Konzernstruktur abzuwenden. Was man da an Argumenten und Aussichten hat, verrät der Vorstand noch nicht.

Deutlicher kündigt er an, daß der Wehrtechnik-Bereich ab 1987 in eine Durststrecke kommen könnte, da dort das Glanzstück, die „Waffensystem"-Fertigung mit der weltweit begehrten 120-mm-Glattrohrkanone für den Panzer Leopard 2, dann ausläuft und kompensierende Großaufträge (etwa die 1,3 Mrd. DM teure Umrüstung der 2500 Bundeswehr-Panzer Leo 1 von 105-mm-Kanone auf 120-mm-Kanone) vorerst nicht ins Haus stehen.

Um so notwendiger sei der „hausinterne" Risikoausgleich sowohl durch die konsequent aufgebaute (Jagenberg-) Maschinenbaugruppe als auch durch die WMF-Gruppe. Auch Firmen-Akquisitionen zumal im Maschinenbaubereich schließt der Vorstand da nicht aus. Im Cash-flow wie auch in dem dank Kapitalerhöhung auf 23,4 (15,9) Prozent verbesserten Anteil der 440 (258) Mill. DM Eigenmittel am Konzern-Bilanzvolumen (ohne Anzahlungen) hat der Konzern für solche Expansion durch Zukauf ausreichend Potential. Konkrete Kaufpläne jedoch gibt es derzeit nicht.

Dafür aber einen aktuell drückenden Kummer: Im Großraum Düsseldorf suche man seit Wochen mit Anzeigenkampagnen vorgebens 50 Metall-Facharbeiter. Notgedrungen helfe man sich mit mehr Überstunden, fremden Zeitarbeitskräften und vermehrter Auftragsvergabe an Unterlieferanten.

Rheinmetall ¹)	1984	± %
Umsatz (Mill. DM)	2 639	+ 4,0
dav. Maschinenbau	1 023	+ 6,1
Wehrtechnik	981	+ 4,4
Gebrauchsgüter (WMF)	635	± 0
Auslandsanteil (%)	43,5	(40,8)
Auftragseingang	3 231	+ 31,2
Beschäftigte	14 372	- 3,5
Sachinvestitionen	119	+ 21,0
Abschreibungen	92	- 5,3
Cash flow ²)	153	- 7,3
Nettoergebnis ³)	57,8	+ 6,6
Jahresüberschuß	45,1	+ 26,4
dto. bei Holding	22,3	+ 19,7
dav. Ausschüttung	17,3	+ 28,3

¹) Weltabschluß; ²) Nach Steuern und vor Ausschüttung; ³) Nach DVFA-Formel 21,39 (20,08) DM je Aktie jeweils auf Basis des neuen Aktienkapitals und ohne Zurechnung der Anteile Konzernfremder.

NATTERMANN

Hohes Umsatzplus im Ausland

dpa/VWD, Köln

Der Nattermann Konzern hat 1984 einen konsolidierten Weltumsatz von 462,4 Mill. DM erzielt, 4,6 Prozent mehr als 1983. Daran hatten insbesondere die Tochtergesellschaften in Italien, Spanien, der Schweiz und Indonesien starken Anteil, die alle zweistellige Zuwachsraten erzielten, so der Vorsitzende der Zentralgeschäftsführung, Martin Mohs, bei der Vorstellung des Geschäftsberichts.

Die Nattermann-Gruppe, Köln, konnte 1984 ihren Umsatz erstmals nach drei Jahren wieder steigern. Das Pharmaunternehmen setzte mit 296,9 Mill. DM 4,2 Prozent mehr um als 1983. Dabei entfiel auf das inländische Pharmageschäft nur ein bescheidenes Wachstum von einem Prozent (197,7 Mill. DM), der Anteil der Exporterlöse am Umsatz übertraf das Vorjahr mit 74,3 Mill. DM um knapp vier Prozent. Sehr erfreulich sei das Geschäft im Bereich der Chemie und des Grundstoffhandels gelaufen, so Mohs. Hier habe der Umsatz von 25 Mill. DM das Vorjahresergebnis um fast 45 Prozent übertroffen. Dementsprechend solle insbesondere die Forschung im Bereich der Chemie ausgeweitet werden.

Schwierigkeiten hatte Nattermann insbesondere mit dem Bereich der freiverkäuflichen Arzneimittel, die nicht von den Ärzten verordnet wurden. Hier seien nicht die gewünschten Umsätze erzielt worden. Zusätzliche Belastungen habe es weiter auch durch re-importierte Medikamente gegeben, so der Nattermann-Chef. Dieser Trend werde wohl auch in diesem Jahr anhalten. Der bisherige Jahresverlauf lasse erwarten, daß im Inland erneut ein geringerer Umsatz als im Ausland erreicht werde. Insgesamt sei mit einem bescheidenen Wachstum zu rechnen. Der Konzern strebt ein Überschreiten der Umsatzgrenze von 500 Millionen DM an.

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

Sonderkredite verbilligt

dpa/VWD, Frankfurt

Eine rege Kreditnachfrage spürt die Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt. Wie Vorstandsmitglied Günter W. Seidel bei der Vorlage der Bilanz in Frankfurt betonte, hat die Bank in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gut 4800 mittel- und langfristige Kredite von zusammen 1,8 Mrd. DM neu zugesagt. Ein Viertel dieses Volumens entfiel auf hauseigene Sonderprogramme, die damit um 12 Prozent stärker in Anspruch genommen wurden als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Im Zuge des sinkenden Zinstrends will auch die Rentenbank ihre Kredite um ein halbes Prozent verbilligen. Je nach Laufzeit sollen die Effektivzinsen für die Sonderkredite auf 6,25 bis 6,75 Prozent sinken. Seit Jahresbeginn können junge Landwirte, die sich selbständig machen wollen, bei der Rentenbank bereits um 0,75 Prozentpunkte ermäßigte Kredite bekommen. Bis Ende Juni wurden aus diesem Programm 3860 Kredite über 248 Mill. DM zugesagt. Unter den einzelnen Landwirtschaftszweigen richtet sich das Interesse der deutschen Bauern nach Angaben der Frankfurter Agrarexperten verstärkt auf die Schweine- und Bullenzucht. Dagegen sei seit der neuen Milchquoten-Regelung der EG im Milchbereich eine stärkere Zurückhaltung zu erkennen.

Die Landwirtschaftliche Rentenbank, die 1949 als zentrales Refinanzierungsinstitut für die Land- und Ernährungswirtschaft gegründet wurde und eine Anstalt des öffentlichen Rechts ist, konnte 1984 ihre Bilanzsumme um 3 Prozent auf 22,3 (21,7) Mrd. DM steigern. Der Jahresüberschuß erreichte 32,2 (31,0) Mill. DM, wovon 24,2 (23,2) Mill. DM in die Rücklage gingen. Die Eigenmittel der Bank, die Stiftungsvermögen sind, erreichten damit 642,3 (618,1) Mill. DM. Das Frankfurter Institut sagte im letzten Jahr mittel- und langfristige Kredite von 3,17 Mrd. DM zu. Der Zuwachs um 375 Mill. DM ist hauptsächlich auf die Erweiterung des Sonderkreditprogramms zurückzuführen.

Chemie: Ostgeschäft expandiert kräftig

dpa/VWD, Frankfurt

Nach Jahren der Stagnation ist der Handel der chemischen Industrie mit Osteuropa wieder in eine stark expansive Phase getreten. 1984 erzielte die Bundesrepublik im Chemiehandel mit Osteuropa einen Exportzuwachs von 13 Prozent auf 6,4 Mrd. DM und damit das bislang beste Ergebnis, berichtete das Vorstandsmitglied der Hoechst AG, Uwe Jens Thomson, in Frankfurt.

Als Ursache wertet man bei Hoechst, daß die RGW-Länder ihre Verschuldungsprobleme in den Griff bekommen hätten. Die Einfuhren stiegen ebenfalls um rund 13 Prozent auf 2,2 Mrd. DM. Auch für die 2. Hälfte der 80er Jahre beurteilt Thomson die Chancen im Chemie-Geschäft positiv.

Dies gelte auch für den Bau von Chemie-Anlagen. Die Investitionsschwerpunkte dürften in den meisten osteuropäischen Ländern in den Bereichen Modernisierung, Energieeinsparung und Umweltschutz liegen. Hoechst ist zuversichtlich, über die Anlagenbau-Tochter Uhde in erheblichem Umfang an diesen Projekten partizipieren zu können.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Jung Maschinenfabrik Berlin GmbH & Co. KG; Erich Richter & Co. KG Zentralheizungs- u. Warmwasseranlagen, Lüftung u. sanitäre Anlagen; **Bersenbrück:** Nachl. d. Theodor Holtappels, Gehrde OT Rüsfort; **Bremen:** Agros Edelmetalle GmbH; **Bremen-Blumenthal:** WEKA Weserkaufhaus Marwedel & Co.; **Burgwedel:** Betonsteinwerk Wedemark GmbH, Wedemark 2; **Celle:** Friedrich Sichert GmbH; **Cuxhaven:** Rheinimpex GmbH; **Dortmund:** Sebastian Andorfer Metall GmbH; **Duisburg:** Klübe & Taps GmbH, Mülheim a. d. Ruhr; Hammerstein GmbH; **Hamburg:** Günther Maak, Tostedt, Inh. d. Paul Blennemann, Malerei, Schiffsreinigung, Klassifikation; **Hannover:** José Manuel Alvarez Barriuso, Wedemark 2; Victor Fuchs, Ing.; **Hildesheim:** Nachl. d. Werner Matthies, Kaufm.; **Karlsruhe:** Karlheinz Kiefer, Inh. e. Textilgeschäftes; **Lübeck:** Favorit-Filterbau Dr. Jordan u. Vierig GmbH; **Mayen:** Gerhard End, Kettig, Inh. d. Sporthotels TARGA; Dena-Audio-Video GmbH, Meisterbetrieb, Andernach; **Northeim:** Nachl. d. Friedrich Wilhelm August Volle, Bodenfelde; **Traunstein:** Häuser GmbH & Co. KG, Freilassing; **Winsen/Luhe:** HBH Holz- u. Bauelemente Handel GmbH, Seevetal 2; **Würzburg:** A + Z Agrar- u. Zweckbau GmbH, Karlstadt.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Mannheim: Otto Sommer Bauträgerges. mbH, Hockenheim; **Tauberbischofsheim:** Werner Kuhn GmbH & Co. KG, Bauunternehmung, Wertheim; **Weilheim:** RIAN Apparate- u. Vorrichtungsbau GmbH, Gauting; **Wittlich:** Keul GmbH, Kirchweiler.

Vergleich eröffnet: Bremen: KG i. ReCo Kraftfutterwerk GmbH & Co. KG.

Vergleich beantragt: Aachen: B. W. L. Baubetreuungs GmbH; **Essen:** Macindu Metall-Handelsges. mbH; **Stade:** W. Hink GmbH & Co. KG, Kutenholz-Aspe; Hink Hoch- u. Tiefbau GmbH, Kutenholz-Aspe.

FÜRSTENBERG / Neuer Start in USA mit Guinness

Premium-Marke ausgebaut

MARTIN FINK, Donaueschingen

Dem schlechten Bierjahr 1984 konnte sich zwar auch die Fürstlich Fürstenbergische Brauerei KG, Donaueschingen, nicht entziehen, sie schnitt aber noch um einiges besser ab als die Branche, besonders in Baden-Württemberg. Gegenüber dem Landesminus von 4,7 Prozent ging der Fürstenberg-Bierausstoß nur um 1,7 Prozent auf 773 602 hl zurück. Hierbei wird angemerkt, daß Randsorten von in früheren Jahren übernommenen Brauereien kräftig abgebaut wurden. Das „Fürstenberg Pilsener" hat 1984 sogar um 0,3 Prozent zugelegt. Der Pilsanteil lag, um 1,5 Prozent verbessert, bei 64,5 Prozent.

Der Absatz alkoholfreier Getränke wurde um 3,3 Prozent auf 216 634 hl ausgeweitet, wobei die nationalen Lizenzmarken (Pepsi) das weitaus größte Plus hatten. Als Folge der Kooperation mit der Bad Dürrheimer Mineralbrunnen GmbH & Co. KG hat sich bei den Eigenmarken eine Umschichtung zu Handelswaren vollzogen.

Den bisherigen Verlauf des Jahres 1985 bezeichnet Wolfgang Schaaf, Vorsitzender der Geschäftsleitung, als „Wechselbad". Immerhin hat sich aber die Lage gegenüber 1984 gebessert: Der Bierausstoß lag per Ende Juni um 2,1 Prozent höher als im Vorjahr, der Alkoholfrei-Absatz gar um 6,5 Prozent.

Der Umsatz wuchs im Geschäftsjahr 1984 nur leicht um 1,1 Prozent auf 138,7 Mill. DM. Der Ertrag hat, wie Schaaf sagte, die Erwartungen nicht erfüllt. Der Cash-flow sei aber um 10 Prozent auf annähernd 19 Mill. DM gestiegen. Das Gesellschaftskapital ist Anfang 1984 aus Gesellschaftermitteln um 6,5 Mill. DM auf 20 Mill. DM aufgestockt worden. Somit machen jetzt Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Positionen 45 bis 50 Prozent der Bilanzsumme aus. Mit 21,5 Mill. DM lagen die Investitionen auf der gleichen Höhe wie 1983, wogegen die Abschreibungen deutlich auf 17,1 (15,7) Mill. DM wuchsen.

In den USA wurde im April einen zweiten Start unternommen, diesmal in enger Kooperation mit dem britischen Bierkonzern Guinness. Bisher hätten sich die positiven Erwartungen erfüllt, sagte Schaaf. Noch 1985 sollen mit Guinness die Exportmärkte Irland, Malaysia und Singapur in Angriff genommen werden.

Ciba-Geigy: Einstieg in die Lasertechnik

VWD, San José

Für 32,2 Mill. Dollar hat Ciba-Geigy Ltd. eine Beteiligung von 16 Prozent an der US-Gesellschaft Spectra-Physics Inc. erworben. Nach dem Vertrag kann Ciba-Geigy bis 1992 maximal 20 Prozent erwerben, danach kann sie die Beteiligung auf 51 Prozent erhöhen. Ciba-Geigy beteiligt sich nach eigenen Angaben an dem größten Laserhersteller der Welt, um ihre Präsenz auf dem Elektronik-Markt zu verstärken. Spectra-Physics erklärte, durch die Beteilgung von Ciba-Geigy sei es möglich, die eigene Forschung auf dem Gebiet der Lasertechnik zu beschleunigen. Ciba-Geigy erwäge den Erwerb von zusätzlich 330 000 Spectra-Physics-Stammaktien auf dem freien Markt.

Der Beteiligungsvertrag sieht vor, daß Ciba-Geigy 1,1 Mill. neue Stammaktien von Spectra-Physics für 29 Dollar/Aktie übernimmt. Dieser Stückpreis liegt erheblich über dem Börsenkurs der Aktie, die am Dienstag in New York mit 18,375 Dollar schloß. Spectra-Physics erlitt in den sechs Monaten zum 31. März 1985 bei 88,1 Mill. Dollar Umsatz einen Verlust von 4,8 Mill. Dollar.

PRAKLA-SEISMOS / Börseneinführung Mitte 1986 – Bund bleibt mehrheitlich beteiligt

„Unabhängigkeit ist lebenswichtig"

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Als erstes der zur Privatisierung vorgesehenen bundeseigenen Unternehmen hat jetzt die Prakla-Seismos GmbH, Hannover, Einzelheiten über das Procedere bekanntgegeben. Nach Angaben der Geschäftsführung wird der Bund auch künftig mehrheitlich an dem Unternehmen, das sich weltweit mit der Aufsuchung von Rohstoffen, vor allem mit Erdöl und Erdgas, befaßt, beteiligt bleiben.

Damit habe der Eigentümer dem Wunsch der Unternehmensleitung, mögliche Einflußnahme Dritter auf geschäftliche Aktivitäten der Prakla-Seismos von vornherein zu verhindern, entsprochen. Hans-Jürgen Trappe, Vorsitzender der Geschäftsführung, und Finanzchef Siegfried Ding erklärten nachdrücklich, daß gerade für Prakla-Seismos „Unabhängigkeit lebenswichtig ist". Die Auftraggeber müßten sicher sein, daß die Forschungsergebnisse vertraulich behandelt und nicht etwa denkbaren Mitbewerbern zur Kenntnis gebracht werden.

Vor diesem Hintergrund sei auch vereinbart worden, eine Stimmrechtsbegrenzung einzuführen. Einzelheiten allerdings könnten nicht mitgeteilt werden. Fest stehe zunächst, daß noch im Monat Juli das Stammkapital von derzeit 26 Mill. DM aus Gesellschaftsmitteln – die offenen Rücklagen stehen mit 62,7 Mill. DM zu Buche – erhöht wird. Zur Höhe wollten Trappe und Ding nichts sagen. Im Frühherbst 1985 soll die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft erfolgen. Mitte nächsten Jahres dürften dann knapp die Hälfte der Aktien über die Börse dem breiten Publikum angeboten werden. Abstand habe der Bund von der Überlegung genommen, die Prakla-Seismos-Aktien einer Reihe von Unternehmen anzubieten. Die Börseneinführung wird von einem Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank und der Norddeutschen Landesbank vorgenommen.

Positiv beurteilt die Geschäftsführung die derzeitige Geschäftsentwicklung. Bis Ende Mai lag der Umsatz bei 148 Mill. DM gegenüber 113 Mill. DM in der gleichen Vorjahreszeit. Für das gesamte Jahr sei mit einem AG-Umsatz von rund 360 Mill. DM (plus 15 Prozent) zu rechnen. Im Gegensatz zum Vorjahr bereite auch die Ertragsentwicklung Freude, wobei das Unternehmen von dem starken Dollar profitiere. Die Auftragslage sei derzeit „voll befriedigend". Die Beschäftigtenzahl, die in der AG bei 1730 und in der Gruppe bei 2110 Mitarbeitern liegt, wurde seit Ende 1984 um 7 Prozent aufgestockt; dieser Trend halte an.

Auf 100 Mill. DM verdoppeln will Prakla-Seismos 1985 die Investitionen. Vorgesehen ist die Anschaffung eines dritten Hochseeschiffs. Bislang verfügt das Unternehmen über sechs Meßschiffe, die in Hochsee- und Flachwassergebieten arbeiten.

Im Geschäftsjahr 1984 erzielte Prakla-Seismos bei einem Umsatz von 310 (319) Mill. DM einen Jahresüberschuß von 5,3 (7) Mill. DM. Den Rückgang führt die Geschäftsführung auf das weltweite Überangebot an Rohöl zurück. Damit verbunden seien niedrigere Preise und eine geringere Explorationstätigkeit. An die Gesellschafter – Bund 95 Prozent, Industrieverwaltungsgesellschaft 5 Prozent – wurden 5,3 Mill. DM ausgeschüttet. Davon flossen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis 2,44 Mill. DM an Prakla-Seismos zurück. Die Ausschüttung entspricht einer unveränderten Dividende von 8 Prozent. Sorge bereitete die US-Tochter in Houston, bei der Verluste von gut 3 Mill. DM ausgeglichen werden mußten.

Aktienkurse im freien Fall

Sicherheitsnetze erwiesen sich als trügerisch

DW. – Auf dem Aktienmarkt kam es zu Rückschlägen, wie sie die deutsche Börse seit Jahren nicht mehr erlebt hat. Die Notierungen einzelner Spitzenwerte wurden um 20 bis 30 DM zurückgenommen. Schuld an der Börsenschwäche sind nur zu einem geringen Teil Auslandsverkäufe. Den Anstoß sollen vielmehr Abgaben gegeben haben, die auf den herannahenden Optionshandel-Ausübungstermin am 15. Juli zurückgeführt werden. Ihnen folgten Verkäufe inländischer Großanleger und auch der privaten Bankenkundschaft.

Vergeblich wartete man auf Rückkäufe auf ermäßigter Basis. Sie stellen sich erst zum Börsenschluß ein und sollen hauptsächlich auf Eindeckungen des Berufshandels zurückzuführen sein. Anleger, die sich frühzeitig Liquidität durch Gewinnmitnahmen beschafft und die angeblich darauf gewartet hatten, billiger zurückkaufen zu können, hielten ihre Taschen noch weitgehend zu. Deshalb erwiesen sich die Sicherheitsnetze, die angeblich einen tiefen Kurseinbruch verhüten sollten, bisher nicht als wirksam. Immerhin konnten aber bei einigen Papieren die Anfangsverluste später gemildert werden. So zogen Siemens-Aktien, die zunächst rund 20 DM verloren hatten, um 10 DM wieder an. Auch Daimler-Aktien, die um fast 50 DM zurückgenommen worden sind, erholten sich später um 10 DM.

Frankfurt: BBC und IWKA verloren je 16 DM. Agiv büßten 12 DM und SEL 12,50 DM ein. Anzag verminderten um 7 DM und Pfaff um 9 DM. Enka konnten sich um 20 DM erholen.

Düsseldorf: Nachgegeben haben AEG Kabel Rheydt um 5 DM, Audi NSU um 8 DM und Hagen Batterie um 4,90 DM. Buckau verloren 4 DM und Nino 5 DM. Ver. Rumpus verminderten um 9 DM und Düwag um 7 DM. Allianz Vers. gaben um 85 DM und Colonia um 25 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf fielen um 25 DM und Phoenix Gummi um 2 DM. Bremer Vulkan gaben um 1 DM und Markt und Kühlhallen um 4 DM nach. Hapag Lloyd waren bei 127,80 DM (minus 0,20 DM) in etwa gehalten.

Berlin: Berliner Elektro konnten sich um 3,50 DM erholen. Schering verloren 16 DM, Berthold 13 DM und Herlitz St. 7 DM. Orenstein ermäßigten sich um 5 DM und Herlitz Vz. um 4,50 DM. Rheinmetall gaben um 4 DM nach.

München: Verloren haben Aigner 3 DM, AKS 4 DM und Electro 2000 9 DM. Leonische Draht ermäßigten sich um 38,50 DM und Neue Baumwolle Hof um 22 DM. Spinnerei Kolbermoor verminderten um 20 DM und Süd Chemie um 18 DM. NAK Stoffe erhöhten um 1,50 DM und Audi AG um 22 DM.

Stuttgart: Mercedes ermäßigten sich um 42 DM und Porsche sogar um 66 DM. IWKA büßten 17 DM ein. DLW kosteten 8 DM. Schwäbische Zellstoff stockten um 7,50 DM auf. Audi zogen um 15 DM an.

Nachbörse: Erholungstendenzen

WELT-Aktienindex: 196,20 (205,27)
WELT-Umsatzindex: 7055 (5091)

Optionshandel

Frankfurt: 09. 07. 85
3032 Optionen = 155 500 (207 000) Aktien,
davon 300 Verkaufsoptionen = 15 400 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-120/19, 10-130/15, 10-140/10, 10-150/8,4, 10-160/4,9. BASF 10-210/41, 10-220/23, 10-221/22, 10-230/20, 10-231/16,5, 10-240/14, 10-241/12, 10-250/10,5, 10-251/10, 10-260/8,4, 10-261/6, Bayer 10-201/44, 10-220/23, 10-221/22,5, 10-231/18, 10-240/14,5, 10-241/11, 10-250/9,85, 10-251/7,2, 10-260/5, BHF 1-350/30, Bay. Hypo 10-390/16, Bekula 10-100/4,6, BMW 10-410/70, 10-420/60, 10-470/36, 10-490/15, 10-500/10, Bay. Vereinsbk. 10-460/11,9, Commerzbk. 10-200/36, 10-210/26,8, 10-220/17, 10-230/13, 10-240/10, 10-250/8, 10-260/6, Conti 10-150/14, 10-160/8,9, 10-170/5, 1-137/25, Daimler 10-900/44, Dt. Babcock St. 10-170/10,4, Dt. Babcock Vz. 10-170/7,9, Deutsche Bk. 10-508/99,75, 10-630/25, 10-650/16, 10-660/14, Degussa 10-370,5/8, Dresdner Bk. 10-212,5/50, 10-220/45, 10-240/35, 10-250/27, 10-270/19, 10-280/14, GHH St. 10-170/15, 10-180/8, Hoechst 10-221/26, 10-230/20, 10-231/16, 10-240/15, 10-250/10, 10-251/10, 10-260/6, Hoesch 10-100/21, 10-110/15, 10-120/8, 10-130/6, Karstadt 1-250/19,4, Klöckner 10-70/7,6, 10-75/4,4, 10-80/2,4, Lufthansa St. 10-210/18, 10-220/17, 10-230/12,7, 10-240/7, Lufthansa Vz. 10-210/21, 10-220/13, 10-230/10, MAN 4-180/24,8, Mannesmann 10-176/31, 10-190/30, 10-206/15,6, 10-216/15, 10-220/15,6, RWE St. 10-170/23,8, 10-180/19,4, 10-190/9,7, RWE Vz. 10-160/22, 10-190/6, Kali + Salz 1-320/34, 1-330/30, Siemens 10-550/68, 10-560/52,25, 10-570/47, 10-580/37, 10-583,3/32, 10-590/30, 10-600/29,2, 10-620/22,8, 10-640/11, 10-680/5, Thyssen 10-100/21,5, 10-110/13, 10-120/9,5, 10-130/11, Varta 1-240/30, Veba 10-180/49, 10-200/35, 10-210/28, 10-220/23, 10-230/12, 10-240/8,15, 10-250/5, VEW 10-140/7,5, 10-150/3, 1-140/12,2, VW 10-320/45, 10-330/36, 10-340/31, 10-350/27, 10-360/24,8, 10-380/10,6, 10-400/10,6, Alcan 1-80/4,6, Chrysler 10-110/5,35, 10-120/3,4, IBM 1-420/28, Litton 1-250/15,5, Norsk Hydro 10-35/3,9, 1-35/5, Philips 1045/5,9, 10-50/3,8, Sony 1-55/4, Xerox 1-160/25, 1-170/22, **Verkaufsoptionen:** AEG 10-130/2,5, BASF 10-230/4, 4-230/8, Bayer 10-220/2, 10-230/3,5, 1-220/3, BHF 10-340/9, Bay. Hypo 10-360/6, BMW 10-410/3, 10-430/8, Bay. Vereinsbk. 10-440/16, Commerzbk. 10-210/3,4, Conti 10-140/2,3, 10-150/4,5, Daimler 10-850/10, Deutsche Bk. 10-550/6, Dresdner Bk. 10-240/3,35, 10-250/5,6, 10-260/6,8, Hoechst 10-220/1,9, 10-230/2,4, Hoesch 1-110/2,9, Klöckner 10-70/3, Lufthansa Vz. 1-190/2,6 Linde 10-530/10, Mannesmann 10-190/1,6, Nixdorf 10-560/10, Schering 10-190/12, Kali + Salz 1-290/4, Siemens 10-540/2,55, 10-550/4,5, 10-570/13, Thyssen 1-110/3,8, Veba 10-220/4,5, Alcan 10-75/3,2, Chrysler 1-110/8, Norsk Hydro 10-35/1,6.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 9. 7. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7½–7¾	4⅞–5⅛	4⅞–5⅛
3 Monate	7⅝–7⅞	4⅞–5⅛	5–5⅛
6 Monate	7¾–8	5–5⅛	5–5⅛
12 Monate	8–8¼	5⅛–5⅜	5–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 10. 7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1370,00	1744,20
10 US-Dollar (Indian)**)	1270,00	1535,45
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	213,25	265,91
1 £ Sovereign Elizabeth II.	210,25	262,49
20 belgische Franken	163,25	214,61
10 Rubel Tscherwonez	220,75	279,02
2 südafrikanische Rand	206,75	257,36
Krüger Rand, neu	933,75	1104,38
Maple Leaf	937,50	1108,65
Platin Noble Man	784,00	945,06

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	212,75	271,04
20 schweiz. Franken „Vreneli"	170,00	222,30
20 franz. Franken „Napoléon"	168,00	220,02
100 österr. Kronen (Neuprägung)	884,00	1046,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	171,50	218,31
10 österr. Kronen (Neuprägung)	89,25	118,85
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	402,00	492,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	94,00	129,96

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

10. 8. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs[4]	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York[3])	2,9305	2,9385	2,9433	2,87	2,97
London[1])	4,072	4,086	3,965	3,97	4,12
Dublin[1])	3,128	3,142	3,090	3,05	3,20
Montreal[3])	2,1658	2,1738	2,1630	2,13	2,23
Amsterd.	88,660	88,880	88,405	88,00	89,75
Zürich	119,780	119,98	119,570	118,25	121,00
Brüssel	4,953	4,973	4,919	4,85	5,05
Paris	32,790	32,950	32,415	32,00	33,75
Kopenh.	27,805	27,925	27,550	27,00	28,75
Oslo	34,690	34,810	34,015	34,00	35,75
Stockh.**)	34,540	34,700	33,885	33,75	35,50
Mailand[2]) **)	1,5535	1,5635	1,5310	1,52	1,62
Wien	14,212	14,252	14,183	14,13	14,35
Madrid**)	1,739	1,749	1,704	1,70	1,82
Lissabon**)	1,731	1,751	1,625	1,35	2,15
Tokio	1,2080	1,2110	–	1,17	1,23
Helsinki	48,090	48,290	47,110	47,25	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,211	2,265	–	1,75	2,55
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,0305	2,0495	–	1,94	2,09
Johannesbg.*)	1,565	1,5355	–	1,15	1,40

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet

Devisenmärkte

Die Dollar-Baisse setzte sich am 10. 7. bei zeitweise äußerst hektischen Verhältnissen fort. Der US-Dollar schloss relativ gut behauptet in New York bei 2,9670 und zog in Europa zunächst weiter auf 2,9730 an. Diese Bewegung war allerdings nicht vn großem Vertrauen getragen. Die erste erkennbare Schwächeneigung löste eine neue Verkaufswelle aus und ein Kurssturz bis 2,9270 folgte. Amtlich notierte man die Leitwährung 2,9345. Die Bundesbank griff nicht ein. Auch ein Rückgang der DM-Zinssätze um ¼ Prozentpunkt vermochte den Dollarkurs nicht zu stützen. Die D-Mark war jedoch nicht die Fluchtwährung, denn sowohl das englische Pfund als auch der Schweizer Franken notierten mit Kursgewinnen gegenüber der DM in Höhe von 1,44 bzw. 0,82 Prozent deutlich höher. Auch der Yen lag gut behauptet gegenüber der D-Mark. US-Dollar in: Frankfurt 2,9345; Amsterdam 3,3090; Brüssel 59,1600; Paris 8,9430; Mailand 1880,10; Wien 20,6400; Zürich 2,4499; Ir. Pfund/DM 3,135; Pfund/Dollar 1,3900; Pfund/DM 4,079.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 9. Juli: In D-Mark 2,25618 (Parität 2,24184); in Dollar 0,760278 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 9. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Rückläufige Euro-DM-Depots führten am 10. Juli zu einer deutlichen Erweiterung der Termin-Abschläge für Dollar gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,74/0,64	2,12/2,02	3,93/3,73
Pfund/Dollar	0,59/0,57	1,62/1,59	2,80/2,75
Pfund/DM	3,40/2,00	8,30/6,90	14,1/12,7
FF/DM	23/7	52/36	94/78

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 7.: Tagesgeld 5,25–5,35 Prozent; Monatsgeld 5,40–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 9. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juli 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/7 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,61) – 6,50 (5,89) – 7,00 (6,14) – 7,00 (6,29) – 8,50 (6,60). Ausgabe 1985/8 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,62) – 6,50 (5,91) – 7,00 (6,18) – 7,00 (6,35) – 8,50 (6,95) – 8,50 (7,17). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,00. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 100,00, Rendite 6,75.

FINANZANZEIGEN

SCHERING

Schering Aktiengesellschaft
Berlin und Bergkamen

Bezugsangebot

an unsere Aktionäre und die Inhaber von Optionsscheinen aus der Pfund Sterling 49 000 000,– 6⅞%-Optionsanleihe von 1983/1990 der Schering International Finance B. V., Weesp/Niederlande

– Wertpapier-Kenn-Nummern: 717 200, 717 201, 717 207 und 471 819 –

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft hat am 19. Juni 1985 auf Vorschlag des Vorstands und des Aufsichtsrats u. a. den satzungsändernden Beschluß gefaßt, den Vorstand zu ermächtigen, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu DM 60 000 000,– zu erhöhen.

Der Vorstand hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats von seiner Ermächtigung, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, insgesamt jedoch höchstens um einen Nennbetrag von DM 60 000 000,– zu erhöhen, teilweise Gebrauch gemacht und den Beschluß gefaßt, unter teilweisem Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe von Stück 592 485 auf den Inhaber lautenden Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– sowie eines Aktienteilrechts zu DM 1,– von DM 253 375 749,– um DM 29 624 251,– auf DM 283 000 000,– gegen Bareinlagen zu erhöhen. Die neuen Aktien sind für das Geschäftsjahr 1985 zur Hälfte gewinnanteilberechtigt und stehen im übrigen den bisher ausgegebenen Aktien gleich. Sie sind mit den Gewinnanteilscheinen Nr. 49 bis 50 und einem Erneuerungsschein versehen. Der Gewinnanteilschein Nr. 49 trägt den Aufdruck „1/2".

Ein Bankenkonsortium unter Führung der Berliner Handels- und Frankfurter Bank hat die neuen Aktien mit der Verpflichtung übernommen, nom. DM 28 032 600,– den Aktionären unserer Gesellschaft und den Inhabern von Optionsscheinen aus der obengenannten Optionsanleihe binnen einer Ausschlußfrist im Verhältnis 10:1 zum Preis von DM 320,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– börsenumsatzsteuerfrei zum Bezug anzubieten. Das Bezugsrecht der Aktionäre wurde insoweit ausgeschlossen, als die Aktien den Inhabern von Optionsscheinen aus der obengenannten Optionsanleihe angeboten werden. Für den zur Durchführung des Bezugsgeschäfts mit den Aktionären und den Optionsscheininhabern nicht benötigten Kapitalerhöhungsteilbetrag ist das Bezugsrecht der Aktionäre ebenfalls ausgeschlossen.

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in die Handelsregister der Amtsgerichte Charlottenburg in Berlin und Kamen eingetragen worden ist, bitten wir unsere Aktionäre und die Inhaber von Optionsscheinen aus der obengenannten Optionsanleihe, ihr Bezugsrecht auf die neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom

17. Juli bis zum 31. Juli 1985 einschließlich

bei einer Bezugsstelle während der üblichen Schalterstunden auszuüben. Bezugsstellen sind sämtliche Niederlassungen der folgenden Banken

in der Bundesrepublik Deutschland:
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

in Großbritannien:
S. G. Warburg & Co. Ltd.

in Luxemburg:
Banque Internationale à Luxembourg S. A.

in der Schweiz:
Schweizerische Kreditanstalt
Schweizerische Bankgesellschaft
Schweizerischer Bankverein.

Zum Bezugspreis von DM 320,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– kann gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 48 von jeweils zehn alten Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– bzw. der Legitimationsscheine (Instruments of Evidence) A zu jeweils zehn Optionsscheinen, die zum Bezug von je einer Aktie im Nennbetrag von DM 50,– berechtigen, eine neue Aktie im Nennbetrag von DM 50,– börsenumsatzsteuerfrei bezogen werden. Die Bezugsrechte aus den alten Aktien und den Optionsscheinen (sowohl solche aus der Anleihe „cum" – Wertpapier-Kenn-Nr. 471 819 – als auch aus bereits getrennten Optionsscheinen – Wertpapier-Kenn-Nr. 717 207 –) können gemeinsam verwendet werden. Der Bezugspreis ist spätestens am 31. Juli 1985 zu entrichten.

Für den Bezug wird die banküblicher Provision berechnet. Er ist provisionsfrei, sofern er während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 48 oder der Legitimationsscheine A vorgenommen wird und ein weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Die Bezugsrechte (Wertpapier-Kenn-Nr. 717 208) aus den alten Aktien und den Optionsscheinen werden vom 17. Juli bis zum 29. Juli 1985 einschließlich an den Wertpapierbörsen in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg und München gehandelt und amtlich notiert werden. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln. Vom 17. Juli 1985 an werden die alten Aktien und die Optionsscheine „ex Bezugsrecht" gehandelt werden.

Die neuen Aktien sind zunächst in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Frankfurter Kassenverein Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, hinterlegt worden ist. Bis zur Auslieferung der effektiven Stücke erhalten die Berechtigten Gutschrift auf Girosammeldepotkonto. Ansprüche auf Auslieferung der effektiven Stücke können bis zum Vorliegen der ausgedruckten Aktienurkunden nicht geltend gemacht werden.

Die neuen Aktien sind an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg und München zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen. Es ist vorgesehen, die neuen Aktien ab dem 1. August 1985 – dem Tage nach Ablauf der Bezugsfrist – an den genannten Wertpapierbörsen handeln und amtlich notieren zu lassen, und zwar bis zur Dividendengleichheit mit den alten Aktien in einer gesonderten Notiz unter der Wertpapier-Kenn-Nr. 717 202. Die Zulassung der neuen Aktien an den Wertpapierbörsen in Zürich, Basel und Genf ist vorgesehen.

Das Optionsrecht aus den Optionsscheinen kann gemäß § 2 Abs. 1 der Optionsbedingungen während des folgenden Zeitraums nicht ausgeübt werden: von dem Tage an, an dem die Schering Aktiengesellschaft das Angebot zum Bezug der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung 1985 im Bundesanzeiger der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht, bis zum letzten Tag der für die Ausübung des Bezugsrechts bestimmten Frist.

Berlin und Bergkamen, im Juli 1985

Schering Aktiengesellschaft
Der Vorstand

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

7¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1973
– WKN 465 031/40 –

Auslosung

Bei der am 2. Juli 1985 unter notarieller Aufsicht vorgenommenen Auslosung sind die Teilschuldverschreibungen der

Serie 1 – WKN 465 031 –

mit den Stücknummern
1 bis 3 750 zu je DM 1.000,–
37 501 bis 38 750 zu je DM 5.000,–

im Nennbetrag von DM 10 000 000,– gezogen worden.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. November 1985 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Mäntel mit Zinsscheinen per 1. 11. 1986 uff. bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 31. Oktober 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die zum 1. November 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2, 3, 6, 7, 8 und 9 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Frankfurt am Main, im Juli 1985

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL
Kommission der Europäischen Gemeinschaften



DLW Aktiengesellschaft Bietigheim-Bissingen

WKN 551 800

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung vom 10. Juli 1985 hat die Ausschüttung einer **Bardividende von DM 11,– je DM 50,– Aktien-Nennbetrag** für das **Geschäftsjahr 1984** beschlossen.

Die Dividende wird ab sofort gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 37 unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer ausgezahlt.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben in Höhe von 9/16 der Dividende verbunden, welches unbeschränkt steuerpflichtigen Aktionären ebenso wie die Kapitalertragsteuer auf Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet bzw. erstattet wird.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und zuzüglich Steuerguthaben, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine „Nicht-Veranlagungsbescheinigung" des für sie zuständigen Finanzamtes eingereicht hat.

Die vollständige Dividendenbekanntmachung wird im Bundesanzeiger Nr. 125 vom 11. Juli 1985 veröffentlicht.

Bietigheim-Bissingen, den 11. Juli 1985 DER VORSTAND

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken! W 286

GEHE AKTIENGESELLSCHAFT, STUTTGART

Teilkonzernbilanz zum 31. Dezember 1984 (Kurzfassung)

AKTIVA	31. 12. 84	31. 12. 83
	TDM	TDM
Sachanlagen	62 183	61 836
Finanzanlagen	4 888	6 388
Vorräte	150 842	158 455
Kurzfristige Forderungen	184 575	170 471
Flüssige Mittel	1 536	1 630
Forderungen an verbundene Unternehmen	4 867	70
Sonstige Aktiva	32 887	26 157
	441 758	425 007

PASSIVA	31. 12. 84	31. 12. 83
	TDM	TDM
Grundkapital	40 500	27 000
Offene Rücklagen	35 895	14 295
Sonderposten m. Rücklagenanteil	6 682	6 732
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	4 852	4 451
Rückstellungen	12 319	10 298
Langfristige Verbindlichkeiten		
an Fremde	75 140	65 140
an verbundene Unternehmen	25 000	25 000
Kurzfristige Verbindlichkeiten		
an Fremde	234 799	268 304
an verbundene Unternehmen	3 032	973
Teilkonzerngewinn	3 539	2 814
	441 758	425 007

TEILKONZERN GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1984 (Kurzfassung)

	1984		1983	
	TDM	TDM	TDM	TDM
Umsatzerlöse	1 722 846		1 620 221	
Aufwendungen für bezogene Waren	1 561 858		1 462 211	
Rohertrag		160 988		158 010
Sonstige Erträge		9 483		7 969
		170 471		165 979
Personalaufwendungen	81 147		78 979	
Abschreibungen	12 985		12 940	
Verluste aus Anlageabgängen	332		202	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13 609		13 081	
Steuern	2 549		5 447	
Sonstige Aufwendungen	56 424	167 046	51 466	162 115
Jahresüberschuß		3 425		3 864
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		114		93
		3 539		3 957
Einstellung in freie Rücklagen		–		1 143
Teilkonzerngewinn		3 539		2 814

Der vollständige Jahresabschluß und der vollständige Teilkonzernabschluß, versehen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers, wurde im Bundesanzeiger Nr. 124 vom 10. 7. 1985 veröffentlicht.



BILANZ 83/84

zum 30. September 1984

KURZFASSUNG

AKTIVA	Mio. DM
Sachanlagen	65,2
Finanzanlagen	23,7
Vorräte	7,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	29,2
Flüssige Mittel	12,5
	138,3

PASSIVA	Mio. DM
Grundkapital	19,7
Rücklagen	31,4
Pensionsrückstellungen	22,0
Andere Rückstellungen	8,9
Verbindlichkeiten	55,5
Bilanzgewinn	0,8
	138,3

Der vollständige Jahresabschluß und der vollständige Teilkonzern-Abschluß sind im Bundesanzeiger Nr. 105 vom 12. 6. 1985 veröffentlicht.
Beide Abschlüsse enthalten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers.

Bierabsatz STERN-GRUPPE 1,28 Mio. hl
Absatz alkoholfreier Getränke STERN-GRUPPE 1,04 Mio. hl
Umsatzerlöse STERN-GRUPPE 234 Mio. DM
Dividende 2,– DM je Aktie im Nennbetrag von 50,– DM (d. h. 4 %)

STERN-Brauerei Carl Funke AG, Essen

Jahresabschluß 1984

Kennzahlen (Mio. DM)	Inland 1984	Inland 1983	Welt 1984	Welt 1983
Umsatzerlöse	1.025	969	1.707	1.578
Export aus dem Inland	389	361	–	–
Internationales Geschäft	–	–	1.071	978
Jahresüberschuß	30	23	38	29
Rücklagenzuführung	15	11	15	11
Dividendensumme	15	12	–	–
Dividende in DM je 50-DM-Aktie	7,50	6,–	–	–
Sachinvestitionen	37	36	67	61
Abschreibungen in % der Sachinvestitionen	119	106	106	104
Mitarbeiter (Anzahl)	6.596	6.518	11.969	11.734

Konzern-Bilanz (Kurzfassung, Mio. DM)	Inland 1984	Inland 1983	Welt 1984	Welt 1983
Sachanlagen	189	192	311	321
Finanzanlagen	149	159	50	51
Vorräte	192	179	390	348
Forderungen	116	126	298	303
Flüssige Mittel	83	54	120	88
Übrige Aktiva	28	29	35	29
Aktiva	757	739	1.204	1.140
Grundkapital und Rücklagen	215	201	215	201
Konsolidierungsausgleichsposten	0	0	22	13
Namensgewinnscheine	5	4	5	4
Sonderposten mit Rücklageanteil	27	15	67	53
Rückstellungen und Verbindlichkeiten für Altersversorgung	123	112	134	121
Langfristige Verbindlichkeiten	113	144	194	219
Andere Rückstellungen	166	151	215	192
Übrige Passiva	93	100	322	316
Konzerngewinn	15	12	30	21
Passiva	757	739	1.204	1.140



VARTA Aktiengesellschaft

Regionale Energieversorgung – wirtschaftlich und weitblickend

3,23 Milliarden Kilowattstunden elektrischer Energie haben wir 1984 an unsere Kunden in Stadt und Land geliefert.

Unser Versorgungsgebiet umfaßt den Regierungsbezirk Mittelfranken – ohne die Städte Nürnberg, Fürth und Erlangen –, einen Teil von Unterfranken und Randgebiete von Oberfranken, Oberbayern, Schwaben und der Oberpfalz.

Als regionales Energieversorgungsunternehmen haben wir für die sichere und wirtschaftliche Versorgung aller Kunden die richtige Größe. Die Zusammenfassung der Energieversorgung in leistungsfähigen Unternehmen überschaubarer Größenordnung bringt organisatorische, technische und wirtschaftliche Vorteile, die der Bevölkerung und Wirtschaft in Stadt und Land zugute kommen.



Mitglied der ARE Arbeitsgemeinschaft Regionaler Energieversorgungs-Unternehmen e. V

Jahresabschluß 1984
(in gekürzter Form – 1000 DM)

Bilanz zum 31. Dezember 1984

Aktiva	
Sachanlagen	1.401.389
Finanzanlagen	4.009
Vorräte	6.750
Forderungen	116.530
Flüssige Mittel	9.055
	1.537.733

Passiva	
Grundkapital	90.020
Rücklagen	40.852
Sonderposten	2.040
Wertberichtigungen	868.250
Entfernungslast und Baukostenzuschüsse	316.257
Rückstellungen	56.263
Verbindlichkeiten	155.893
Bilanzgewinn	8.158
	1.537.733

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1984

Umsatzerlöse	675.890
Eigenleistungen	4.804
	680.694
Strombezug, Unterhaltung, Material	475.946
Rohertrag	204.748
Zins- u. Beteiligungserträge	3.238
Erträge aus Anlageabgängen und Zuschreibungen	959
Auflösung von Rückstellungen und Sonderposten	5.436
Sonstige Erträge	5.094
	219.475
Personalaufwand	84.157
Abschreibungen	83.153
Zinsaufwand	7.010
Steuern	17.018
Einstellung in Sonderposten	595
Sonstiger Aufwand	14.181
Jahresüberschuß	13.361
Gewinnvortrag	197
	13.558
Einstellung in Rücklagen	5.400
Bilanzgewinn	8.158



FRÄNKISCHES ÜBERLANDWERK
AKTIENGESELLSCHAFT NÜRNBERG

Veröffentlichung des vollständigen Jahresabschlusses im Juli 1985 im Bundesanzeiger. Er trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der mit der Abschlußprüfung beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit Aktiengesellschaft, München.

INNENREVISION
– Projektweise –
viels. in Industrie, Handel und Verwaltung erf. Revisor führt System-, Wirtschaftlichkeits- u. Deliktrevision projektweise durch. Projektmanagement u. Revisorenschulung „on the job". Ausführl. Berichterstattung. Erarbeitung von Empfehlungen. Garant. Verschwiegenheit. Dipl.-Kfm. Thomas, Postfach 201 230, 2 HH 20

Forderungen
kaufen wir an oder ziehen wir für Sie ein. Schicken Sie uns unverbindlich Ihre Forderungen, wir geben unser schriftliches Angebot innerhalb 24 Stunden ab.
W-S-K Inkasso
Postf. 11 47, 6969 Höpfingen
Tel. 0 62 83 / 999

Vertriebs-Fachmann
mit Marketing-Erfahrung als abschlußstarker selbständiger Partner für Dienstleistungsunternehmen gesucht. Kontaktaufnahme bitte mit
Dr. Rainer Gebauer BDU
6232 Bad Soden 2, Pf. 21 40
Tel. 0 61 96 / 2 70 68

Garantieumsatz mit einer risikolosen Bezirksvertretung
= Marktlücke =
Wir vergeben Bez.-Vertretungen als Haupt-, Nebenberuf od. 2. Bein. über bek. Markenprodukte an agile Personen. Kundenkreis: Clubs u. Vereine. Jeder 2. Kontakt ein Abschluß. Kap.-Einsatz f. Warenlager DM 7000,–, Jahresverdienst DM 35 000,– u. mehr je nach Einsatz. Bei Tätigkeitsaufgabe Warenrückgutschrift. Bedingung: 25 m² Lagerfläche, Pkw, Tel., einw. Leumund. Ausf. Zuschr. an: Pf. 70 12 28, 6000 Frankfurt/M. 70

Heimwerker-/Hobbymärkte NRW
Guteingeführte Vertretung sucht weitere Vertretung evtl. Service. Zuschriften unter D 3556 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Generalvertretung
für das Bundesgebiet und Westberlin
mit bei Baumärkten, Baumarktketten und Eisenwarenfachhandel eingeführtem Vertreterteam, sucht weitere gute Vertretung.
Angebote unter M 3431 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIE PROFIS
Wir haben 1984 über 365 Abschlüsse getätigt.
Wir haben eine geographisch flexible Immobilien-Crew.
Wir verkaufen Immobilien.
Wir vermieten Immobilien.
Jetzt suchen wir neue Top-Objekte.
Zuschr. u. T 3502 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Firmendomizil in Bonn
günstiges Preis-/Leistungsverhältnis im Büro-Service.
Postfach 16 01 70, 53 Bonn 1
Tel. 02 28 / 25 69 61

Aktiver Teilhaber
30–40 J., Kfm. für Mühlenbetrieb in Holstein zum Betrieb der Mühle u. Aufbau eines Absatzmarktes im Biobereich gesucht.
Ang. u. S 3589 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Neue/2. Existenz
Kriegen Sie das Gewicht Ihrer Stadt in den Griff! Unser Slogan: „Für immer schlank"! Start sofort, mit konkurrenzloser Methode. Verdienst mtl.: DM 10 000,– u. mehr. Gebietsschutz u. Betreuung zugesichert. Erforderlich: Telefon u. geringes Eigenkapital.
Kopa-KG, Dr. M. Schlüter
Krähenweg 5, 2000 Hamburg 61
Telefon 0 40 / 5 55 18 00

Gebietsvertretung
exklusiv für Universal-SICHERUNGSGERÄT „BELLO", patentierte Weltneuheit, sofort zu vergeben.
Angebote unter T 3436 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

CITY BÜROS
Hamburg-Innenstadt
mit Fullservice: Tel., Telex u. -fax, Schreib- u. Postdienst, Konferenzräume, möbl. Büros als Firmensitz od. Repräsentanz, sof. verfügbar.
Tel. 0 40 / 23 11 75

WELT-Leser sind näher dran

Sie haben den entscheidenden Informationsvorsprung. 90 Korrespondenten sind an 35 Plätzen des In- und Auslandes für die WELT tätig. Sie berichten aktuell aus nächster Nähe von den Brennpunkten des Weltgeschehens.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	102,15G	102,15

Renten langsam rückläufig

Im Gegensatz zu den Aktien kam bei den Renten keinerlei Hektik auf. Es fehlten allerdings nennenswerte Kaufaufträge aus dem Ausland, was auf den gesunkenen Dollar zurückgeführt wird. Offenbar warten die Ausländer die weitere Entwicklung zunächst einmal ab. Da auf der anderen Seite sich das Angebot, meist aus Kreisen des Berufshandels stammen, in engen Grenzen hielt, brauchten die Notierungen der öffentlichen Anleihen nur um 0,10 bis 0,20 Prozentpunkte zurückgenommen werden.

M	6½ dgl. Pf 3	93,5G	93,5G
M	6½ dgl. Pf 12	94G	94bG
M	7 dgl. Pf 20	101,75G	101,75G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 31	100,75G	100,75
B	6 dgl. Pf 34	99T	99bG
B	6½ dgl. Pf 37	100G	100G
Hn	5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	96,75G	96,75G
Hn	7½ dgl. Pf 87	101,75G	101,75G
Hn	6 dgl. KS 29	87,5G	87,5G
Hn	7 dgl. KS 30	101,4G	101,4G
D	5 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G

D	4 dgl. Pf 18	107G	107G
D	6 dgl. Pf 28	98,75G	98,75G
D	6½ dgl. Pf 67	91,5G	91,5G
D	5½ dgl. KO J+E	128G	128G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	79G	78G
S	7 dgl. Pf 125	102G	101,75G
S	7 dgl. Pf 128	98,5G	98G
S	8 dgl. Pf 177	101G	101G
S	6 dgl. KS 77	88G	87G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 36	92,1G	92,1G

F	7½ dgl. 71	100,2T	100,3T
F	7½ dgl. 76	101,35	101T
F	7½ Klöckner W. 71	100,3T	100,5G
F	8 dgl. 72	101T	101T
F	6 NWK 61	99,9G	99,9G
F	6 dgl. 62	99,4G	99,4G
F	6 Ob.Don.Krwk. 64	98,6bG	98,6G
F	6 Rh.Braw. 63	97,8T	97,8T
F	6 dgl. 65	98G	98G
F	6 RWE 63	99,1T	99,1T
F	6 dgl. 65	98,5T	98,25T
F	7½ dgl. 71	100,25T	100,25
F	7 dgl. 72	100,6	100,5
F	6 Rh.-M.-Don. 62	99,95G	99,95G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Zu Abschlägen kam es am Dienstag bei den Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Kupfer schloß zumeist unverändert. Kaffee mußte kräftige Verluste, Kakao in den vorderen Sichten geringere Einbußen hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	9.7.	8.7.
Juli	310,75	317,75
Sept.	315,75	317,50
Dez.	323,50	324,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)	9.7.	8.7.
Wheat Board of		
St. Lawrence I CW	241,74	241,84

Kakao New York ($/t)	9.7.	8.7.
Terminkontr. Juli	2105	2120
Sept.	2143	2180
Dez.	2156	2147
Umsatz	5953	1834

Zucker New York (c/lb)

Kontrakt Nr. 11 Sept.	2,75	2,69

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erdölerzeugnisse – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

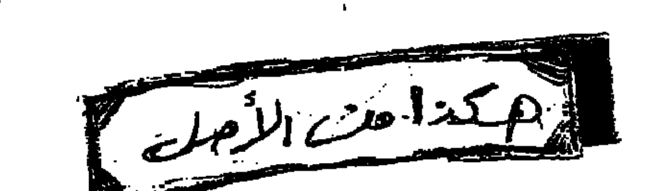
NE-Metalle

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse



Tam Tam für Äthiopien

dan. – Wenn am Samstag jeder, der schon mal ein Schallplatten-Studio von innen gesehen hat, in London oder Philadelphia auf die Bühne steigt, dann ist dies der Höhepunkt einer langen Reihe von Benefiz-Singles für Äthiopien. Begonnen hat dies mit der inzwischen zigmillionen Mal verkauften Platte „Do They Know It's Christmas", auf der unter dem Namen „Band Aid" ganz Großbritannien (zumindest der Popmusik produzierende Teil) sang.

Daneben gab es noch eine andere Gruppierung, die sich zuerst (nach „Band Aid" = Heftpflaster) „Leucoplast" nennen wollte, sich dann aber doch für das langweilige „Starvation" entschied; Äthiopien ist schließlich ein ernstes Thema. Bemerkenswert war die dabei entstandene Single weniger wegen riesiger Verkaufsziffern als wegen der Rückseite, auf der afrikanische Popstars wie King Sunny Adé ein „Tam Tam pour l'Ethiope" veranstalteten.

Am cleversten waren natürlich die Amerikaner, die als „USA For Africa" nicht nur die Single „We Are The World", sondern gleich eine ganze LP auf den Markt warfen. Und selbst in Deutschland erschienen zwei Platten, wobei „The Mother And Child Reunion" wohl eher eine PR-Veranstaltung des „Boney M."-Produzenten Frank Fahrian war.

Doch warum bleibt dies auf die Popwelt beschränkt? Daß es kein „Schriftsteller schreiben für Afrika" gibt, ist verständlich, Äthiopien würde sich wahrscheinlich weigern, den Verlust für unverkäufliche Poesie zu tragen. Aber eine Benefiz-Oper, vielleicht mit Peter Hofmann, dem publicitygierigen, und mit Verdis „Aida", denn schließlich stammt die Dame aus königlich-äthiopischem Geschlecht.

Interessant wäre sicher auch eine gemeinsame Single von Las Vegas-Stars wie Frank Sinatra und Dean Martin – wenn sie alle gemeinsam Paul Ankas „My Way" singen, könnten sie sogar noch die Version von Elvis Presley dazumischen. Und am Schlagzeug läßt sich allemal sparen. Da reicht das gegenseitige Schulterklopfen für den Rhythmus – auch wenn es mit dem richtigen Takt hapert.

Das 14. Internationale Filmfestival von Moskau

Fasanenjagd, brüderlich

Ein buntes Fahnenmeer flattert vor dem Moskauer Hotel „Rossija". Milizionäre kontrollieren streng die Ausweise der Besucher, Metallgitter halten die Zuschauer in gebührendem Abstand: 14. Internationales Filmfestival in der Hauptstadt der UdSSR. Zwei Wochen lang zeigen Regisseure aus 107 Ländern ihre Filme. Das Motto dieses Treffens lautet „Für Humanismus in der Filmkunst, für Frieden und Freundschaft unter den Völkern".

Das Festival steht ganz im Zeichen des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Auch Parteichef Michail Gorbatschow erinnerte in einem Grußtelegramm die Anwesenden „über den Sieg über den Faschismus". Sogleich warnte er vor den Gefahren einer „atomaren Katastrophe". Seine Botschaft gipfelte in dem Satz, ein wahrer Künstler dürfe nicht von den brennenden Fragen der Zeit Abstand nehmen, denn mit seinem Schaffen stehe er immer im Dienste der Wahrheit.

Hier, wo das Wort „Frieden" so häufig und so gern im Munde geführt wird, begann der Auftakt gleich mit einem politischen Eklat: West-Berlin wurde als eigenständiges Land behandelt, die Berliner Filmschaffenden mußten mit einem separaten Tisch im Speisesaal vorlieb nehmen.

Auch die aus der Bundesrepublik angereisten Produzenten fühlten sich durch die sowjetische Organisation sichtlich konsterniert. Denn auch nach einwöchigem Festivalverlauf wußten sie immer noch nicht, wann und in welchem Moskauer Kino ihr Beitrag gezeigt würde. Selbst der Kulturreferent der deutschen Botschaft versuchte vergebens, Ort und Zeit der deutschen Filme herauszubekommen. In der Hauspostille hieß es nur lakonisch: „Unsere entsprechende Anfrage blieb ohne Antwort."

Dabei waren die deutschen Teilnehmer mit gewaltigem Filmgepäck angereist: So u. a. mit Hark Bohms „Der Fall Bachmeier", Herzogs „Wo die grünen Ameisen träumen", Schells „Marlene", Herbrichs „Wodzeck" und auch Wim Wenders mit „Paris, Texas". Trotz dieses deutschen Aufgebots ist die Bundesrepublik nicht in der Jury unter Leitung von Sergej Gerassimow („Der stille Don") vertreten.

Diese setzt sich überwiegend aus Vertretern der sozialistischen Welt und aus Entwicklungsländern zusammen. Lobte denn auch der indische Filmvertreter: „Dieses Treffen festigt die internationale Bruderschaft der Filmleute." Der aus Nicaragua angereiste Regisseur Arguella setzte hinzu: „Das Motto des Festivals ist klar und liegt uns am Herzen."

Wer die einzelnen Festival-Beiträge unvoreingenommen ansah, um filmische Informationslücken zu schließen bzw. Klischees über sozialistische Länder zu korrigieren, wurde herb enttäuscht: Sozialistische Mustermenschen marschierten zuhauf über die Leinwand. Die opulenten Sünden des einstigen Großbürgertums wurden minuziös ausgebreitet, ebenso die Wunden des letzten Krieges wieder aufgerissen.

Der türkische Film „Mine" zeigt, wie eine junge Frau sich gegen Konventionen auflehnt. Ein pseudodramatischer Streifen, der hier jedoch gut ankam. Realistisch wird das Leben auf dem Lande im kubanischen Beitrag geschildert. Das „Blut-und-Boden-Epos" dampft vor sozialer Empörung. Der englische Filmregisseur Alan Bridges zeigt in seiner Jagd-Partie ein Genrebild der englischen Landaristokratie. Man gibt sich gelangweilt, schießt Fasanen und versehentlich auch mal einen Treiber ab.

Das Gastland selber zeigte u. a. den Wettbewerbs-Film von Elen Klimow „Geh und schau". Der Film spielt während des Zweiten Weltkriegs und zeigt am Schicksal eines kleinen Jungen die Geschichte des Dorfes Chatyn in Weiß-Rußland, wo die Deutschen in einer Vergeltungsaktion alle Einwohner umbringen, nur das Kind überlebt. Etwas verwundert nahm man dieses Propaganda-Werk zur Kennntnis.

Der sowjetische Filmemacher, der häufig im Fadenkreuz der offiziellen Kritik stand, hat hier wohl offensichtlich nach den Wünschen der Partei gehandelt. In der „Iswestija" las man denn auch über den Streifen: „Der Autor warnt uns mit seinem Film vor einem künftigeren noch grausameren Schicksal." Und die Kritik endet mit dem Aufruf „Zur Erhaltung des Friedens und Rettung der Menschheit vor einem nuklearen Inferno".

R.-M. BORNGÄSSER

Verdi in Heidenheims sommerlichem Musiktheater

Manrico, zur Stretta!

Verdi in der kleinen Stadt Heidenheim, das in den Ausläufern der Schwäbischen Alb, etwa 30 Kilometer nördlich von Ulm liegt, ist von allem ein bißchen: Verona, Busseto und Güllen. Seit Ende der sechziger Jahre wird unter freiem Himmel auf Heidenheims Schloßruine Hellenstein musiziert. Zu den musikalischen Serenaden gesellten sich bald Singspiele und Kammeropern. Dieses Jahr nun, zur 11. Spielzeit, wollte es die Stadt endlich wissen: Verdis „Troubadour" sollte unter dem neuen musikalischen Leiter Marco-Maria Canonica erklingen. Die in deutscher Sprache gesungene Produktion mit den Nürnberger Symphonikern wird sowohl bei den Schloßfestspielen in Ettlingen als auch den Jagsthausener Festspielen des „Götz von Berlichingen" zu Gast sein.

Die Ostalb ist nicht Venetien. Zur Premiere standen die Heidenheimer im Regen. Also mußte von der Schloßruine in das verstaubte Konzerthaus in der Stadt ausgewichen werden. Beengt und voller Erwartung harrten die Heidenheimer und ihre Gäste auf Verdis Melodienerguß. Es war, als wäre der Maestro mit der Strepponi und einer Mailänder Operntruppe nach Busseto heimgekehrt. Ein großer Abend für Heidenheim. Der Heidenheimer Oberbürgermeister begrüßte die ministerialen Gäste aus Stuttgart, deren finanzielle Spritzen dem Heidenheimer Opernfest auf die Beine halfen, und sprach mit der Inbrunst eines Gülleners vom Stolz der Heidenheimer Bürger auf ihr Musiktheater.

Stolz können sie auf ihren Troubadour auch sein, vor allem auf die Azucena Maria Pawlus-Duda und den Manrico Elliot Palay. Das betagte Konzerthaus bebte in seinen Festen, als der amerikanische Tenor seine Stretta kampfeslustig schmetterte. Der Dirigent Marco-Maria Canonica versuchte vom Pult aus, ein Feuerwerk zu zünden, dessen Flammen die fränkisch gemächlichen Nürnberger Symphoniker allerdings nur schwelen ließen. Auch in den lyrisch nachdenklichen Szenen fehlte dem Orchester der feine Schliff, der Frieda Lindburgs Leonora hätte besser funkeln lassen.

Didier von Orlowskys Regie war nach dem Umzug in die Halle auf der winzigen Bühne allenfalls noch schemenhaft zu erkennen. Die kräftigen Farben der Kostüme und die klare Raumgliederung machen es einem jedoch nicht schwer, sich vorzustellen, daß er eine gute Freilichtregie für die Burgruine geschaffen hat. Der tosende Beifall des Premierenpublikums bestätigte die gelungene schwäbische Mischung aus Verona, Busseto und Güllen: Das Musiktheater Heidenheim und seine erste Verdi-Oper.

FERRY KEMPER

„König Lear" in der Eisgruft: Bernhard Minettis Shakespeare-Triumph an der Berliner Schaubühne

Ein offener Spiegel der Empfindsamkeit

Benefiz für den 80jährigen Bernhard Minetti. Er spielt den „König Lear". Er hat ihn schon vor anderthalb Jahrzehnten unter Claus Peymanns Regie in Wuppertal verkörpert, den dummen Tyrannen, der die Torheit begeht, seine Macht und königliche Herrlichkeit unter seinen drei Töchtern aufzuteilen; und der dadurch, daß er die Generationskämpfe sozusagen kurzschließt und zudem die Tochter, die ihn deutlich am meisten liebt, von seiner Machtnachfolge und von seinem Herzen verstößt, der dadurch deutlich eine Kette von Kampf, Scheu und Greuel auslöst: eine schreckliche, märchenhaft folgerichtige Tragödie, angesiedelt in britannischer Vorzeit.

Minetti ist herrlich. Er kaut wieder jeden seiner Verse wie vorsichtig durch, ehe er ihn verlautbart. Er ist in Rage und Zorn von schier jünglingshafter Reizbarkeit. Er spielt seine reife Kunst jeden Augenblick voll aus. Er hat die immer etwas „irre" Kunstintensität, der er wie nur wenige mächtig ist.

Er hat eine fast verbohrte Heftigkeit in Zorn und Leidenskraft. Sein wunderbares Antlitz ist ein offener Spiegel herrischer Empfindsamkeit. Ein alter Tor, der erst, wenn tödlich entmachtet und scheußlich erniedrigt, „versteht", was ihm zustieß, der erst, wenn sozusagen erblindet, zu sehen beginnt. Minetti wurde gefeiert wie ein Szenenkönig. Er erfüllte Shakespeare, schrecklich und schön.

Klaus Michael Grüber hat schon mehrfach mit Minetti gearbeitet. Er hat in Bremen, damals sozusagen im leeren Theaterraum, Minetti Becketts „Letztes Band" sprechen lassen. Das war auf eine vertrackt einleuchtende Weise faszinierend. Er hat in der „Freien Volksbühne Berlin" diesen Protagonisten (eher fragwürdig) einen schier tollkühnen Schnellgang durch Goethes „Faust" exekutieren lassen. Das war auf immerhin genialische Weise verrückt.

Grüber inszeniert jetzt die wilde, blutrünstige, bösartige Umwelt des Lear fast schematisch. Die Bühne ist gleichbleibend kastenartig leer. Requisiten sind gemieden. Licht, immer nur von oben, geht milchig, fast abstrakt auf die Szene. Ein paar Felsbrocken liegen herum. Farbe ist gemieden. Fast alle Figuranten dieses schrecklichen Machtkampfes (sozusagen in einem eisigen Vakuum der Macht) erscheinen pelzverhüllt. Es soll uns dauernd frösteln. Das tut es tatsächlich. Der „Lear" – wie in einer Eisgruft.

Die Spielpersonen, alle derartig unterkühlt, bleiben sonderbar einfach nach ihrem Wert, Unwert, nach ihrer Würde oder ruchlosen Würdigkeit schematisch. Die Bösen (und deren gibt es hier viele) sind zumeist in dunkle Pelzgehänge gekleidet. Sie sind erkennbar auch an der schrägen Haltung, in die sie alle, puppenartig, verfallen. Der aufrechte Gang ist ihnen verwehrt.

Sie agieren wie auf unterschiedliche Weise verwachsen. Der Regisseur hat ihnen den Ausweis ihrer Verwerflichkeit unübersehbar aufgedrückt. Das macht den Vorgang viel durchschaubarer, als er sein dürfte. Es macht ihn auch eindeutiger, macht ihn zugleich argloser und dramatisch unergiebiger. Des Lear schreckliches Umfeld wird simpel. Darunter leidet der Abend deutlich. Denn die hellen Figuren, falls hier welche sind, sind in ihrer Eiszeitkostümierung deutlich auch heller gewandet.

Lear selber, von vornherein gleißend gekleidet, erleidet sein folgerichtiges Ende wie in einem wallenden Totenhemd. Kent (Werner Rehm), Gloster (Peter Roggisch) und vor allem die arme, irrlich treuherzige und treue Lear-Tochter Cordelia (Martina Krauel), vor allem aber auch Glosters redlicher Sohn (sehr eindringlich: Branko Samarowski) – sie alle sind, auch wenn sie von Leid zerfetzt und gezeichnet sind, kostümlich hell markiert.

Das macht den Abend schon optisch eintönig und viel weniger differenziert, als der große Spielvorwand doch verlangt. Man sieht in dieser schier schematischen Unterteilung dann sicher immer wieder Bemerkenswertes. Es war ein grandioser Einfall, den jungen David Bennent (bekannt als der gespenstische „Blechtrommler" aus Schlöndorffs Film) den Narren spielen zu lassen. Er spricht wie mit einer rührlosen, überweltlich klingenden Stimme seine wilden, bösen, entlarvenden Wahrheiten. Er ist sozusagen klirrend komisch und zugleich schreckenverbreitend. Auf ihn kann sich Minetti stützen. Hier findet er Wärme. Hier seinen frechen Zuspruch.



Ein König und sein frecher Zuspruch: Bernhard Minetti (li.) als Lear und David Bennent als Narr in der Berliner Aufführung FOTO: BINDER/THIELE

Befremdlich dann aber wieder, wie sonderbar vorgestanzt und auch wieder schematisch die verwachsene Bosheit des argen Gloster-Sprößlings, des Bastards Edmund (Roland Schäfer), schurkisch abgekupfert ist. Libgart Schwarz und Corinna Kirchhoff, beide doch so prägungsfähige und variable Darstellerinnen, müssen hier sonderbar eingleisig an ihre Rollen gehen; die eine als naßkalte Blonde, die andere als seelloses Aas auf der königlichen Baßgeige. Differenzierungen, Interesse finden beide nur unzulänglich.

Es wird eine sonderbar unterkühlte und vorsätzlich schematische Unternehmung. Wenn Minetti nicht auf der Bühne ist, wenn sich dieser große Schauspieler nicht ausstellt, bleibt sofort auch der große Atem aus. Dann erlebt man eher landläufige Arrangements, wie sie sonst in der Schaubühne so herkömmlich und schematisch kaum zu erleben waren. Die gewaltigen Bühnenausmaße zwingen zu weiten Gängen und Spurts immer wieder, die dem Interesse nicht dienlich sind. Da verläuft sich (im wörtlichen Sinne) zuviel.

Als eine halbe Stunde vor Mitternacht die große, eisige Kraftanstrengung endet, herrscht zuerst eher Beklommenheit. Der Beifall muß erst Atem gewinnen. Dann aber, und erst, wenn der große Bernhard Minetti sich allein verbeugt, braust großer Jubel auf. Trampeln. Rufe. Schreie der Bewunderung.

Der große Darsteller, sozusagen ein Relikt aus einer längst vergangenen Epoche des Theaters, hatte, obgleich ihn, mehr oder minder begabt, zwei Dutzend Schauspieler umgaben – er hatte sozusagen in einem großen Solo und Alleingang wieder gesiegt. Und wie hätte er siegen können, wenn seine theatralische Umwelt adäquater, wenn sie dramatisch heftiger hätte agieren dürfen! Ein Solo und Benefiz für Bernhard Minetti. Immerhin.

FRIEDRICH LUFT

Münchner Klaviersommer: Vier lange Nächte

Musikalisches Opfer

Plötzlich, spontan und von niemandem erwartet, tritt Maria Schell auf die Bühne. In ihrem Schlepptau der russische Komponist und Pianist Rodion Schtschedrin. Ort der Handlung: das Amerikahaus in München. Anlaß: Man ist mitten in einem Konzert des Münchner Klaviersommers. Die Schell beginnt Rilke zu rezitieren, untermalt von Schtschedrins Klaviergeklingel. Nach dem dritten Gedicht eine Stimme aus dem Publikum: „Jetzt reicht's". Mit derlei Überraschungen warteten die Veranstalter des Münchner Klaviersommers diesmal auf. Und meinten wohl, daß sie damit das Fehlen eines Konzepts für die vier Veranstaltungen verbergen könnten.

Am ersten Abend ein sechsstündiges Bach-Marathon, wo sich immerhin Ivo Pogorelich für eine halbe Stunde zeigte und die zweite Englische Suite vorführte. Dann eine ziemlich dürftige Demonstration zeitgenössischer klassischer Klaviermusik aus Japan, die quasi unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. Von Akira Imai, einem Pianisten mittlerer Güte, allenfalls achtbar vorgeführt, entpuppten sich die diversen Stücke von Makoto Moroi, Akira Miyoshi, Michio Mamiya und Akio Yashiro als clevere Nachahmung von Debussy, Bartók und Prokofiev. Kaum anzunehmen, daß diese Auswahl repräsentativ für Japans „Musica viva" gewesen sein soll.

Am dritten Abend gab es dann, neben Maria Schells melodramatischer Einlage, sehr viel mittelmäßiges Klavierspiel zu registrieren. Nicolas Economou, einer der Initiatoren des Klaviersommers, wagte sich zusammen mit dem in München lebenden Russen Vadim Suchanow an die f-Moll-Sonate von Brahms. Das Zusammenspiel an den beiden Klavieren war kläglich. Suchanow steuerte eine hochmusikalische Deutung der h-Moll-Sonate von Chopin bei. Allerdings trübten technische Probleme und eine ziemlich lang andauernde Gedächtnislücke im ersten Satz das Vergnügen beträchtlich.

Gerhard Oppitz, vom benachbarten Herkulessaal herübergeeilt, wo er bei den Philharmonikern für Claudio Arrau einspringen mußte, bemühte sich in den „Symphonischen Tänzen" von Rachmaninow mit Hingabe, die brutalen Ekstasen von Nicolas Economou zu mildern. Und Rodion Schtschedrin, der zwar nichts dagegen hatte, mit dem Emigranten Suchanow in einer Veranstaltung aufzutreten, es aber ablehnte, sich mit ihm fotografieren zu lassen, ist ebenfalls ein eher mittelmäßiger Pianist. Seine Klavierpräludien aus dem „Polyphonischen Spielheft" beschäftigen sich mit Bach und demonstrieren allerlei kompositorische Kniffe, sind ein Insider-Spaß, mehr nicht.

Was aber, um alles in der Welt, hat Schtschedrins Langweiler mit dem Titel „Musikalisches Opfer" auf einem Klavierfestival zu suchen? Eineinhalb Stunden chromatische Spielereien für Orgel und jeweils drei Flöten, Fagotte und Posaunen. Da werden die Opfer höchstens vom Zuhörer verlangt.

Höhepunkte? Sicherlich der Auftritt des japanischen Jazzpianisten Yosuke Yamashita. „Round midnight" von Thelonius Monk wuchtet er mit Ellenbogen und Fäusten über die Rampe, streckt beide Beine in die Luft, dann wieder trommelt er mit dem rechten Fuß wie wild aufs Pedal, daß man um den Yamaha-Flügel fürchtet. Ein Klavier-Vulkan, ein Besessener, dem sogar Ravels „Bolero" für eine Jazz-Improvisation nicht zu heilig ist. Sicherlich auch der Geiger Dmitry Sitkovetsky, der uns seine Bearbeitung der Goldberg-Variationen von Bach für Streichtrio eindringlich präsentierte. Und natürlich, am letzten Abend um Mitternacht, Joe Zawinul von der Gruppe „Weather Report" mit seinem phantasievollen Synthesizer-Zauber. Da war leider nur noch der harte Kern von Zuhörern im Saal. Kein Wunder, zuviel Mittelmaß war vorangegangen.

VOLKER BOSER

Das Konzept vergessen: Münchens „Klaviersommer"-Initiator Nicolas Economou FOTO: TIMPE

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Die Neue Ordnung

Kostspielige Kampfspiele

Von den Walberberger Dominikanern herausgegeben, zählt „Die Neue Ordnung" (Simrockstraße 19, 5300 Bonn 1) zur kleinen, aber feinen Minderheit der Grundsatz- und Orientierungszeitschriften, die im großen Meer der Fach-, Verbands-, Werbe- und Unterhaltungsblätter fast versinkt. Im 39. Jahrgang blickt sie auf eine hochgeachtete Vergangenheit zurück, denn die Albertus-Magnus-Akademie im Kloster Walberberg widmete sich der Herausgabe der Werke des hl. Thomas von Aquin, aber nicht minder der „Neuordnung" der Wirtschafts- und Sozialverhältnisse im Geist des Aquinaten.

Vor 40 Jahren bot Walberberg den Kölner Gründern einer neuen Partei nicht nur Dach und Speise, sondern auch Rat und Programm (Kölner Leitsätze der CDU). Der Ordensprovinzial P. Laurentius Siemer und P. Eberhard Welty legten dem Neugeborenen den „wahren christlichen Sozialismus" in die Wiege, doch Kardinal Frings und Konrad Adenauer, der entgegnete, das bürgerliche Zeitalter gehe nie zu Ende, wehrten ab. So entstand statt einer Partei nach Walberberger Schnittmuster eine Zeitschrift, die das christliche Ordnungsbild umreißen, die Theologie der großen Dominikaner der Gegenwart nahebringen und Leser um sich scharen wollte, „die genügend geschult und vor allem genügend regsam sind, um Gedankengängen grundsätzlicher Art zu folgen".

P. Eberhard Welty redigierte zwanzig Jahre lang „Die Neue Ordnung". Seit 1983 leitet P. Basilius Streithofen die Zeitschrift, ein streitbarer Geist, der kein Pardon gibt, wenn er die 21 Sendungen des WDR gegen das Opus Dei zerfetzt. Daß Streithofen als Bonn-Kenner von Graden trotzdem auf die Kraft der Ideen setzt, mag verwundern. „Die Welt", meint er, „wird von den Ideen der Denker regiert. Wirtschaftliche oder politische Pragmatiker, die sich völlig frei von philosophischen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich geistige Sklaven einiger längst verblichener Denker."

„40 Jahre CDU" und „Gewerkschaft im Umbruch" heißen die Themen der letzten beiden Nummern. Obwohl P. Welty vor 40 Jahren der Einheitsgewerkschaft beipflichtete, ergeben sich heute für „Die Neue Ordnung" gravierende ordnungspolitische Einwände gegen sie. Seit die „Tarifverhandlungsfunktion" der Gewerkschaften besser und ohne „kostspielige Kampfspiele" durch ein der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verpflichtetes Lohnfindungsamt übernommen werden könnte (Herder-Dorneich), verlagert sich die gewerkschaftliche Tätigkeit zunehmend auf die „politische Funktion".

Die ÖTV- und HBV-Beschlüsse zur vollständigen Freigabe der Abtreibung sind der Punkt auf dem i: „Somit reduziert sich für solche Gewerkschaften das Problem der Abtreibung auf die Feststellung, daß ungeborene Kinder gewerkschaftlich nicht organisierbar sind, daß Abtreibungen die ‚Familienplanung des kleinen Mannes sind' (als dessen Vertreter sie sich empfinden) und daß solche ‚Familienplanung' kein ‚Privileg der Reichen'" sei (Ulrich Martin Feige).

Die Kritik der Einheitsgewerkschaft ist keine Lobpreisung der Volkspartei, die Wahlerfolge über Überzeugung stellt. Nikolaus Lobkowicz, Präsident der katholischen Universität Eichstätt, meint dazu: „Zwar bekommen die Wähler, die sich über diesen Umstand beklagen, immer wieder die Antwort zu hören, man müsse doch, wenn man die Bundesrepublik wieder in Ordnung bringen wolle, erst einmal ‚am Ruder' sein. Um so länger jedoch am Ruder nichts Wesentliches geschieht, um so weniger wird diese Auskunft einleuchtend."

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

KULTURNOTIZEN

Eine Wandteppich-Sammlung wird bis 31. August im Kongreßzentrum von Montreux gezeigt.

Künstler aus dem Ruhrgebiet und dem Rheinland, fotografiert von Britta Lauer, zeigt das Essener Ruhrlandmuseum bis zum 13. August.

Neue Design-Lösungen im Bereich der Projektgestaltung untersuchen derzeit Fachleute aus West- und Mitteldeutschland bei einem ersten derartigen Erfahrungsaustausch in Dessau.

Zwei Kakaotassen aus der Zeit um 1785 erhielt jetzt das Westfälische Landesmuseum in Münster für seine Fürstenberger Porzellansammlung geschenkt.

Verlängert bis zum 28. Juli wurde die Ausstellung „Bildhauerzeichnungen der Gegenwart" im Museum Wiesbaden.

JOURNAL

Niedersachsen gründet Landesstiftung

dl. **Hannover**

In Hannover ist jetzt die „Stiftung Niedersachsen eV" gegründet worden. Präsident der Stiftung wurde Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht. Stellvertreter der Preussagchef Günther Saßmannshausen. Schatzmeister wurde die Präsidentin der Landesbank in Hannover, Julia Dingworth-Nusseck. Generalsekretär wurde der Ministerialdirigent im niedersächsischen Kultusministerium, Kauffmann. Die Stiftung hat 30 Gründungsmitglieder und verfügt über ein Gründungskapital von sechs Millionen Mark. Nach der Satzung hat die Stiftung unter anderem die Aufgabe, vor allem technologische und wirtschaftsbezogene Entwicklungen in der Wissenschaft zu fördern. Aber auch die Förderung der Kultur ist vorgesehen.

Anthony Dowell wird Londoner Ballettchef

Reg. **London**

Der Direktionswechsel erfolgt auf feine englische Art: Schon zur nächsten Spielzeit teilt sich Anthony Dowell als Associate Director die Leitung des Londoner Royal Ballet mit Norman Morrice. Ab 1986 übernimmt Dowell dann vollverantwortlich die Führung des britischen Balletts, das unter seinem Vorgänger (und Nachfolger von Kenneth MacMillan) nicht den Aufschwung genommen hat, den man sich 1977 mit der Verpflichtung des Ballet-Rambert-Choreographen Morrice eigentlich erhofft hatte.

Van Goghs Sterbehaus steht zum Verkauf

AFP. **Pontoise**

Die einstige „Auberge Ravoux" in Auvers-sur-Oise unweit von Paris, in der Vincent van Gogh 1890 starb, steht für 1,5 Millionen Franc zum Verkauf. Die Gastwirtin Micheline Tagliana hatte Gästen unentgeltlich das Mansardenzimmer gezeigt, in dem Vincent van Gogh die letzten 70 Tage seines Lebens verbrachte. Das Zimmer und die hinaufführende Treppe stehen seit 1984 unter Denkmalschutz. Der Vorschlag eines kommunistischen Regionalpolitikers, das Gebäude durch die Region Ile-de-France zu erwerben, hat bereits die Unterstützung von 150 Künstlern erhalten. Die Regionalverwaltung sieht sich jedoch außerstande, den Kauf „kurzfristig" in Erwägung zu ziehen.

Etrusker-Schiff intakt geborgen

AFP, **Giglio**

Ein etruskisches Schiff, das vor 2600 Jahren vor der toskanischen Küste bei der Insel Giglio strandete, ist jetzt in außergewöhnlich gutem Zustand von britischen Experten nach fünfjähriger Vorarbeit geborgen worden. Entdeckt worden ist es bereits 1961. Bis auf eine Bresche im Rumpf ist es fast völlig erhalten – das einzige Schiff, das 26 Jahrhunderte überdauerte. Das Schiff soll im August in einem Museum von Campanese ausgestellt werden. Bei den Bergungsarbeiten war ein Taucher ums Leben gekommen.

Germanisten-Kongreß in der Bundesrepublik

dpa, **Göttingen**

Unter dem Generalthema „Kontroversen, alte und neue" wird erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder ein internationaler Germanisten-Kongreß in Deutschland stattfinden. Zum „VII. Kongreß der Internationalen Vereinigung für Germanistische Sprach- und Literaturwissenschaft" (IVG) werden vom 25. bis zum 31. August in Göttingen 1200 Kongreßteilnehmer aus 54 Ländern erwartet. Acht Plenarvorträge, 340 Kurzvorträge und zahlreiche Rahmenveranstaltungen – u. a. Dichterlesungen mit Friedrich Dürrenmatt, Helmut Heißenbüttel, Stefan Heym, Günter Grass, Martin Walser und Ernst Jandl – stehen auf dem Programm.

Yul Brynner 70 (?)

Er wurde am 11. Juli geboren, ob aber nun 1915, 1917 oder erst 1920, darüber sind sich die Biographen nicht einig. Fest steht jedoch, wo er geboren wurde: Der Lebensweg Yul Brynners begann auf der Insel Sachalin. Er führte ihn später über die Schweiz und Frankreich in die USA. Hier machte er sich bald einen Namen als Filmschauspieler, doch der Durchbruch gelang dem kahlköpfigen Hollywood-Mongolen 1952 mit seiner Rolle als König von Siam in dem Rodgers & Hammerstein-Musical „Der König und ich". Zwei Jahre blieb das Stück auf dem Spielplan. Schließlich wurde es verfilmt, was Brynner 1956 den „Oscar" einbrachte. 1969 baute er am Genfer See ein Heim für versehrte vietnamesische und biafranische Kinder. Yul Brunner feierte 1977 mit seiner Erfolgsrolle ein glanzvolles Comeback am Broadway, wo er sich jetzt, nach 34 Jahren und 4625 Auftritten, von seinem Publikum verabschiedete.

M. Sch.

Cockpit-Tonband des indischen Jumbo aus dem Atlantik geborgen

hkl. **Bonn**

Bei der Aufklärung des am 23. Juni vor der südirischen Küste abgestürzten Air-India-Jumbos, bei dem 329 Menschen den Tod fanden, ist ein erster Erfolg zu verzeichnen: Der „Cockpit Voice Recorder" (CVR), der die Gespräche der Piloten in der Kanzel aufzeichnet, wurde geborgen. Wie ein Mitglied der indischen Sonderkommission in Cork mitteilte, ortete der französische Kabelleger „Leon Thevenin" dieses Gerät auf dem Meeresboden in einer Tiefe von 2230 Metern. Es wurde von einem Roboter aufgenommen und an die Meeresoberfläche gebracht.

Der CVR ist nicht identisch mit dem Flugschreiber (Flight Data Recorder; Flugdatenregistriergerät), nach dem Spezialschiffe weiterhin suchen. Der CVR, ein empfindliches Tonbandgerät, ist – wie auch der Flugschreiber – im Heck der Maschine installiert. Über das im Cockpit angebrachte Mikrofon werden auf einem Endlos-Tonband die jeweils letzten 30 Minuten vor der Landung beziehungsweise vor einem totalen Ausfall (etwa bei einer Notlandung oder einem Absturz) aufgezeichnet. Das Mikrofon ist so geräuschempfindlich, daß es nicht nur alle Gespräche, sondern auch das leise Klicken eines Schalters registriert.

Heino Caesar, Flugkapitän und Leiter des Hauptreferates „Flugbetriebskontrolle" bei der Deutschen Lufthansa, zur WELT: „Vor Jahresfrist erschien in den USA ein Buch über die Sicherheitsvorkehrungen an Bord von Flugzeugen. Der Autor benennt darin den ‚Cockpit Voice Recorder' mit der irreführenden Bezeichnung ‚Black Box'. Der CVR ist aber keineswegs mit dem Flugschreiber identisch".

Der für alle Passagierflugzeuge mit mehr als 27 Tonnen Abfluggewicht vorgeschriebene Flugschreiber ist zur besseren Auffindung signalorange, ist etwa dreimal so groß wie ein Schuhkarton, 60 x 20 x 20 Zentimeter. Das Gerät ist im Heck installiert. Das Gehäuse ist feuer- und wasserfest und besteht aus einer massiven Speziallegierung. Das Gerät hat eine eingebaute Sonarboje, die bei einem Wasserdruck von bis zu 6000 Meter Tiefe das Gerät noch betriebsfähig hält; der Sonarton ist etliche Kilometer weit zu hören.

Caesar: „Bei der Boing 727 befindet sich der Flugschreiber rechts neben der Hecktreppe, beim Lufthansa-Jumbo im hinteren Rumpfteil links. Das Gerät ist vom Passagierraum aus zugänglich, hinter einer Klappe verborgen, und kann von Personen, die den Standort kennen, durch Gewalteinwirkung nicht funktionsuntüchtig gemacht werden."

Die Lufthansa benutzt zwei Typen von Flugschreibern. Bei den Flugzeugtypen Boing 737 und 727 sind es Walzenschreiber, bei denen auf Metallfolie die fünf „klassischen Parameter" aufgezeichnet werden: Flughöhe, Fluggeschwindigkeit, Kurs, vertikale Beschleunigung und Beschleunigung über die Zeit. Alle anderen Flugzeugtypen der Deutschen Lufthansa sind mit den moderneren Kassetenschreibern ausgerüstet. Sie können mehr Parameter aufzeichnen, so zum Beispiel: Stellung der Gashebel, diverse Triebwerksdaten, Auslenkung der Steuersäule um alle Achsen, Ausschläge der Höhen- und Seitenruder, Fahrwerksposition, Zustand des Autopiloten sowie Einstellung aller Trimm- und Landeklappen.

Das Band der empfindlichen Kassette speichert diese Parameter bis zu 25 Stunden; nach der Landung wird die Kassette auf ein Datenband überspielt und drei Monate lang archiviert. Die Lufthansa benutzt den Flugschreiber und durch ihn gesicherte Daten für Routinekontrollen des Flugverlaufs, vor allem jedoch als Unterlage für die recht umfangreichen Wartungsarbeiten und Inspektionen.

Der österreichische Weinexport ist in Verruf geraten – Prädikatsweinen wurde das Frostschutzmittel Diethylenglycol zugesetzt

Wein + Frostschutz = Eiswein

KURT POLLAK, **Wien**

Tiefste Betroffenheit löste in Österreich die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf den unfaßbaren Skandal um verfälschte sogenannte österreichische Prädikatsweine aus dem Burgenland aus. Seit mindestens drei Jahren verfälschten einige schwarze Schafe aus der Weinbranche minderwertige Weinsorten mit dem Frostschutzmittel Diethylenglycol, um durch eine chemische Reaktion teure Exportweine zu gewinnen. Ein Zehntelliter dieser giftigen chemischen Substanz ist für den Menschen tödlich. In Österreich ist der Skandal bereits im April dieses Jahres aufgeflogen. Bisher wurden 15 000 Hektoliter bei verschiedenen Händlern beschlagnahmt. Der Vorstand des burgenländischen Weinhandels, Kommerzialrat Alexander Unger, erklärte nach Bekanntwerden des Skandals, daß die derzeit in ganz Deutschland aus dem Handel gezogenen burgenländischen Weine aus Exporten stammen, die bereits lange vor Aufdeckung des Skandals ausgeliefert wurden. Im übrigen seien 99 Prozent der in Österreich vorgefundenen verfälschten Weine bereits beschlagnahmt worden.

In Deutschland kann die gepanschte Weinmenge erst nach und nach aus dem Verkehr gezogen werden. Obwohl vorerst noch nicht feststeht, welche Mengen nach Deutschland exportiert wurden, ist die österreichische Gesamtexportmenge bekannt: eine halbe Million Hektoliter, von denen die Hälfte offiziell aus Prädikatsweinen besteht.

Österreichs Landwirtschaftsminister Günter Haiden erklärte schon im April – kurz nach Bekanntwerden des Skandals –, daß in Zukunft nur der Export von Flaschenweinen der einzige Weg sein dürfte, um Verfälschungen zu vermeiden. Nach Ansicht des Ministers sieht es ganz danach aus, daß es sogenannte „Tankwagen-Exporteure" waren, die das verbotene Frostschutzmittel zur „Verbesserung" ihrer Weine verwendet haben. Die Rechnung der Weinpanscher war einfach: Rund 1000 Liter Durchschnittswein plus ein Liter Frostschutzmittel ergeben 1000 Liter des begehrten „Eisweins". Chemiker erklärten, daß der Konsument bei diesem Mischungsverhältnis geschmacklich überhaupt nichts merke. Aber wehe, wenn der Frostschutzanteil versehentlich oder gar absichtlich gesteigert wird.

Vorstand Ungar meint: „Einige wenige Weinproduzenten hauen uns die ganze Branche zusammen, weil sie gierig sind. Wir sind am Nullpunkt angelangt. Der Weinskandal droht den Exportmarkt zu ruinieren." Schon jetzt wird der angerichtete finanzielle Schaden auf rund 50 Millionen Mark geschätzt. Den schwarzen Schafen unter den Weinproduzenten und -händlern droht Berufsverbot. Die Staatsanwaltschaft hat Strafverfahren gegen sechs Weinhändler eingeleitet. Rund um die Uhr suchen Kellermeister nach gepanschten Weinvorräten.

Der burgenländische Agrar-Landesrat Josef Wiesler meinte zu dem Skandal: „Was da passiert ist, ist eine Sauerei, an der nicht nur die Händler schuld sind, sondern auch jene Personen, die sie auf die Idee brachten, durch Beimengung des Frostschutzmittels Eiswein zu fälschen. Diese Leute gehören eingesperrt."

Gesundheitsrisisken nur bei erheblichen Mengen

Nea. **Trier/Mainz**

In einem Gespräch mit der WELT nahm Richard Woller, Chef des größten mit Weinanalysen befaßten Chemischen Untersuchungsamtes der Bundesrepublik in Trier, zu den Vorgängen Stellung: „Wir wären nicht auf die Idee gekommen, daß jemand im Wein eine solche Substanz verwendet. Die österreichischen Kollegen haben sie entdeckt und uns sofort verständigt. Allein in Trier haben wir daraufhin in etwa 300 000 Litern importierten österreichischen Prädikatsweines Diethylenglycol festgestellt. Wir haben dann auch deutsche Weine verschiedenster Jahrgänge auf diese Substanz hin analysiert, aber nichts dergleichen gefunden."

Mit dem Zusatz von Diethylenglycol sollten die österreichischen Spät- und Auslesen nicht einfach nur süßer, sondern vor allem extraktreicher und gehaltvoller gemacht werden. Jeder Wein enthält von Natur aus etwa vier bis zwölf Gramm Glycerin, eine farblose, leicht ölige, süßlich schmeckende Alkoholart. Der natürliche Glyceringehalt ist ein wichtiger Anhaltspunkt für den inneren Wert eines Weines. So hat es denn – auch in Deutschland – nicht an Versuchen gefehlt, den Glyceringehalt verbotenerweise nachträglich zu erhöhen.

Der Haken an der Sache: Ein Glycerinzusatz im Wein ist sehr leicht nachzuweisen. Deshalb, so Woller, sei man wohl auf die ähnliche, aber gesundheitsschädliche Substanz Diethylenglycol verfallen. Eine allgemeine Warnung vor österreichischen Prädikatsweinen hält der Chemiker Woller aber für „etwas zu hart", zumal man schon erhebliche Mengen eines solchen Weines trinken müsse, ehe es zu Gesundheitsschäden wie Lähmungserscheinungen kommt.

Auch Franz Werner Michel, Geschäftsführer des Deutschen Weininstituts in Mainz, verteidigt die österreichischen Winzer: Wir streiten uns mit den Österreichern seit langem um die unserer Meinung nach nicht gerechtfertigte Verwendung von Bezeichnungen wie „Beerenauslese" für bestimmte Weine. Aber das hat mit dem Vorwurf der Fälschung nicht das geringste zu tun."

Jeder dritte Bauernhof macht dicht

dpa, **Düsseldorf**

Jeder dritte Bauernhof zwischen Rhein und Weser wird in den nächsten Jahren seine Stall- und Scheunentore für immer schließen. Im Jahre 2000 werden von den gegenwärtig rund 107 000 landwirtschaftlichen Betrieben in Nordrhein-Westfalen nur noch etwa 72 000 existieren. Grund: Den Landwirten läuft der Nachwuchs weg. Dies zumindest prognostizierte jetzt Professor Edgar Harsche vom Institut für Agrarsoziologie der Universität Gießen. Grundlage für diese Voraussage ist seine wissenschaftliche Untersuchung über den „Altersaufbau der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in den Teilräumen der Bundesrepublik". Besonders betroffen von dem „Nachfolger-Mangel" sind danach die „Problemregionen" Ostwestfalen, das Sauer- und Siegerland sowie die Eifel. Hier müsse wegen Überalterung und starker Abwanderung der Jugend in die Städte mit einem „Absterben" der Agrarbetriebe in den nächsten 15 Jahren um fast die Hälfte gerechnet werden.

Transitverbot möglich

dpa, **Berlin**

Wer auf den Transitstrecken von und nach Berlin mindestens drei Ordnungsstrafen, etwa wegen überhöhter Geschwindigkeit, nicht bezahlt, muß in der Regel mit einem Durchfahrtverbot der „DDR"-Behörden rechnen. Darauf wies gestern Berlins Bundessenator Rupert Scholz hin. Zwischen der Zahlung der Ordnungsstrafe und der Aufhebung des verhängten Durchfahrtsverbots vergingen dann durchschnittlich vier bis sechs Monate.

Ortschaft ausradiert

AP, **Peking**

In China ist vor kurzem eine ganze Ortschaft bei einem Erdrutsch in den Jangtsekiang gestürzt. Die englischsprachige Zeitung „China" meldete gestern, die Katastrophe habe sich am Morgen des 12. Juni in dem alten Dorf Xintanzhen in der Provinz Hubei ereignet. Der Erdrutsch habe das Ufer des Stroms, wo die Ortschaft gestanden habe, völlig verwüstet.

Taucher heben Goldfracht

dpa, **London**

Taucher sind dabei, eine Goldfracht aus einem 1859 vor der Küste von Nordwales gesunkenen Schiff zu bergen. Der Wert des Schatzes, den Goldgräber auf der „Royal Charter" aus Australien mit nach Haus bringen wollten, wird auf vier Millionen Pfund (16 Millionen Mark) geschätzt. Bei dem Schiffsunglück, das sich nur 150 Meter vor der Küste ereignete, starben 400 Personen. Nur 39 konnten damals gerettet werden.

Längere Haare

SAD, **Washington**

Die zur Bewachung amerikanischer Botschaftsgebäude im Ausland stationierten Elite-Soldaten des US-Marine-Korps sind von ihrem Oberbefehlshaber dringend ersucht worden, längere Haare zu tragen und dadurch unauffälliger zu erscheinen. Begründet wurde dies durch die Sorge vor Anschlägen. Der extrem kurze Haarschnitt der amerikanischen „Ledernacken" war seit Generationen eine der stolzen Traditionen dieses Korps.

Bewerbungsfrist läuft ab

AP, **Dortmund**

Die Bewerbungsfrist für einen Studienplatz im Wintersemester 1985/86 läuft am Montag ab. Die Dortmunder Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) wies gestern noch einmal darauf hin, daß das Datum des Poststempels für die Annahme der Bewerbung nicht ausreicht. Die Anträge müsse der ZVS am Montag bis spätestens 24.00 Uhr vorliegen.

„Lorelei" aus Japan

dpa, **Tokio**

Japans Regierungschef Yasuhiro Nakasone hat, 161 Jahre nach der Publikation von Heinrich Heines „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten" ein eigenes Gedicht auf den Rhein und die Lorelei verfertigt. Frei übersetzt lautet es etwa so: „Das Tal, die jungen Blätter und der trockene Geschmack des örtlichen Weins bieten sich uns an, während unser Boot den Felsen der Lorelei passiert."

Schuldenberg abgeladen

AP, **Middleton**

Vor der Haustür des Gläubigers hat der Amerikaner John Freudenberg Anfang dieser Woche einen Schuldenberg im buchstäblichen Sinne abgeladen. Er zahlte, wie ein Gericht es befohlen hatte, 630 Dollar (knapp 1900 Mark) in 60 000 Penny- und 120 Vierteldollar-Münzen. Er hatte das Geld in 24 Kartons verpackt, die er zusammen mit drei Freunden zum Haus des Gläubigers schleppte und vor der Tür aufschnitt. „Eine Flut von Pennys ergoß sich über die Türschwelle", berichtete William Comelia, der das Geld erfolgreich eingeklagt hatte.

Vor 25 Jahren begannen Wissenschaftler im Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching, Kernfusions-Reaktoren zur Energiegewinnung zu entwickeln. Zur Zeit läuft ein Projekt, mit dem Temperaturen bis 50 Millionen Grad Celsius erreicht werden können. Dies ist etwa die Hälfte des zur kontrollierten Kernfusion notwendigen Wertes. Die Wissenschaftler sind aufgrund des bisherigen Erfolgs überzeugt, in absehbarer Zeit auch die letzte Hürde nehmen zu können.

Im Wendelstein herrschen die Temperaturen der Hölle

Blick in das ringförmige Plasmagefäß des Fusionsexperiments ASDEX FOTO: MPI

Von LUDWIG KÜRTEN

Wer bislang glaubte, der Wendelstein sei ein bayerischer Berg, wer bei dem Begriff „Tokamak" an Karl May und Indianer denkt oder einen „Stellarator" für ein neumodisches Küchengerät hält, der muß gewaltig umdenken: Diese Begriffe stammen aus der Sprache von Wissenschaftlern, genauer gesagt, von Plasmaphysikern. Dies wiederum sind die Leute, die heute schon dafür forschen, daß auch in fünfzig Jahren noch elektrischer Strom aus unseren Steckdosen fließt. Kernfusion heißt das Zauberwort, mit dem uns die Physik seit vielen Jahren das Energieparadies des nächsten Jahrtausends schmackhaft machen will. Eine der Hochburgen dieser Forschungsrichtung feiert in diesen Tagen seinen 25. Geburtstag: das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching bei München.

Die Kernfusion ist, wie der Name schon sagt, nichts anderes als das genaue Gegenteil der Kernspaltung. In Form von SS-20- und MX-Raketen wird sie schon seit langem angewandt. Was in der Wasserstoffbombe jedoch unkontrolliert abläuft und zu einer explosionsartigen Freisetzung einer ungeheuren Energiemenge führt, soll im Fusionsreaktor unter kontrollierten Bedingungen die Energieprobleme unserer stromhungrigen Industriegesellschaften für ein und alle Mal lösen.

Wie funktioniert ein solches Wunderwerk der Technik: Wenn zwei Wasserstoff-Atomkerne miteinander verschmolzen werden, wird eine bestimmte Energie frei. Allerdings ist es sehr schwierig, die beiden Kerne nahe genug zusammenzuführen, da sich ihre elektrischen Ladungen gegenseitig abstoßen. Sie können also nur fusionieren, wenn sie zuvor auf hohe Geschwindigkeiten beschleunigt wurden. Dazu muß man sie „stark" aufheizen – auf die unvorstellbare Temperatur von etwa 100 Millionen °C, die Temperatur im Kern der Sonne. Hier läuft derselbe Vorgang ab.

Bei einer solchen Temperatur sind die Atome in ihre Bestandteile, das heißt in die positiv geladenen Kerne und die negativen Elektronen, aufgespalten. Diese Teilchen formen ein Gas, das man auf Grund seiner besonderen Eigenschaften als „Plasma" bezeichnet. Dieses Plasma muß gezündet, das heißt, auf eine bestimmte Ausgangstemperatur gebracht werden. Erst dann laufen in ihm soviel Kernverschmelzungsprozesse ab, daß es seine Temperatur von selbst aufrechterhalten kann. Diese Zündtemperatur beträgt eben 100 Millionen °C.

Natürlich benötigt man auch ein Gefäß, in dem das Plasma während der Zündung eingeschlossen ist. Angesichts der extremen Temperatur ist leicht vorstellbar, welche Bedingungen an einen solchen „Plasmatopf" gestellt werden müssen. Heute erreicht man den Einschluß des Plasmas durch riesige kreisförmige Magnete, durch die die Wolke aus geladenen Partikeln im Inneren „in der Schwebe" gehalten wird. Das Plasma berührt auf diese Weise nicht die Wand des Gefäßes, kann dort also keinen Schaden anrichten.

In Garching fing man 1960 an, Reaktortypen zur Kernfusion zu entwickeln und zu erproben. Dabei tastete man sich langsam an die erforderliche Temperatur heran. Nach 25 Jahren Forschung ist es heute möglich, für eine kurze Zeit etwa die Hälfte der zur Kernfusion notwendigen Temperatur zu erreichen. Zwei Reaktorformen stehen dazu zur Verfügung. Im „Stellarator" sind die Magnete zu einer ringförmigen Anordnung zusammmengefügt, in der das Plasma schlauchförmig eingeschlossen ist. Die Erhitzung erfolgt über die magnetischen Felder, die auf das Material im Inneren der Magnete einwirken. Der modernste Stellarator in Garching ist zur Zeit „Wendelstein VII A", der aber schon bald von einer noch leistungsfähigeren Anlage abgelöst werden soll.

Daneben testen die Plasmaphysiker noch einen zweiten Reaktortyp, den Tokamak. In ihm wird ein Strom an das Plasma angelegt, der gleichzeitig für den Einschluß und die Erhitzung des Fusionsmaterials genutzt wird. In Garching läuft zur Zeit das Projekt „ASDEX", mit dem Temperaturen bis zu 50 Millionen Grad erreicht und für mehrere Sekunden aufrechterhalten werden können.

Wann aber wird es möglich sein, die Kernfusion tatsächlich in den Griff zu bekommen? Professor Klaus Pinkau, der jetzige Direktor des Institutes, glaubt, daß die vorletzte Hürde bereits genommen sei. „Vor 25 Jahren wurde das Institut mit dem Auftrag gegründet, die Plasmaphysik auf die Entwicklung der kontrollierten Kernfusion zum Zweck der Energiegewinnung auszurichten", so Pinkau. „An dieses Ziel hat sich die europäische Fusionsforschung mit großem Fortschritt in den letzten Jahren herangearbeitet. Viele dieser Fortschritte sind Ergebnisse der Arbeit in unserem Institut. Waren wir bei Gründung des Institutes noch weit von Plasmawerten entfernt, die zur Fusion benötigt werden, so weichen die Werte heute nur noch um weniger als eine Größenordnung von den erforderlichen ab. Es sollte uns gelingen, auch diese letzte Hürde zu nehmen."

Der tiefe Fall des Präsidenten Ottomar D.

F. DIEDERICHS, **Berlin**

Trägt der traditionsreiche Berliner Fußballverein Hertha BSC etwa Mitschuld an einem der spektakulärsten Fälle notarieller Untreue? Fast möchte man es glauben, als der ehemalige Hertha-Präsident (von 1976–1979) Ottomar Domrich (48) gestern vor einer Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts sagte: „Als ich bei der Hertha den Vorsitz übernahm, ging's finanziell bei mir bergab."

Der Talrutsch des angesehenen Rechtsanwalts und Notars, unter dem Hertha sogar das Europacup-Halbfinale erreichte, führte schließlich soweit, daß Domrich in vier Jahren bis zu seiner Festnahme kurz vor dem Weihnachtsfest 1984 in 147 Fällen zu ihm anvertrauten Mandantengeldern griff, um Lücken in der Kanzlei, einer Anlage-Beratungsfirma und im privaten Bereich zu stopfen. Nach langem Addieren errechnete die Staatsanwaltschaft den Betrag von 18 Millionen Mark, den Domrich von sogenannten „Notar-Anderkonten" abgehoben und für seine Zwecke benutzt hatte. Zwar flossen nach und nach 13 Millionen Mark wieder an die angepumpte Klientel zurück, 4,8 Millionen Mark sollen jedoch, so die Staatsanwaltschaft, „völlig verloren" gegangen sein.

Wo sie letztlich geblieben sind und ob sie nicht teilweise noch an einem unbekannten Ort lagern, konnte gestern vor Gericht nicht vollständig aufgeklärt werden. Ein großer Teil der Mandantengelder floß nach Angaben des voll geständigen Domrich in seine Firma „L und P", die sich mit wechselndem Glück in allen möglichen Wirtschaftszweigen versucht hatte. Erst erhoffte sich der Notar einen Reibach mit polnischen Asylbewerbern. Als der Berliner Senat jedoch die Zuschüsse für die Unterbringung der Asylanten drastisch kürzte, mußte Domrich eigens als Asylantenherberge erworbene Mietshäuser mit Verlust wieder abstoßen.

Ottomar Domrich FOTO: SVEN SIMON

Auch als er seine Anlagenberatungsfirma kurzum zu Handwerksbetrieben umfunktionierte, floß nur wenig Geld in die Kasse, weil die Handwerker äußerst schlampig arbeiteten und Kunden Nachbesserungen forderten. Dazu kam noch die 40-Stunden-Woche Domrichs im Büro von Hertha BSC – ein Umstand, der seine Kanzlei mangels Anwesenheit immer mehr in die roten Zahlen trieb. Auch einen möglichen Ausweg aus dem Finanzdilemma – monatlichen Kosten von 30 000 Mark standen Einnahmen von 10 000 oder höchstens 20 000 Mark gegenüber – erkannte Domrich nach eigenen Angaben zu spät. Ein Haus mit Grundstück mochte er erst dann verkaufen, als die Gläubiger an die Haustür klopften.

Gestern nachmittag wurde das Urteil gefällt: Wegen fortgesetzter schwerer Untreue erhielt Domrich sechs Jahre. Im Prozeß hatte er erklärt, „irgendwann wieder" als angestellter Rechtsanwalt arbeiten zu wollen und zu versuchen, den Schaden gutzumachen: Betroffen von den Unterschlagungen sind vor allem „kleine Leute", die jahrelang für Ferienhäuser oder Eigentumswohnungen gespart und das Geld bei Domrich deponiert hatten.

WETTER: Weiterhin warm

Wetterlage: An der Nordflanke einer von den Azoren nach Westeuropa reichenden Hochdruckzone ziehen Tiefausläufer ostwärts, die mit wolkenreicher Meeresluft auch das norddeutsche Flachland erfassen.

Deutscher Wetterdienst 10. Juli 1985, morgens.

Vorhersage für Donnerstag:
Im norddeutschen Tiefland überwiegend stark bewölkt und gelegentlich geringer Regen, vornehmlich im Küstenbereich. Sonst wolkig mit nach Süden hin zunehmenden Aufheiterungen und trocken. Höchsttemperaturen im Norden um 18 Grad, im Süden 20 bis 25 Grad. Nächtliche Tiefsttemperaturen um 12 Grad. Im Norden mäßiger West wind, sonst meist schwachwindig.

Weitere Aussichten:
An der Küste leicht unbeständig, sonst sonnig und warm.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	17°	Kairo	28°
Bonn	16°	Kopenh.	20°
Dresden	16°	Las Palmas	23°
Essen	15°	London	19°
Frankfurt	15°	Madrid	25°
Hamburg	16°	Mailand	26°
List/Sylt	17°	Mallorca	31°
München	17°	Moskau	22°
Stuttgart	16°	Nizza	26°
Algier	29°	Oslo	19°
Amsterdam	17°	Paris	20°
Athen	28°	Prag	16°
Barcelona	28°	Rom	28°
Brüssel	18°	Stockholm	22°
Budapest	15°	Tel Aviv	28°
Bukarest	24°	Tunis	31°
Helsinki	21°	Wien	16°
Istanbul	26°	Zürich	21°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.19 Uhr, Untergang: 21.36 Uhr; **Mondaufgang:** 1.21 Uhr, Untergang: 16.35 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Vorbild in der Wahrung der Tradition

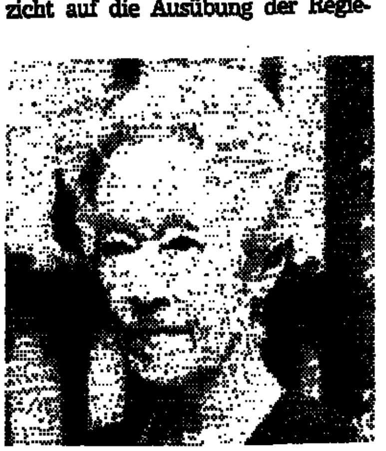
Von WALTER GÖRLITZ

Das kleine Großherzogtum Luxemburg gehört zu den wenigen Monarchien in Europa, die zwei Weltkriege und die damit verbundenen Umwälzungen überdauert haben. Gekrönte Häupter oder Dynastien, die nicht in die Schlagzeilen der Sensationspresse gerieten, sind heute glücklich zu schätzen.

Die frühere Großherzogin Charlotte von Luxemburg, die jetzt im Alter von 89 Jahren gestorben ist, war ein Vorbild in der stillen, gelassenen Wahrung der Tradition. Geboren 1896 auf dem luxemburgischen Schloß Berg als Tochter des Großherzogs Wilhelm von Nassau aus deutschem Fürstenhaus und der Infantin Maria Anna von Portugal aus dem Haus Braganza, hat sie seit 1919 in Luxemburg regiert. Ihre ältere Schwester, Großherzogin Adelheid, dankte ab, weil ihr die Bevölkerung ihre guten Beziehungen zur deutschen Besatzungsmacht während des Ersten Weltkrieges verübelte.

Charlotte bestieg den Thron erst, nachdem auf ihren Wunsch hin eine Volksabstimmung eine große Mehrheit für den Fortbestand der Monarchie ergeben hatte. Nach dem Sturz der Throne in St. Petersburg, Berlin und Wien hatten republikanische Strömungen auch Luxemburg und die benachbarten Niederlande erfaßt. In Luxemburg wie in Den Haag behaupteten sich die Dynastien.

Bald nach ihrer Thronbesteigung heiratete Charlotte den Prinzen Felix von Bourbon-Parma, einen jüngeren Bruder der Kaiserin Zita, die mit ihrem Gemahl Kaiser Karl I. unter Verzicht auf die Ausübung der Regierungsgeschäfte – nicht jedoch auf die Krone – Österreich verlassen hatte. Angesichts der deutschen Offensive im Mai 1940, bei der auch das neutrale Großherzogtum überrannt wurde, das damals nur eine Gendarmerie, nicht jedoch eigenes Militär besaß, ging das großherzogliche Paar ins Exil nach Kanada.



Wird am Samstag beigesetzt: Großherzogin Charlotte von Luxemburg FOTO: AP

Der älteste Sohn, der heutige Großherzog Jean, nahm 1944 als Offizier bei der „Irischen Garde" auf englischer Seite am Krieg teil. Auch der Prinzgemahl Felix tat Dienst als britischer Brigadegeneral. Die Rückkehr auf den Thron, der Fortbestand der Monarchie, war 1944/45 kein Problem. Im Gegenteil, die Großherzogin Charlotte erwarb sich in allen Schichten der Bevölkerung eine überaus große Popularität, selbst bei den Kommunisten des Landes. Nach mehr als 45jähriger Regierungszeit trat sie 1964 zugunsten ihres ältesten Sohnes zurück.

Die Beisetzungsfeierlichkeiten sind für kommenden Samstag angesetzt. Ministerpräsident Santer würdigte die Verdienste der Verstorbenen in einer Fernsehansprache und sagte, sie werde „immer einen festen Platz in unseren Herzen" haben.

ZU GUTER LETZT

„Ich bin erst 17, aber meine Hand ist viel älter". Boris Becker in „Bild".